

Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland

Bonn : BLK 2004, 121 S. - (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung; 115)



Quellenangabe/ Reference:

Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn : BLK 2004, 121 S. - (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung; 115) - URN: urn:nbn:de:0111-opus-3259 - DOI: 10.25656/01:325

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-3259>

<https://doi.org/10.25656/01:325>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Heft 115

■ **Strategie
für Lebenslanges Lernen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Materialien zur Bildungsplanung
und zur Forschungsförderung

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)
- Geschäftsstelle -
Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn

Telefon: (0228) 5402-0
Telefax: (0228) 5402-150
E-mail: blk@blk-bonn.de
Internet: www.blk-bonn.de

ISBN 3-934850-51-0
2004

Strategie
für Lebenslanges Lernen
in der Bundesrepublik Deutschland

Bonn 2004

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat in ihrer Sitzung am 5. Juli 2004 den Bericht "Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland" und die beiden Anhänge zu diesem Strategiepapier zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gliederungsübersicht

Kurzfassung	5
Langfassung	9
Vorbemerkung	9
Auftrag und Umsetzung	9
A. Verfassungsrechtlicher Rahmen	11
B. Leitlinien für Lebenslanges Lernen	13
B 1 : Definition	13
B 2 : Strategischer Ansatz	13
B 3 : Zielsetzung	14
B 4 : Entwicklungsschwerpunkte	14
C: Lernen in Lebensphasen	17
C 1 : Kinder	17
C 2 : Jugendliche	20
C 3 : Junge Erwachsene	23
C 4 : Erwachsene	26
C 5 : Ältere	28
Schlussbemerkung und Ausblick	31
Glossar	32
Anhang 1	
Ergebnisse der Umfrage zu Lebenslangem Lernen bei Ländern und Bund	35
Anhang 2	
Good-practice-Beispiele	75

Kurzfassung

Ziel der Strategie „Lebenslanges Lernen“ ist es darzustellen, wie das Lernen aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, an verschiedenen Lernorten und in vielfältigen Lernformen angeregt und unterstützt werden kann. Lebenslanges Lernen bezieht alles formale, nicht-formale und informelle Lernen ein. Dabei wird „Lernen“ verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen.

Auf der Grundlage der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen ist eine Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Sinne einer „nationalen kohärenten Strategie“ darstellbar, wohl aber als gemeinsam vereinbarte Strategie für Lebenslanges Lernen, die Aspekte und Zusammenhänge aufzeigt, bei denen unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten weitgehend Konsens innerhalb der Länder und zwischen Bund und Ländern besteht.

Die Strategie orientiert sich sowohl an den **Lebensphasen** des Menschen von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter, als auch an wesentlichen Elementen für Lebenslanges Lernen, die damit **Entwicklungsschwerpunkte** darstellen.

Innerhalb dieses Gerüsts werden realistische und auf Nachhaltigkeit gerichtete Perspektiven entwickelt, die auf den vorhandenen Bildungsstrukturen, Aktivitäten und Erfahrungen aufbauen und einen strukturierten Rahmen Lebenslanges Lernens abstecken, der flexibel und offen für die notwendige kontinuierliche Weiterentwicklung ist.

Entwicklungsschwerpunkte dieser Strategie sind:

- **Einbeziehung informellen Lernens**
- **Selbststeuerung**
- **Kompetenzentwicklung**
- **Vernetzung**
- **Modularisierung**
- **Lernberatung**
- **Neue Lernkultur/ Popularisierung des Lernens**
- **Chancengerechter Zugang.**

Unter den Lebensphasen **Kinder**, **Jugendliche**, **junge Erwachsene**, **Erwachsene** und **Ältere** wird dargestellt, in welcher Weise dort diese Entwicklungsschwerpunkte relevant und damit Teil einer Strategie Lebenslanges Lernens sind.

Durch die Verknüpfung der **Lebensphasen** und **Entwicklungsschwerpunkte** wird gleichzeitig einer Versäulung der Bildungsbereiche entgegengewirkt.

In der „**Kindheit**“ werden die Weichen für chancengerechten Zugang zu Bildung und damit für Lebenschancen gestellt. Hier werden die Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt. Lernmotivation und Lernfähigkeit werden geweckt und gefördert, die Fähigkeiten des Kindes gestärkt und die Entwicklung zur eigenständigen Persönlichkeit unterstützt. Zielgruppe sind nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern, andere Bezugspersonen sowie das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Wesentlich sind in dieser Lebensphase z.B. Umfang und Qualität **informellen Lernens**, die **Kompetenzentwicklung** auf der Grundlage neuer Erziehungs- und Bildungspläne, die **Vernetzung** (Kindergärten, Schulen, Eltern, Einrichtung der Jugendhilfe und Jugendarbeit), die **Lernberatung** vor allem der Eltern.

Bei „**Jugendlichen**“ überwiegen schulisch strukturierte Lernprozesse. Fremdorganisierte Lernangebote und die Pflicht zum Lernen prägen deren Lebensabschnitt. Besonders wichtig ist **Kompetenzentwicklung**, d.h. dass die Schule über Fachkompetenz hinaus Basiskompetenzen wie Lern-, Handlungs-, Sozialkompetenz, personale Kompetenzen und Teamfähigkeit vermittelt. Leistungsanforderungen und Abschlüsse werden z.B. durch Bildungsstandards vergleichbar gemacht. Wesentlich ist auch die Fähigkeit, selbstorganisiertes Lernen zu vermitteln und selbständiges Lernen einzuüben (**Selbststeuerung**). Zu nennen sind außerdem die **Lernberatung** als Hilfe bei Lernproblemen und zur Orientierung für die Schule und Berufslaufbahn sowie die Entwicklung einer neuen **Lernkultur**, die den Schulen einen größeren Raum für eigene Entscheidungen und zur Profilbildung gibt. Durch eine Vielzahl von Fördermaßnahmen wird **chancengerechter Zugang** gewährleistet.

Wesentlich in der Lebensphase „**Junger Erwachsene**“, die mit dem Eintritt in die Arbeitswelt einschließlich der beruflichen Erstausbildung beginnt und mit der Aufnahme einer geregelten Berufstätigkeit endet, sind insbesondere die Einbeziehung **informellen Lernens**, die **Selbststeuerung**, die **Kompetenzentwicklung** (soziale, berufliche, kulturelle und persönliche) und die Dokumentation informell erworbener Kompetenzen. Die **Vernetzung** erfolgt vor allem zwischen Schulen, Betrieben, Hochschulen, Verbänden, Arbeitsvermittlung und Weiterbildungseinrichtungen. Durch **Modularisierung** des Angebots wird eine zielgerichtet Erweiterung der individuellen Fertigkeiten ermöglicht und der **chancengerechte Zugang** verbessert. Die **Lernberatung** spielt in Form von Ausbildungs-, Studien- und Weiterbildungsberatung eine wichtige Rolle. **Die Neue Lernkultur** ist hier geprägt durch Praxisnähe und Transferorientierung. Wichtig ist, dass junge Erwachsene den Übergang ins Erwerbsleben nicht als Abschluss des Lernens, sondern als Zwischenstation begreifen.

Die zunehmend von Veränderungen und teilweise von Brüchen bestimmte Lebensphase von „**Erwachsenen**“ macht die Notwendigkeit lebenslangen Lernens besonders deutlich. Sie sind durch die intensive Einbindung in Beruf und Familie in hohem Maße zeitlich beansprucht. Daher sind hier vor allem selbststrukturierbare Angebote (**Selbststeuerung**) bedeutsam. Die in Familie, im Prozess der Arbeit und in der Freizeit durch **informelles Lernen** erworbenen

Qualifikationen werden durch Dokumentation und Anerkennung verwertbar. **Modularisierung** ermöglicht den schrittweisen Aufbau individueller Kompetenzprofile. **Kompetenzentwicklung** in personaler, sozialer und beruflicher Hinsicht können mit Hilfe der Angebote der allgemeinen, beruflichen und politischen Weiterbildung kann weiter entwickelt werden .

Die Lebensphase „**Ältere**“ umfasst Erwachsene, die sich in der Regel in einem Alter nur noch wenige Jahre vor oder bereits im Ruhestand befinden. Die Bedeutung formalen Lernens nimmt ab; die Lernenden haben eine größere Freiheit, selbst zu bestimmen, ob, wie und wofür sie lernen (**Selbststeuerung**). Der Erwerb oder der Erhalt von Selbstständigkeit und Selbstbestimmung auch im höheren Lebensalter ist eine wesentliche Zielsetzung Lebenslangen Lernens in dieser Lebensphase. Bei der **Kompetenzentwicklung** kommt es weniger auf die Neuentwicklung von Fertigkeiten und Fähigkeiten an, sondern mehr auf den Erhalt vorhandener. Das Lernen Älterer übernimmt auch kompensatorische Funktionen, insbesondere für die späte Berufs- bzw. Arbeitsphase, den Ausstieg aus dem Arbeitsleben und den Ausgleich von Defiziten. Gleichzeitig erwerben Ältere neue Kompetenzen, um Erfahrungen und Wissen weiterzugeben oder um ehrenamtliche Funktionen ausüben zu können. Der Abbau altersspezifischer Barrieren in vorhandenen Bildungsangeboten ist Voraussetzung für einen **chancengerechten Zugang** zum Lebenslangen Lernen auch für Ältere.

Es bleibt die Aufgabe der zuständigen Akteure in den Ländern und im Bund, den Rahmen, der mit diesem Strategiepapier abgesteckt ist, je nach ihren bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen auszufüllen. Die Verabschiedung des Berichts in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zeigt, dass die Verantwortlichen bereit sind, die Weiterentwicklung des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland offensiv zu betreiben.

Langfassung

Vorbemerkung

Auftrag und Umsetzung

Am 17.06.2002 hatte die Bund-Länder-Kommission beschlossen, ein Strategiepapier zum Lebenslangen Lernen erarbeiten zu lassen. Dabei sollten die Veränderungen aufgezeigt werden, die in den einzelnen Bildungsbereichen (Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Weiterbildung) notwendig sind, um Lebenslanges Lernen zu einer Selbstverständlichkeit in jeder Bildungsbiografie werden zu lassen. Wichtig war dabei der Kommission die verstärkte Nutzung und Anerkennung informellen und nicht-formalen Lernens sowie die Einbeziehung der Ergebnisse der Expertenkommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens. Der Ausschuss „Bildungsplanung“ hatte darauf hin in seiner Sitzung am 26. September 2002 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung dieses von der Kommission geforderten "Strategiepapiers Lebenslanges Lernen" eingesetzt und ihren Auftrag dahingehend konkretisiert, dass neben einer Begriffsbestimmung für Lebenslanges Lernen die Aktivitäten des Bundes und der Länder im Kontext Lebenslangen Lernens als Grundlage gemeinsamen Handelns sowie die einschlägigen Aktionen auf europäischer Ebene analysiert und darauf aufbauend Vorschläge für die Strukturierung der Förderaktivitäten gemacht werden.

Diese Arbeitsgruppe hat auftragsgemäß am 20.2.2003 und erneut mit Datum vom 8.4.2003 einen Zwischenbericht vorgelegt, der den konzeptionellen Ansatz der Arbeitsgruppe und das Arbeitsprogramm zur Umsetzung beschreibt. Die Arbeitsgruppe hat Experten angehört, die Literatur ausgewertet und eine Umfrage bei den Ländern zum Lebenslangen Lernen durchgeführt; gleichzeitig hat der Bund die Bundesressorts befragt. Der Bericht der Expertenkommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens hat zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeiten für die Vorlage des Strategiepapiers noch nicht vorgelegen. Die hier zu erwartenden Anregungen und Empfehlungen werden in einem anderen Zusammenhang zu bewerten und einzubringen sein.

In das Papier sind die bereits laufenden zahlreichen Initiativen zur Förderung des lebenslangen Lernens eingeflossen. Wegen der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und der pluralen Struktur der Bildungslandschaft sind solche Aktivitäten allerdings oftmals weder flächendeckend noch gleichmäßig in der Umsetzung.

Die Arbeitsgruppe hat dies bei der Darstellung ihrer Überlegungen berücksichtigt und häufig Formulierungen gewählt, die sowohl Sachstandsdarstellungen als auch Handlungsoptionen sind. Auf einen Katalog konkreter Forderungen oder Handlungsempfehlungen hat die Arbeitsgruppe verzichtet, da es Aufgabe der zuständigen Akteure ist, je nach ihren bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen zu entscheiden, in welcher Weise und in welchem Umfang sie tätig werden. Die Arbeitsgruppe hält diese Art der Darstellung dem bereits erreichten Stand der Umsetzung der Konzeption des lebenslangen Lernens in den Ländern und den Förderprogrammen des Bundes für angemessen. Sie ist auch für die Darstellung des Entwicklungsstandes des lebenslangen Lernens in Deutschland in internationalen Zusammenhängen geeignet.

Der Anhang stellt die Ergebnisse der Umfrage bei Ländern und Bund in zusammengefasster Form dar und gliedert sie zur Übersichtlichkeit entsprechend dem Aufbau des Strategiepapiers (biografischer Ansatz und Entwicklungsschwerpunkte). Es wird damit beispielhaft dokumentiert, dass Länder und Bund bereits umfangreiche Maßnahmen zur Förderung lebenslangen Lernens durchführen. Den aufgezeigten Beispielen könnten weitere hinzugefügt werden, was jedoch für den Sinn und Zweck des Papiers nicht zwingend ist und in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht möglich war.

Es ist beabsichtigt, das breite Spektrum der mehr als zweihundert angegebenen Maßnahmen und Projekte systematisch aufzuarbeiten, durch die Länder nochmals überprüfen und ergänzen zu lassen und dieses breite Kompendium der Aktivitäten der Länder und des Bundes im Kontext lebenslangen Lernens zusammen mit der vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung zu erarbeitenden Literaturobwertung für eine Veröffentlichung zu einem späteren Zeitpunkt im Herbst dieses Jahres verfügbar zu machen.

A

Verfassungsrechtlicher Rahmen

In der Bundesrepublik Deutschland liegt nach dem Grundgesetz die Zuständigkeit für die Inhalte und die Gestaltung des Bildungssystems weitgehend bei den Ländern und in Teilen beim Bund. Für Kindergärten, vorschulische Erziehung, Schulen einschließlich des schulischen Teils der beruflichen Ausbildung, den überwiegenden Teil des Hochschulwesens, ferner für die allgemeine und kulturelle sowie Teile der beruflichen Weiterbildung sind die Länder zuständig. Der Bund hat die Rahmenkompetenz für die Hochschulen und ist zuständig für die Ausbildungsförderung sowie den außerschulischen Teil der beruflichen Ausbildung. Außerdem ist er für die berufliche Weiterbildung im Rahmen seiner Zuständigkeit für das Wirtschafts- und Arbeitsrecht verantwortlich.

Unberührt dieser verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten besteht ein breiter Konsens über die Ziele, die das Bildungswesen im Hinblick auf die schnellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Wandlungsprozesse anstreben muss. Dies gilt auch für Lebenslanges Lernen. Die Hinführung der Menschen zu Lebenslangem Lernen, die Voraussetzungen für Lebenslanges Lernen und eine Bildungsstruktur, die erfolgreiches Lernen ermöglicht, sind in allen Ländern und beim Bund übereinstimmende Ziele der Politik.

Eine Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht im Sinne einer „nationalen kohärenten Strategie“ darstellbar, wohl aber als gemeinsam vereinbarte Strategie für Lebenslanges Lernen, die Aspekte und Zusammenhänge aufzeigt, bei denen unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten weitgehend Konsens innerhalb der Länder und zwischen Bund und Ländern besteht.

Lebenslanges Lernen ist damit sowohl Leitlinie als auch ein Ziel der Bildungspolitik.

B

Leitlinien für Lebenslanges Lernen

B 1 : Definition

Lebenslanges Lernen umfasst alles formale, nicht-formale und informelle Lernen an verschiedenen Lernorten von der frühen Kindheit bis einschließlich der Phase des Ruhestands. Dabei wird "Lernen" verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen.

B 2 : Strategischer Ansatz

Die Definition Lebenslangen Lernens legt es nahe, eine Strategie an der Biographie des Menschen zu orientieren. In jeder Lebensphase lernt der Mensch aus unterschiedlichen Gründen, in unterschiedlicher Weise, an unterschiedlichen Orten. Lebenslanges Lernen läuft nicht nur in Institutionen ab, sondern schließt neben Phasen formalen und nicht-formalen Lernens in Institutionen (teils vorgeschrieben, wie z.B. in der Schule, teils freiwillig, wie z.B. in Weiterbildungseinrichtungen oder Hochschulen) auch *nicht-formales* und *informelles Lernen* an verschiedenen Lernsituationen und Lernorten ein (Familie, Beruf, Freizeit usw.).

Lebenslanges Lernen ist weitgehend vom Einzelnen selbst verantwortetes Lernen, d.h. Lernen, bei dem der Lernende durch ein vielfältiges Netzwerk von Lernangeboten und Lernmöglichkeiten steuert. Das gilt selbst in der frühen Kindheit, in der Eltern weitgehend den Bildungsweg bestimmen. Dieses *selbstgesteuerte Lernen* beinhaltet die Nutzung fremdorganisierter Lernangebote ebenso wie das Selbstorganisieren von Lernen. Es setzt gerechte *Zugangsmöglichkeiten* und kompetente *Lernberatung* voraus.

Die sinnvolle und effiziente Nutzung der Lernangebote und Lernmöglichkeiten hat die Entwicklung der individuellen *Lernkompetenz* sowie eine entsprechende Infrastruktur zur Voraussetzung. Diese Infrastruktur muss sowohl hinsichtlich der einzelnen Bildungsstufen (Kindergarten, Schule, Ausbildung, Weiterbildung) als auch der Lernangebote und Lernmöglichkeiten der gleichen Ebene vernetzt sein (*vertikale bzw. horizontale Vernetzung*); die Angebote müssen aufeinander aufbauen und sich ergänzen (*Modularisierung*). Eine den Erfordernissen und den Wünschen der Menschen entsprechende *Kultur des Lernens*, die Lernen für alle Altersstufen und Bevölkerungskreise interessant und attraktiv macht (*Popularisierung des Lernens*), fördert die Motivation und die Bereitschaft des Einzelnen zu lebenslangem Lernen.

Damit sind diejenigen Aspekte benannt, die beim Lernen in allen Lebensphasen wesentliche Elemente und damit Entwicklungsschwerpunkte einer Strategie lebenslangen Lernens darstellen. In Verbindung mit den Lebensphasen stellen die Entwicklungsschwerpunkte ein Gerüst dar, in das sich die Aktivitäten aller am Prozess lebenslangen Lernens Beteiligten einfügen lassen.

B 3 : Zielsetzung

Ziel einer Strategie lebenslangen Lernens ist es darzustellen, wie das Lernen aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, an verschiedenen Lernorten und in vielfältigen Lernformen angeregt und unterstützt werden kann (erweitertes Lernverständnis und Entwicklung einer breiten Lernkultur und einer Lerngesellschaft).

B 4 : Entwicklungsschwerpunkte

Einbeziehung informellen Lernens

Lebenslanges Lernen für alle kann nicht durchgängig in formalen institutionalisierten Bildungsveranstaltungen organisiert und gefördert werden. Da die meisten Lernprozesse sich informell in Lebens- und Arbeitszusammenhängen außerhalb von Bildungsinstitutionen entwickeln, muss das informelle Lernen wesentlich in die Förderung lebenslangen Lernens einbezogen werden. Ler-

nen in und außerhalb von Institutionen soll sich wechselseitig ergänzen; ihr Zusammenwirken soll zu einem erweiterten Verständnis Lebenslangen Lernens führen.

Selbststeuerung

Lernen entwickelt sich im Lebenslauf individuell-biographisch verschieden und beruht auf unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, Lernmilieus, Lernbedürfnissen und Lernanlässen. Daher kann es zunehmend nur von den Lernenden selbst angemessen gesteuert werden. Sie nutzen dabei teilweise fremdorganisierte Angebote, teilweise organisieren sie ihre Lernprozesse selbst.

Kompetenzentwicklung

Das selbstständige Erschließen des jeweils aktuell benötigten Wissens durch gezieltes recherchierendes Erarbeiten und Nutzen einschlägigen gespeicherten Wissens wird zunehmend wichtiger. Dies erfordert auch die breite Entwicklung der Kompetenz zur zielführenden Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie. "Bildungsstandards" legen heute fest, was Schüler jeweils auf bestimmten Stufen ihrer Schullaufbahn können sollen. Auch das nachschulische Weiterlernen zielt wesentlich auf die Entwicklung von Kompetenzen zur Bewältigung von praktischen Lebens- und Arbeitsanforderungen. Die Ausrichtung auf Kompetenzentwicklung muss daher für die Förderung Lebenslangen Lernens in der gesamten Lebensspanne maßgebend sein.

Vernetzung

Um alle Lernangebote und Lernmöglichkeiten sinnvoll und effizient nutzen zu können, ist es weiter erforderlich, eine entsprechende Infrastruktur bereit zu stellen, die nicht nur fremdorganisiertes, sondern auch selbstorganisiertes Lernen ermöglicht. Für die Entwicklung eines erweiterten Verständnisses von Lebenslangem Lernen sind keine neuen Institutionen erforderlich, die bestehenden Institutionen müssen jedoch vernetzt und in ihren Funktionen an die Erfordernisse Lebenslangen Lernens angepasst werden. Sowohl die einzelnen Bildungsstufen als auch die Bildungsangebote und -möglichkeiten auf einer Ebene (auch informelle und nichtinstitutionalisierte) müssen verstärkt aufeinander bezogen sein (vertikale und horizontale Vernetzung). Die Bildungsinstitutionen müssen für die Einbeziehung informellen und nicht-formalen Lernens offen sein.

Modularisierung

Lernangebote in modularer Form und Lernmaterialien, die auf lernanregende Fragen, Themen und Probleme zielen, erleichtern den Lernenden die Ausrichtung der Lernprozesse nach ihren Bedürfnissen.

Lernberatung

Das stärker selbstgesteuerte Lernen mit kompatiblen Modulen in institutionsübergreifenden Lernnetzwerken stellt Anforderungen an Lernmotivation und Lernfähigkeit, denen viele Menschen nur mit Hilfe einer offenen und kompetenzentwickelnden Lernberatung entsprechen können.

Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens

Wirksames kompetenzentwickelndes Lernen erfordert Anregung und Ermutigung. Es ist eine motivierende Popularisierung des Lernens unter Einbeziehung der Medien mit dem Ziel der Entwicklung einer neuen Lernkultur nötig. Eine Strategie zur Förderung lebenslangen Lernens für alle muss dazu beitragen, das Zurückbleiben des Lernens hinter der zunehmenden Komplexität der Verhältnisse und ein Versagen vor den wachsenden Verstehens- und Problemlösungsanforderungen aufzufangen.

Chancengerechter Zugang

Der Zugang zu lebenslangem Lernen ist eine entscheidende Voraussetzung für das Leben in einer auf demokratische Teilhabe ausgerichteten Gesellschaft, in der Persönlichkeitsentwicklung und Wissenserwerb sowie eine sozial verantwortliche Anwendung von Wissen und Kompetenzen immer größere Bedeutung erhalten. Zu keinem Zeitpunkt seiner Bildungsbiographie darf jemand aus dem Lern- und Bildungsprozess ausgeschlossen werden. Für den Erfolg der neuen Lernkultur sind Rahmenbedingungen erforderlich, die einen chancengerechten Zugang für alle, insbesondere auch bildungsfernere Menschen, zu den Möglichkeiten lebenslangen Lernens eröffnen.

C

Lernen in Lebensphasen

Die dargestellten acht Entwicklungsschwerpunkte haben nicht in jeder Lebensphase den gleichen Stellenwert, weil die Lernumfelder und die Akteure unterschiedlich sind. Im Folgenden wird dargestellt, in welcher Weise Entwicklungsschwerpunkte jeweils in den einzelnen Lebensphasen relevant und damit Teil einer Strategie Lebenslangen Lernens sind. Zwischen den Lebensphasen gibt es fließende Übergänge und zwischen den Entwicklungsschwerpunkten Überlappungen. Hierdurch wird das Prinzip der Kontinuität des Lebenslangen Lernens betont und einer „Versäulung“ der Bildungsbereiche entgegen gewirkt.

C 1 : Kinder

Kindesalter wird hier verstanden als die Zeitspanne bis zum 10. Lebensjahr.

Die Grundlagen für Lebenslanges Lernen werden in der frühen Kindheit und im Grundschulalter gelegt. Gerade die frühe Kindheit ist eine besonders lernintensive Zeit für die Bildungsbiografie jedes Menschen. Hier werden Weichen für Bildungschancen und damit für Lebenschancen gestellt. Lernmotivation und Lernfähigkeit als Voraussetzungen für Lebenslanges Lernen müssen geweckt und gefördert werden.

Kleinkinder werden in der Regel überwiegend in der Familie erzogen, auch wenn zunehmend bereits vor dem 3. Lebensjahr unterschiedliche ergänzende Betreuungsformen nachgefragt werden. Ab dem 3. Lebensjahr treten die Kindertageseinrichtungen hinzu, in der Regel der Kindergarten. Mit dem 5. bzw. 6. Lebensjahr beginnt der Schulbesuch.

Zielgruppe für Lebenslanges Lernen in dieser Phase sind nicht nur die Kinder selbst, sondern auch die Eltern und andere Bezugspersonen, denn vor allem

in den ersten Lebensjahren finden Lernprozesse in der Interaktion mit diesen Bezugspersonen statt. Gesellschaftliche Entwicklungen, wie

- der Wandel bei der Wahrnehmung der elterlichen Verantwortung für die Erziehung,
 - geänderte Familienverhältnisse,
 - der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
 - die Aufgabe, alle Gruppen zu integrieren,
- haben Auswirkungen auf die Strategieüberlegungen.

In keiner Lebensphase ist der Umfang des informell Gelernten größer und dessen Qualität wichtiger als in den ersten Lebensjahren. Die Verantwortung dafür, was Kinder lernen, liegt in erster Linie bei den Eltern und den anderen Bezugspersonen, aber auch bei den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrkräften der Primarstufe. Sie alle müssen dafür sorgen, dass die Kinder ein Lernumfeld vorfinden, das ihre Entwicklung anregt und fördert.

Einbeziehung
informellen
Lernens

Es gilt, die natürliche kindliche Neugier zu bestärken. Wenn im Jugend- und Erwachsenenalter eigenverantwortlich und selbstgesteuert gelernt werden soll, so muss dieses Verhalten, insbesondere das Lernen lernen, bereits im Kindesalter gefördert werden. Selbststeuerung ist ein Prinzip und ein Ziel, das sowohl von Eltern und Lehrenden als auch in Spielen, Lehr- und Lernmaterialien sowie in allen Vermittlungssituationen umgesetzt wird.

Selbst-
steuerung

Die Angebotsqualität in Kindergarten und Schule wird konsequent verbessert. Neue Erziehungs- und Bildungspläne für den Elementarbereich enthalten nicht mehr nur Empfehlungen, sondern verbindliche Vorgaben für Bildungsziele, wie z.B. Stärkung der Fähigkeiten des Kindes, Entwicklung zur eigenständigen Persönlichkeit, Entwicklung der Lernkompetenz durch spielerisches Einüben der Fähigkeiten, Wissen zu erwerben, zu organisieren und anzuwenden, Entwicklung der sprachlichen, sozialen und motorischen Kompetenzen, Erweiterung der musisch-kreativen Förderschwerpunkte durch Vermittlung naturwissenschaftlicher Zusammenhänge, Umgang mit Medien. Die neuen Anforderungen bedingen eine entsprechende Qualifizierung des pädagogischen Personals im Rahmen der Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung.

Kompetenz-
entwicklung

Eltern wird die Möglichkeit geboten, den Lernprozess im Kindergarten und in der Grundschule mit zu gestalten. Kindergarten und Grundschule arbeiten mit dem sozialen Umfeld, mit den Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe zusammen. Abgestimmte Bildungspläne zwischen Elementarbereich und Primarbereich fördern einen kontinuierlichen Lernprozess. Der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule wird durch die Zusammenarbeit der Einrichtungen unterstützt.

Vernetzung

Im Kindesalter ist es besonders wichtig, dass neue Lernschritte auf vorangegangenen aufbauen und entsprechend den Anlagen der Kinder flexibel einsetzbar sind. Lernmodule werden im Elementarbereich ebenso Teil der Erziehungs- und Bildungspläne, wie sie es in den Lehrplänen des Primarbereichs sind. Sowohl in Kindertagesstätten als auch anschließend in der Grundschule werden Lernangebote an Kinder differenziert nach ihren individuellen Lernbedürfnissen und -erfordernissen organisiert und gestaltet.

Modularisierung

Entscheidende Voraussetzung für zielgerichtetes informelles Lernen der Kinder ist die Vorbereitung der Eltern auf ihre Erziehungsaufgabe und die Unterstützung bei der Erziehung zum lebenslangen Lernen. Dazu gehört ein breites Bildungsangebot für Eltern, das vor allem von den Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung bereitgehalten wird, aber auch durch die Schule Unterstützung findet. Schon Hebammen und Kinderärzte weisen Eltern auf Möglichkeiten der Frühförderung, Erziehungsberatung und Familienbildung hin. Der Ausgleich von Defiziten bei den Eltern (z.B. Kenntnisse in der deutschen Sprache) hilft bei der Integration der Kinder. Kinderkrippen und andere Formen der frühkindlichen Betreuung ergänzen das Elternhaus. In der Grundschule beraten die Lehrkräfte gemeinsam mit den Eltern die Kinder. Die Diagnosefähigkeit des pädagogischen Personals ist Voraussetzung für wirksame Fördermaßnahmen. Bei der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn am Ende der Grundschulzeit ist eine individuelle Schullaufbahnberatung für die Entscheidung der Eltern von großer Bedeutung.

Lernberatung

Im Elementarbereich werden Freude und Neugier der Kinder zu lernen genutzt und ihr Lernen gezielt gefördert und intensiviert. Der Primarbereich kann darauf aufbauen und die Grundlagen für lebenslanges Lernen systematisch vermitteln. Der Ausbau der verlässlichen Halbtagsgrundschule und von Ganztags-schulangeboten unterstützt dies wirkungsvoll.

Neue
Lernkultur
Popularisierung
des Lernens

Ein chancengerechter Zugang zur Förderung Lebenslangen Lernens, die der Kindergarten bietet, ist in der Regel gegeben. Die überwiegende Zahl der Kinder eines Geburtsjahrganges besucht auf freiwilliger Grundlage den Kindergarten. Die Verbesserung der Kompetenzentwicklung für alle Kinder ist eine wesentliche Voraussetzung für chancengerechten Zugang zum Lebenslangen Lernen. Für Kinder, die eine besondere Unterstützung benötigen, z.B. wegen einer Behinderung oder wegen unzureichender Deutschkenntnisse, werden durch differenzierende Unterrichtsgestaltung, individuelle Lernpläne und spezielle Fördermaßnahmen Lernbarrieren abgebaut.

Chancengerechter Zugang

C 2 : Jugendliche

Im Jugendalter überwiegen schulisch strukturierte Lernprozesse. Deshalb liegt in dieser Lebensphase dort der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Förderung Lebenslangen Lernens.

Die Situation der Jugend unterscheidet sich von der früheren Generationen. Für Jugendliche spielt heute die Schule eine wesentlich stärkere Rolle als früher (vermehrter Besuch weiterführender Schulen, gestiegene Leistungsanforderungen); ihr Berufs- und Praxisbezug ist geringer, sie neigen stärker zur Individualisierung, sind stärker konsumorientiert, aber später ökonomisch selbstständig. Sie sind milieubezogen sehr unterschiedlich und daher als Gruppe nicht einheitlich zu definieren. Lernen hat für sie in erster Linie die Bedeutung, die Optionen der Lebenschancen zu verbessern. Dabei ist von großer Bedeutung, über welche Bildungsressourcen das Elternhaus verfügt und welchen Erziehungsstil die Eltern haben. Ein Erziehungsstil, der fördert und fordert, annimmt und lenkt, motiviert dazu, Eigenverantwortung zu übernehmen und Selbstbewusstsein zu entwickeln, und fördert Lebenslanges Lernen.

Informelle Bildungs- und Lerneinflüsse werden in die Arbeit der formalen Bildungsinstitutionen einbezogen. Die Nutzung informellen Lernens wird verstärkt eingeübt. Außerschulische Lernorte wie Vereine, Einrichtungen der Jugendarbeit und Betriebe ergänzen und regen Lernprozesse an, auf die im Rahmen der Erziehung zu Lebenslangem Lernen in den formalen Bildungseinrichtungen reagiert wird. Neue Lehr- und Lernmethoden nutzen das informell Gelernte durch erfahrungsnahe Problemstellungen sowie durch authentische Situatio-

Einbeziehung informellen Lernens

nen aus der jugendlichen Erlebniswelt und steigern so die Lern- und Leistungsmotivation. Wettbewerbe und außercurriculare Aktivitäten auf allen Gebieten fördern das Lernen über die Schule hinaus. Auch für die Beschäftigungsfähigkeit ist die Nähe des Lernens zur Praxis und zum gesellschaftlichen Leben wichtig.

Das Jugendalter ist geprägt von überwiegend fremdorganisierten Lernangeboten und von der Pflicht zum Lernen, die von den formalen Bildungsinstitutionen ausgehen. Im Rahmen der Erziehung zu lebenslangem Lernen ist es deshalb eine ganz wichtige Aufgabe der Schule, auch die Fähigkeit zu selbstorganisiertem Lernen zu vermitteln, das selbstständige Lernen einzuüben und die natürliche Lust junger Menschen, lernen zu wollen, wach zu halten und zu fördern. In den neuen Lehrplänen ist der Gedanke lebenslangen Lernens ausdrücklich verankert. Differenzierende Bildungsangebote, die unterschiedliche Begabungen und Leistungsfähigkeiten berücksichtigen, fördern Lern- und Leistungsinteresse. Differenzierende Didaktik und Methodik für unterschiedliche Adressaten sowie die aktive Einbeziehung der Jugendlichen in den Lernprozess fördern die Bereitschaft zum Lernen.

Selbst-
steuerung

Das Bildungsangebot wird ständig aktualisiert und erweitert, die Bildungsinhalte den Erfordernissen lebenslangen Lernens angepasst. Lernkompetenz, Handlungskompetenz, Sozialkompetenz, personale Kompetenzen und Teamfähigkeit werden als Basiskompetenzen ebenso vermittelt wie Fachkompetenzen. Der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist Bestandteil aller Unterrichtsbereiche. Leistungsanforderungen und Abschlüsse werden verstärkt vergleichbar gemacht (z.B. Bildungsstandards).

Kompetenz-
entwicklung

Eltern und Schule werden zur verstärkten Zusammenarbeit aufgefordert. Eine Kooperation der Eltern mit der Schule wirkt sich positiv auf die Lernbereitschaft Jugendlicher aus. Lernhemmende Erziehungsprobleme können durch die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus mit den Einrichtungen der Jugendhilfe abgebaut werden. Durch die vertikale Vernetzung der Bildungseinrichtungen (Schule, Berufsausbildung, Hochschule, Fort- und Weiterbildung) wird eine Voraussetzung für lebenslanges Lernen geschaffen. Der erfolgreiche Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung ist für das lebenslange Lernen von entscheidender Bedeutung. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der unterschiedlichen Bildungswege ist am Interesse einer optimalen Förderung der Jugendlichen orientiert. Das Schulsystem ist auf

Vernetzung

Durchlässigkeit angelegt, Fördermaßnahmen erleichtern die Übergänge. Die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen ergänzt das schulische Lehrangebot. Durch verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft werden die Berufsorientierung verstärkt und die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit erhöht. Damit wird die Grundlage für weitere Lernmotivation gelegt.

Eine Modularisierung von Bildungsangeboten für Jugendliche ist dem System der aufeinander bezogenen bzw. aufeinander aufbauenden Schularten und Abschlüsse im Prinzip bereits immanent. Lerncurricula werden verstärkt in modularer Form angeboten. Zusätzliche Lernmodule, insbesondere im außerschulischen Bereich, können individuell ergänzend gewählt werden.

Modularisierung

Lernberatung in der Schule als Hilfestellung bei Lernproblemen und Lernhindernissen oder als Hinweis zur Ergänzung des in der Schule Gelernten, Schullaufbahnberatung als Orientierungsberatung helfen den Lernenden bei der optimalen Nutzung der schulischen Lernangebote. Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe sind sowohl bei der Prävention als auch bei der Bewältigung von Krisensituationen von Bedeutung. Wichtig ist eine Vernetzung der Beratungsdienste mit dem Ziel, in jedem Einzelfall individuelle Lösungen zu erarbeiten. Dies gilt in besonderem Maß für die Berufsberatung, denn eine interessens- und begabungsadäquate Berufswahl sowie eine anregungsintensive berufliche Umwelt sind Schlüssel für den Aufbau nachhaltiger Lerninteressen.

Lernberatung

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird ein positives Image einer „Lern- und Leistungskultur“ unterstützt. Die Idee des „Lebenslangen Lernens“ ist populär zu machen. Da das Thema „Bildung“ inzwischen einen höheren Stellenwert hat, wird dies künftig leichter gelingen. Die Lehrenden werden gezielt für die neuen Anforderungen Lebenslangen Lernens aus- und weitergebildet. Das Ansehen des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit wird aufgewertet. Schulen erhalten einen größeren Spielraum für eigene Entscheidungen und zur Entwicklung eines eigenen Profils. Lehr- und Lernmittel werden an die Erfordernisse Lebenslangen Lernens angepasst.

Neue
Lernkultur

Popularisierung
des Lernens

Ein chancengerechter Zugang wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen gewährleistet, wie z.B. den Ausbau der Ganztagsbetreuung, durch Förderunterricht für langsam lernende Schüler, Sprachlernklassen für Migranten, Eingliederungskonzepte für Behinderte, Angebote zur Nachholung von Schulabschlüssen.

Chancen
gerechter
Zugang

C 3 : Junge Erwachsene

Der Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter ist in zunehmendem Maße ein fließender Prozess geworden. Die Lebensphase „Junge Erwachsene“ erstreckt sich über einen längeren Zeitraum und beginnt mit dem Eintritt in die Arbeitswelt, einschließlich der beruflichen Erstausbildung. Sie wird hier verstanden als Lebensphase bis zur Aufnahme einer geregelten Berufstätigkeit. Diese Zeitspanne wird individuell sehr unterschiedlich ausgefüllt. In Bezug auf Bildungswege, Ablösung von der Herkunftsfamilie und Übernahme von finanzieller und gesellschaftlicher Verantwortung erhöht sich die Eigenverantwortlichkeit. Die Weichenstellungen in diesem Lebensabschnitt erweisen sich als besonders persönlichkeitsbildend und prägend für die weitere berufliche Zukunft. Erfahrungen, die in diesem Lebensalter gemacht werden, formen auch in dieser Phase das Verhältnis zum Lernen. Ein erfolgreicher Übergang im Sinne von lebenslangem Lernen ist erreicht, wenn junge Erwachsene den Übergang ins Erwerbsleben nicht als Abschluss des Lernens, sondern als Zwischenstation begreifen. Das gilt auch für diejenigen jungen Erwachsenen, die den Übergang in das Erwerbsleben nicht im ersten Anlauf erreichen.

In diesem Zeitraum sind als Bildungsinstitutionen besonders relevant: die Schule, der Ausbildungsbetrieb und die Hochschulen. Darüber hinaus haben die jeweilige familiäre Situation, soziale Milieus und gesellschaftliche Trends starken Einfluss auf Wahl und Ausgestaltung der Übergangsphase von der Schule ins Berufsleben.

Das junge Erwachsenenalter zeichnet sich durch vielfältige Aktivitäten in sozialen, beruflichen, kulturellen und persönlichen Bereichen aus. Diese beziehen sich auf Engagements im Vereinsleben, in Gewerkschaften, Parteien und karitativen Vereinigungen ebenso wie auf das Sammeln persönlicher Erfahrungen durch Reisen, die Nutzung der neuen Medien oder auf soziale Gruppenaktivi-

Einbeziehung
informellen
Lernens

täten. Die hierbei erworbenen Kompetenzen sind ein wichtiges Fundament für weitere Bildungsprozesse. Informelles Lernen wird durch gezielte Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen weiterentwickelt. Auch die Dokumentation informell erworbener Kompetenzen fördert Lebenslanges Lernen. Auf diese Weise können die besonderen Rahmenbedingungen von Personen mit diskontinuierlicher Bildungsbiographie berücksichtigt und berufsbezogene Qualifikationen sichtbar gemacht werden. Derartige Dokumentationen können zur Motivation der betroffenen Personen beitragen und die Wiederaufnahme von Bildungsprozessen unterstützen. Bildungsorganisationen greifen verstärkt informelle Lernaktivitäten auf und sichern diese mit flankierenden Maßnahmen ab.

Die zunehmende Eigenverantwortung von Individuen bezieht sich auch auf die Selbststeuerung von Lernprozessen. Selbstlerntechniken werden verfeinert, insbesondere für das Lernen außerhalb der formalen Bildungsprozesse. Lernenden und Lerner werden dadurch verstärkt angeregt, zielgerichtet Lernmethoden, Lernformen und Lerninhalte zu kombinieren, um selbstgesetzte Lernziele zu erreichen.

Selbst-
steuerung

Damit in und nach der Übergangsphase von der Schule in das Arbeitsleben das lebenslange Lernen ein selbstverständlicher Teil des täglichen Lebens bleibt, wird auch in Ausbildung und Studium die personale, soziale und berufliche Handlungskompetenz vermittelt. Hierzu tragen vor allem transferorientierte Bildungsangebote wie begleitete Praktika, Projektunterricht, Lerninseln u.s.w. bei. Zur Stärkung persönlicher Entwicklungsprozesse und auch, um diese für potentielle Arbeitgeber transparent zu machen, werden zunehmend Kompetenzen dokumentiert. Bei formalen Bildungsgängen werden aussagekräftige und vergleichbare Zertifikate verliehen.

Kompetenz-
entwicklung

Um die vorhandenen Ressourcen noch besser als bisher zu bündeln und für die Individuen möglichst reibungslose Übergänge zwischen den Bildungsbereichen zu ermöglichen, wird die bildungsbereichsübergreifende Zusammenarbeit gestärkt. Hier sind vor allem Kooperationen zwischen Schulen, Betrieben, Hochschulen, Verbänden, Arbeitsvermittlung und Weiterbildungseinrichtungen relevant.

Vernetzung

Ein breit gefächertes Portfolio an Qualifikationen ist eine Grundvoraussetzung für die weitere berufliche und persönliche Entwicklung. Entsprechende Module

Modulari-
sierung

werden entwickelt. Eine transparente Darstellung der Module ermöglicht eine zielgerichtete Erweiterung der individuellen Fertigkeiten.

Da im jungen Erwachsenenalter die eigenen Lern- und Lebensziele häufig noch offen sind, ist in dieser Lebensphase eine kompetente Lernberatung von zentraler Bedeutung. Über die Klärung der individuellen Fähigkeiten und Ziele durch das soziale Umfeld, die Familie oder die Betreuung in Vereinen hinaus ist eine spezifische Lernberatung schon in der Schule, dann aber auch in den Ausbildungszusammenhängen oder in der Sozialbetreuung notwendig. Ausbildungs-, Studien- und Weiterbildungsberatung ermöglicht jungen Erwachsenen, unterschiedliche Bildungswege zu erkennen, Handlungsoptionen zu entwerfen und die Bildungsbiografien langfristig eigenverantwortlich zu planen.

Lernberatung

Da sich im jungen Erwachsenenalter das Lernen zu einem großen Teil im Rahmen von staatlichen Bildungsinstitutionen (Berufsschule, Hochschule) vollzieht, kommt der Ausgestaltung des Unterrichtsgeschehens im Sinne einer neuen Lernkultur besondere Bedeutung zu. Praxisnähe, Transferorientierung und die Einbindung der Lerninhalte in übergreifende Zusammenhänge wirken der Begrenzung auf „träges Wissen“ entgegen und erhalten die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Auch für Weiterbildungsveranstaltungen werden neue Lernkulturen entwickelt, die der besonderen Situation junger Erwachsener entsprechen. Motivation und Sensibilisierung für diese Lernprozesse kann insbesondere auch über Lernfeste, Auszeichnungen und Wettbewerbe gestärkt werden.

Neue
Lernkultur

Popularisierung
des Lernens

Die Bildungsteilhabe aus bildungsfernen Gruppen wird gestärkt. Übergänge aus dem beruflichen Bereich zum Studium sowie zu weiterführenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden erleichtert. Das Angebot von berufsintegrierten sowie konsekutiven Studiengängen wird ausgeweitet. Insbesondere für junge Erwachsene ohne Schulabschluss und für Berufsausbildungsabbrecher werden Unterstützungs- und Anreizsysteme weiter entwickelt, um ihnen einen chancengerechten Zugang zum lebenslangen Lernen zu sichern.

Chancen-
gerechter
Zugang

C 4 : Erwachsene

Lernen im Erwachsenenalter ist institutionell weniger geprägt als in den vorgelegerten Lebensphasen und muss deshalb weitgehend eigenverantwortlich innerhalb der jeweiligen Lebensumstände verwirklicht werden. Das Erwachsenenalter stellt sich als eine zunehmend von Veränderungen und teilweise von Brüchen bestimmte Lebensphase dar (Elternzeit, unterschiedliche berufliche Tätigkeiten, Arbeitslosigkeit, Mobilitätsanforderungen, etc.).

Informelles Lernen in Familie, Beruf und Freizeit führt zu persönlich und gesellschaftlich nützlichen und verwertbaren Qualifikationen. Deren Zertifizierung und Anerkennung wird das Nachholen von schulischen und beruflichen Abschlüssen erleichtern sowie Arbeitslosigkeit besser vorbeugen. Der Wiedereinstieg in das Berufsleben nach Elternzeiten oder Arbeitslosigkeit wird verbessert. Für die Elternzeit werden mit Hilfe der IuK-Technologien verbesserte Angebote in Zusammenarbeit mit Unternehmen geschaffen, die es ermöglichen, erworbene Fachkompetenzen im erlernten und studierten Beruf zu erhalten und auszubauen. Lernförderliche Arbeitsstrukturen und das Lernen im Prozess der Arbeit unterstützen und ermöglichen informelles Lernen zur kontinuierlichen Erweiterung der Kompetenzen für die Bewältigung der sich ständig verändernden Bedingungen in der Lebens- und Arbeitswelt. In der Freizeit wird das Ehrenamt in Vereinen, Verbänden, Netzwerken u.a. eine Vielzahl an Lerngelegenheiten ermöglichen, deren Zertifizierung zusätzliche Anreize zum bürgerstaatlichen Engagement schafft.

Einbeziehung
informellen
Lernens

Durch die intensive Einbindung in Beruf und Familie sind Erwachsene in hohem Maße zeitlich beansprucht. Selbststrukturierbare Angebote des Fernunterrichts, bzw. des computergestützten Lernens ermöglichen auch in dieser Phase den Erwerb von Kompetenzen durch zeitliche Flexibilität. Bibliotheken nutzen ihre Möglichkeiten als Selbstlernzentren und unterstützen, wie auch Betriebe, Lernende beim nicht-formalen Wissenserwerb. Auch Regelungen zur Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der Weiterbildung durch Gesetz, Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung z.B. mit Hilfe von Lernzeitkonten, schaffen Zeit für selbstgesteuertes Lernen.

Selbst-
steuerung

Die Angebote der allgemeinen, beruflichen und politischen Weiterbildung orientieren sich grundsätzlich am Bedarf der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Es geht dabei um eine Vielfalt von personalen, sozialen und beruflichen Kompetenzen. Neben der Berufsfähigkeit ist auch die Werteorientierung und die gesellschaftliche Verantwortung Zielsetzung der Kompetenzentwicklung

Kompetenz-
entwicklung

In dieser Lebensphase hat Lernen im Arbeitsprozess besondere Bedeutung. Er wird durch Wissens-, Technologie- und Kompetenztransfer so gestaltet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Ebenen ihre Beschäftigungsfähigkeit auch durch informelles und nicht-formales Lernen verbessern können. Innerhalb der Betriebe vernetzen sich Personen und Arbeitseinheiten aufgabenübergreifend. Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Arbeitsvermittlung vernetzen sich in einer Form, die den besonderen Umständen Erwachsener entsprechen, d.h. den Anforderungen an Transparenz und Beratung im Kontext vielseitiger, zeitlich bindender, insbesondere familiärer Verpflichtungen entsprechen. Dies ist auch Voraussetzung für eine sinnvolle Nutzung und Weiterentwicklung modularer Lernangebote.

Vernetzung

Module aus formalen Bildungsgängen ermöglichen den schrittweisen Aufbau von individuellen Kompetenzprofilen. Das gilt auch für solche Erwachsene, die nicht alle Teile der Berufsausbildung absolviert haben. Hierdurch können im Erwachsenenalter über einen längeren Zeitraum lebensbegleitend beruflich verwertbare Fertigkeiten erworben werden, die auch der Erhaltung und Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit dienen.

Modulari-
sierung

Ebenfalls von Bedeutung sind:

- die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung
- der Ausbau und die Nutzung der Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs
- und die Anrechenbarkeit von Teilen der dualen Berufsausbildung auf Studiengänge.

Die Lernberatung für Erwachsene geht auf sehr unterschiedliche Zielgruppen ein. Sie berücksichtigt die Vielzahl ausgeübter Berufe, die unterschiedlich entwickelten Begabungen, Interessen und Lebenssituationen. Die Beratung ist - ausgerichtet an realistischen Lern- und Berufszielen - behilflich bei der selbstgesteuerten Gestaltung von Lernarrangements durch umfassende Informationen über Möglichkeiten der Weiterqualifizierung und deren Förderung. Die Lernberatung für Erwachsene arbeitet vernetzt, d.h. sie gibt Informationen über Hilfen in besonderen Lebenslagen und vermittelt Kontakte. Sie hilft bei

Lernberatung

Krisen im Lernprozess. Sie leistet dabei bildungsbereichsübergreifende Beratung und Hilfestellung.

Insbesondere im betrieblichen und familiären Alltag werden neue, individuelle und modularisierbare Angebote sowie die verbesserten Möglichkeiten zum informellen Lernen eine neue, motivierende Lernkultur schaffen. Erworbene Kompetenzen werden dokumentiert und honoriert. Popularisierungsmaßnahmen, z. B. medial aufbereitete positive individuelle Lerngeschichten, Lernfeste, betriebliche Wettbewerbe und Weiterbildungspreise, werden so angelegt, dass deutlich wird: „Lernerfolge werden zu Lebenserfolgen: Lernen zahlt sich für die Lernenden aus“. Das gilt auch für die allgemeine und politische Weiterbildung.

Neue
Lernkultur

Popularisierung
des
Lernens

Die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in den Prozess Lebenslangen Lernens ist eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die demografische Entwicklung verstärkt dies. Für bestimmte Zielgruppen werden Alphabetisierungskurse und Maßnahmen zur Erlangung von Schulabschlüssen sowie Integrationskurse angeboten. Gutscheinsysteme, Lernzeitkonten und Bildungssparen können Lebenslanges Lernen fördern.

Chancen-
gerechter
Zugang

C 5 : Ältere

Die Zielgruppe “Ältere” umfasst Erwachsene, die sich in der Regel in einem Alter nur noch wenige Jahre vor oder bereits im Ruhestand befinden. Die bewusste Einbeziehung des Lernens in diesem Lebensabschnitt ist mit neuen Anforderungen an das Lernen und die Integration Älterer in unserer Gesellschaft verbunden. Ein neues Altersbild wird zur Selbstverständlichkeit, das den älteren Menschen nicht als ein den Sozialstaat belastendes und von der Entwicklung der Gesellschaft ausgegrenztes, sondern als ein die Gesellschaft förderndes Mitglied betrachtet.

In der Lebensphase der Älteren nimmt die Bedeutung formalen Lernens ab. Deshalb bedarf es der Unterstützung des informellen Lernens durch eine Weiterbildung, die auf den entsprechend der veränderten Lebenssituationen und Anwendungsbezüge spezifischen Bedarf älterer Menschen kompetent und flexibel reagiert.

Einbeziehung
informellen
Lernens

Die Lebensphase Älterer zeichnet sich aus durch eine größere Freiheit der Lernenden, selbst zu bestimmen, ob, wie und wofür gelernt werden soll. Ältere wirken durch ihr Wissen und ihre Erfahrung an der Gestaltung kultureller und gesellschaftlicher Entwicklung mit. Dies ist Ausgangspunkt für die Selbstbeteiligung an Lernprozessen, für Selbstorganisation und Selbstverwirklichung der Älteren auch durch neue soziale Bindungen.

Selbststeuerung

Der Erwerb oder der Erhalt von Selbstständigkeit und Selbstbestimmung auch im höheren Lebensalter stellt eine wesentliche Zielsetzung lebenslangen Lernens in dieser Lebensphase dar. Im Alterungsprozess kommt es weniger auf die Neuentwicklung von Fertigkeiten und Fähigkeiten an, sondern mehr auf den Erhalt vorhandener. Werden intellektuelle, körperliche, psychische und/oder soziale Kompetenzen nicht ständig neu angeregt, gehen sie verloren. Um den Bildungsbedarf weniger mobiler Älterer zu decken, werden im größeren Umfang mediale Bildungsangebote für selbstgesteuertes Lernen entwickelt und angeboten. Lernen unter den veränderten Bedingungen des Alters dient der persönlichen Lebenszufriedenheit und zielt auf die Befähigung zur Mitgestaltung der Gesellschaft und zur Erweiterung notwendiger Kompetenzen zur individuellen Lebensführung. Lebenslanges Lernen auch im fortgeschrittenen Alter kann der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt helfen. Das Lernen Älterer übernimmt auch kompensatorische Funktionen, insbesondere für:

Kompetenzentwicklung

- die späte Berufs- bzw. Arbeitsphase,
- den Ausstieg aus dem Arbeitsleben und die jeweils dafür erforderlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten,
- den Ausgleich von Defiziten, z.B. im kommunikativen und informationstechnischen Bereich.

Gleichzeitig erwerben Ältere auch neue Kompetenzen, um Erfahrung und Wissen weiterzugeben oder um ehrenamtliche Funktionen ausüben zu können.

Um den Lernprozess Älterer bereits in der Berufsausgangsphase und in den ersten Jahren des Rentenalters aktiv zu gestalten, werden spezielle Lernangebote von berufs- und allgemeinbildenden Einrichtungen entwickelt und vernetzt. Damit wird eine bessere Verzahnung zwischen Wissensvermittlung, praktischer Berufs- und Lebenserfahrung sowie Forschung und intergenerativem Lernen ermöglicht.

Vernetzung

<p>Zeitlich und inhaltlich flexibel gestaltete Module können Älteren Lebenslanges Lernen wesentlich erleichtern. Entsprechend der individuellen Sozialisation und den sonstigen Lebensumständen werden organisatorisch und methodisch differenzierte Angebote entwickelt.</p>	<p>Modularisierung</p>
<p>Lernberatung für Ältere wird qualitativ und quantitativ so verbessert, dass die Nützlichkeit Lebenslangen Lernens insbesondere für das alltägliche Leben aktivierend vermittelt wird. Eine Beratung erfolgt vorwiegend im persönlichen Kontakt und berücksichtigt die individuellen und altersspezifischen Bedürfnisse.</p>	<p>Lernberatung</p>
<p>Da in unserer Gesellschaft für ältere Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess die Notwendigkeit des Lernens nicht mehr selbstverständlich ist, wird durch Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere unterstützt durch die Massenmedien, der Nutzen von Lernen im Alter an ausgewählten Beispielen transparent gemacht. Das Lernen im Alter greift verstärkt positive Lernerfahrungen auf und bewirkt in den Lernfeldern persönliche Lebensgestaltung und Alltag den Erhalt oder einen Zuwachs an Kreativität oder Produktivität. Dies zu erkennen, erhöht die Lernmotivation Älterer.</p>	<p>Neue Lernkultur Popularisierung des Lernens</p>
<p>Um die Forderung eines chancengerechten Zugangs zum Lebenslangen Lernen auch für Ältere zu verwirklichen, werden altersspezifische Barrieren in vorhandenen Bildungsangeboten abgebaut. Hierzu gehören</p> <ul style="list-style-type: none"> - physische Barrieren für wenig mobile Ältere - unflexible Angebotszeiten, unangemessene Zeiträume - örtliche Entfernung vom Wohnbereich - Sprachdefizite bei Migranten - mangelndes Selbstbewusstsein. 	<p>Chancengerechter Zugang</p>

Schlussbemerkung und Ausblick

Eine Strategie Lebenslangen Lernens für die Bundesrepublik Deutschland, die

- die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen beachtet,
- das Leben des Menschen von der Kindheit bis ins hohe Alter erfasst,
- die Menschen und die Bildungseinrichtungen nicht bevormundet,
- auf dem reichen Fundus gewachsener Bildungsstrukturen, auf Aktivitäten und Erfahrungen aufbaut,

entwickelt realistische und auf Nachhaltigkeit gerichtete Perspektiven und unterscheidet sich damit von Utopien. Mit der vorliegenden Strategie ist erstmalig für die Bundesrepublik Deutschland ein strukturierter Rahmen Lebenslangen Lernens abgesteckt worden. Es ist Aufgabe aller Zuständigen in den Ländern und im Bund sowie in den Kommunen und den Bildungseinrichtungen, aber auch jedes Einzelnen, diesen Rahmen auszufüllen. Er zeigt die Richtung, in die sich die Lernende Gesellschaft entwickelt. Er ist flexibel und offen für die notwendige kontinuierliche Weiterentwicklung.

Mit der Verabschiedung der „Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wird ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Verantwortlichen sind bereit, die Weiterentwicklung des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland offensiv zu betreiben. Beispiele dafür sind auch ganz konkrete Beschlüsse aus jüngster Zeit, wie die Bereitschaft zu einem gemeinsamen Bildungsbericht von Ländern und Bund, die Vereinbarung länder-einheitlicher Standards, die Gründung eines Instituts der Länder zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, die Vereinbarung konkreter Handlungsfelder für Qualitätsentwicklung und –sicherung, und nicht zuletzt die Bildungskampagne der Kultusministerkonferenz „Bildung – unser Ticket in die Zukunft“. Als Wegbeschreibung in diese Zukunft versteht sich dieses Strategiepapier.

Glossar

Chancengerechter Zugang

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. Ermöglichung der Teilhabe an Bildung und an Erwerb von Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Nationalität sowie sozialer und wirtschaftlicher Situation.

Elementarbereich

Der Elementarbereich umfasst Einrichtungen freier und öffentlicher Träger, die Kinder nach Vollendung des 3. Lebensjahres bis zum Schulbeginn aufnehmen. Die vorschulische Erziehung liegt zeitlich vor Beginn der Schulpflicht und ist nicht Bestandteil des öffentlichen Schulsystems.

Entwicklungsschwerpunkte

Für die Strategie wesentliche Elemente Lebenslangen Lernens, die in allen Lebensphasen in unterschiedlicher Gewichtung vorkommen.

Die Entwicklungsschwerpunkte sind hier: Einbeziehung →informellen Lernens, →Selbststeuerung, →Kompetenzentwicklung, →Vernetzung, →Modularisierung, Lernberatung, →Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens, →Chancengerechter Zugang.

Formales Lernen

Lernen, das in der Regel in einer Bildungs- oder Ausbildungsinstitution stattfindet, (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung) strukturiert ist und zur →Zertifizierung führt.

Informelles Lernen

Lernen, das im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit stattfindet. Es ist (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung) nicht strukturiert und führt üblicherweise nicht zur →Zertifizierung

Kompetenzentwicklung

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. Hier wird Kompetenzentwicklung verwendet für den Aufbau, den Erhalt und den Transfer von Handlungsfähigkeit im Lebensverlauf durch →informelle, →nicht-formale und →formale Lernprozesse.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen umfasst alles →formale, →nicht-formale und →informelle Lernen an verschiedenen Lernorten von der frühen Kindheit bis einschließlich der Phase des Ruhestands. Dabei wird "Lernen" verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen.

Lebensphasen

Die Lebensphasen bilden zusammen mit den Entwicklungsschwerpunkten das Gerüst der Strategie. In der Strategie werden folgende Lebensphasen unterschieden: Kinder, Jugendliche, Junge Erwachsene, Erwachsene, Ältere.

Modularisierung

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. Modularisierung ist die Zusammenfassung von Stoffgebieten zu thematisch und zeitlich abgerundeten, in sich abgeschlossenen und mit Leistungspunkten versehenen abprüfbaren Einheiten.

Modularisierung zielt auf mehr Flexibilität und Öffnung im Rahmen einer Gesamtqualifikation. Transparenz, Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit sind dabei zentrale Voraussetzungen. So beschreiben z. B. Weiterbildungsmodule Kompetenzbereiche eines Berufsbildes oder Qualifikationsprofils mit dem Ziel, Handlungskompetenz für diesen Bereich zu erwerben. Module werden durch Zertifikate abgeschlossen. Sie ermöglichen den schrittweisen Erwerb von Abschlüssen. Modularisierung kann daher einen wesentlichen Beitrag zur Förderung lebenslangen Lernens leisten.

Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. Dieser Entwicklungsschwerpunkt verbindet die Verbesserung des Image von Lernen in der Bevölkerung durch öffentlichkeitswirksame Instrumente. Neue Lehr- und Lernkulturen sind durch flexible Zeitmuster, offene Prozesse, veränderte Aufgaben der pädagogisch Tätigen und lernförderliche organisatorische Rahmenbedingungen charakterisiert.

Nicht-formales Lernen

Lernen, das nicht in einer Bildungs- oder Ausbildungsinstitution stattfindet. Gleichwohl ist es systematisch in Bezug auf Lernziele, Lerndauer und Lernmittel und führt im Vergleich zum informellen Lernen häufiger zur →Zertifizierung.

Primarbereich

Der Primarbereich umfasst die Grundschule mit den Jahrgangsstufen 1-4 (in Berlin und Brandenburg 1-6). Die Grundschule wird von allen Kindern im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht gemeinsam besucht.

Selbststeuerung

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. Eine zunehmend stärkere Selbstbestimmung des Lernenden in Bezug auf die Ziele, Formen und Wege ihres Lernens wird heute vor allem mit dem Leitbegriff " Selbstgesteuertes Lernen " bezeichnet. Damit ist ein bewussteres Auswählen ("Ansteuern") und Kombinieren verschiedener Lernmöglichkeiten und Lernangebote nach persönlichen Zielvorstellungen, Bedürfnissen und Voraussetzungen gemeint.

Im Rahmen der stärkeren Selbststeuerung ihres lebenslangen Lernens können die Lernenden sowohl bestimmte Lernprozesse nach ihren unmittelbaren Bedürfnissen selbst organisieren ("Selbstorganisiertes Lernen") wie gegebene, von anderen organisierte Lernarrangements gezielt nutzen ("Fremdorganisiertes Lernen"). D.h. das selbstgesteuerte Lernen kann jeweils nach Bedarf verschiedene Organisationsformen des Lernens in eine stärker selbstbestimmte Lernstrategie einbeziehen.

Vernetzung

Einer der →Entwicklungsschwerpunkte. (Regionale) Kooperationsgeflechte von Akteuren, die Lernprozesse ermöglichen, werden durch Vernetzungsprozesse etabliert, ausgebaut und erhalten. Dabei bezieht sich vertikale Vernetzung auf verschiedene Bildungsstufen (z.B. Kindergarten, Schule, Ausbildung, Hochschule, Weiterbildung) im Lebenslauf und horizontale Vernetzung auf Einrichtungen und Institutionen auf einer Bildungsstufe (z.B. Weiterbildungseinrichtungen).

Zertifizierung

Die Zertifizierung ist eine schriftlich fixierte Fremdbewertung, die in der Regel auf einer externen Prüfung basiert, und an fachlichen Kompetenzen orientiert ist. Die als Zertifizierung stattfindende Bewertung ist nicht an Lernwege, Anwesenheit oder aufgewendete Zeit gebunden, findet also sowohl bei Ergebnissen aus formalen, und nicht formalen als auch bei informell vollzogenen Lernprozessen Anwendung. In der Regel wird die Bewertung anhand von (Mindest-) Standards und Referenzniveaus vorgenommen. Eine Zertifizierung hat im Regelfall eine allgemein anerkannte Geltung und ist zumeist mit Berechtigungen wie dem weiterführenden Besuch einer Bildungsinstitution oder der Einstufung in ein Gehaltssystem verbunden. Im Rahmen einer Zertifizierung erworbene Zertifikate sind z.B. Schulzeugnisse, Diplome, berufliche Abschlusszeugnisse oder Sprachzertifikate.

Anhang 1
zur Strategie für Lebenslanges Lernen
in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse der Umfrage
zu Lebenslangem Lernen
bei Bund und Ländern

***Ergebnisse der Umfrage
zu Lebenslangem Lernen
bei Ländern und Bund***

***Anhang 1 zur Strategie für Lebenslanges Lernen in der
Bundesrepublik Deutschland***

Im Auftrag der BLK

Barbara Dietsche

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Bonn, April 2004

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	39
1.1	Ausgangssituation: der Fragebogen.....	39
1.2	Material, Kontext und Auswertungsschritte.....	41
2	Ergebnisse.....	44
2.1	Zuständigkeit für Lebenslanges Lernen.....	44
2.2	Strategien – Konzepte.....	45
2.3	Öffentlichkeitsarbeit für Lebenslanges Lernen.....	46
2.4	Entwicklungsschwerpunkte in Aktivitäten und Maßnahmen der Lebensphasen.....	47
2.4.1	Kinder.....	47
2.4.2	Jugendliche.....	51
2.4.3	Junge Erwachsene.....	55
2.4.4	Erwachsene.....	61
2.4.5	Ältere.....	67
2.5	Evaluation – Erfahrungsberichte.....	69
2.6	Transfer.....	69
3	Zusammenfassung.....	72
4	Abkürzungsverzeichnis.....	73

1 Einleitung

1.1 Ausgangssituation: der Fragebogen

Um die "Vielfalt der Aktivitäten" zum Lebenslangen Lernen in der Bundesrepublik Deutschland zusammenfassend darzustellen, sind mit dem folgenden Fragebogen, der auf dem vom Ausschuss Bildungsplanung angenommenen Zwischenbericht vom 08. April 2003 basiert, Organisationseinheiten der Länder und mit einem angepassten Fragebogen auch Organisationseinheiten des Bundes befragt worden.

Wortlaut des Anschreibens¹

Mit Beschluss vom 17.6.2002 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die Erarbeitung eines Strategiepapiers "Lebenslanges Lernen" gefordert und deutlich gemacht, dass es ihr "um ein Verständnis von Bildung geht, das alle institutionellen Bildungsbereiche von Bund, Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und Freien Trägern und alle Stufen der individuellen Bildungsprozesse jedes Einzelnen umfasst".

Im Zusammenhang mit der internationalen Diskussion ist Lebenslanges Lernen zu verstehen als die „Gesamtheit allen formellen und informellen Lernens über den gesamten Lebenszyklus eines Menschen hinweg“². Lebenslanges Lernen setzt eine Veränderung der Einstellung der Menschen zum Lernen voraus. Es kommt nicht mehr nur auf den erwarteten planmäßigen Durchgang durch formalisierte Bildungswege an, sondern auch auf informelles Lernen. Wesentliches Ziel aller Bildungsbemühungen muss es daher sein, die Befähigung zum selbständigen Lernen sowie die Akzeptanz und Bereitschaft zum Lebenslangen Lernen zu fördern³.

Ausgangspunkt ist die individuelle Lernbiografie jedes einzelnen Menschen mit ihren unterschiedlichen Verläufen, Übergängen und Brüchen in den verschiedenen Lern- und Lebensphasen von der frühen Kindheit bis zum Alter.

Aus dem Begriff des Lebenslangen Lernens ergibt sich, dass die Zuständigkeit für Lebenslanges Lernen sich nicht auf ein Ressort (und vor allem nicht nur auf die Weiterbildung) beschränken kann, sondern alle Ressorts betrifft, die sich mit Teilaspekten Lebenslangen Lernens von der Elternberatung, frühkindlichen Lernprozessen und ihrer Unterstützung durch Sozialarbeit und Jugendarbeit über die Gesamtheit der klassischen Bildungsinstitutionen bis hin zur Festlegung von Rahmenbedingungen des außerstaatlichen und staatlichen Weiterbildungsangebots beschäftigen - allerdings nur mit den Aktivitäten, die einen besonderen Beitrag zur Verwirklichung der Idee des Lebenslangen Lernens leisten. Neben den Kultusressorts sind daher in der Regel auch die Wissenschaftsressorts und die Ressorts für Wirtschaft, Arbeit, Jugend, Familie

¹ Ohne technisch-organisatorische Hinweise und Grußformel

² Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (2002): Auf dem Weg zur Finanzierung Lebenslangen Lernens. Zwischenbericht. Bertelsmann, Bielefeld, S. 26 (Fußnote des Anschreibens)

³ BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) (2001): Lebenslanges Lernen. Programmbeschreibung und Darstellung der Länderprojekte. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE). BLK, Bonn (= Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung Heft 88), S. 7

und Soziales betroffen, je nach Zuständigkeitsverteilung für Weiterbildung, Migrantenförderung und Geschlechtergleichbehandlung auch noch weitere Ressorts.

Der Ausschuss "Bildungsplanung" hat in seiner Sitzung am 26.9.2002 zur Umsetzung dieses Beschlusses eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt und den Auftrag der Kommission wie folgt präzisiert: "Neben einer Begriffsbestimmung für Lebenslanges Lernen sollen die Aktivitäten des Bundes und der Länder im Kontext Lebenslangen Lernens als Grundlage gemeinsamen Handelns sowie die einschlägigen Aktionen auf europäischer Ebene analysiert und darauf aufbauend Vorschläge für die Strukturierung der Förderaktivitäten erarbeitet werden".

Der Aufforderung des "Ausschusses Bildungsplanung" vom 26.9.2002 folgend, soll neben den Aktivitäten von Bund und internationalen Institutionen im Bereich des Lebenslangen Lernens auch die **"Vielfalt der Aktivitäten in den Ländern"** erfasst werden. Dazu ist neben einer Literaturlauswertung und neben Expertenbefragungen eine Länderumfrage notwendig. Dabei kann es nicht darum gehen, alle Bildungsmaßnahmen zu erfassen, sondern nur solche Aktivitäten, die einen besonderen Beitrag zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Lebenslangen Lernens leisten. Ziel ist es, die bildungspolitischen Aspekte aufzuzeigen, bei denen unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten weitgehend Konsens innerhalb der Länder und zwischen Ländern und Bund im Hinblick auf Lebenslanges Lernen besteht. Sie sollen Grundlage für gemeinsame Absichtserklärungen der Länder und des Bundes darstellen, die in einem Strategiepapier unter der Bezeichnung „Strategie für Lebenslanges lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ zusammengefasst werden. Eine solche Darstellung wird auch zur Präsentation des deutschen Beitrags in der Diskussion zum Lebenslangen Lernen in internationalen Zusammenhängen für hilfreich und notwendig erachtet.

Wortlaut des Fragebogens

1. Gibt es in Ihrem Ressort oder in anderen Ressorts Ihres Landes eine Organisationseinheit mit der ausdrücklichen Zuständigkeit für das Lebenslange Lernen (LLL) ?
 - Wenn ja:
 - Ressort:.....
 - Abteilung:
 - Unterabteilung/Gruppe:
 - Referat:.....(Bezeichnung)
 - Wenn nein: Wer bearbeitet Fragen des LLL?
2. Gibt es innerhalb Ihres Ressorts bzw. Landes eine Strategie bzw. Konzeption zu LLL?
 - Wenn ja: Bitte beifügen oder Kurzbeschreibung geben
 - Wenn nein: Gibt es Überlegungen, Planungen?
3. Gibt es seitens des Landes/Ressorts besondere Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit für LLL?
 - Wenn ja: Bitte Kurzbeschreibung
 - Wenn nein: Gibt es Überlegungen, Planungen für solche Aktivitäten?
4. Benennen Sie Maßnahmen und Strategien, die einen besonderen Beitrag zur Förderung des Lebenslangen Lernens leisten.

Hinweis: Hier soll nicht das gesamte Bildungssystem dargestellt werden, sondern es sollen nur solche Aktivitäten genannt werden, die speziell der Förderung des lebenslangen Lernens dienen. Zur Verdeutlichung soll eine Reihe von **wichtigen Handlungsfeldern** aufgezeigt werden:

- *Frühkindliche Lernprozesse: Wie wird der Bedeutung frühkindlicher Lernprozesse für das lebenslange Lernen Rechnung getragen?*
 - *Elternberatung; gibt es Maßnahmen, mit denen Eltern befähigt werden sollen, ihre Kinder zum lebenslangen Lernen anzuregen und sie zu fördern?*
 - *Lernberatung und Lernbetreuung, insbesondere bei selbstgesteuertem /selbstorganisiertem Lernen*
 - *Qualitätssicherung und Qualitätstestierung von Lernangeboten*
 - *Vernetzung der verschiedenen Bildungsbereiche (Kindergarten - Schule - Ausbildung - Hochschule - Weiterbildung) sowie von Lernorten, Lerninstitutionen und Partnern, einschließlich Sozialpartnern; Durchlässigkeit, Übergänge*
 - *Modularisierung von Lernabschnitten*
 - *Informelles Lernen: Wie wird informelles Lernen außerhalb der Lerninstitutionen in die Lernprozesse innerhalb dieser Institutionen integriert?*
 - *Gibt es spezielle Maßnahmen der Aus- und Fortbildung zur Förderung des lebenslangen Lernens für das Personal im Bildungsbereich (u.a. Erzieher, Lehrer, Ausbilder...)*
 - *Elektronische Medien: Einsatz der IuK-Techniken zur Förderung des lebenslangen Lernens*
 - *Kompetenzfeststellung: Gibt es zusätzlich zu den traditionellen Formen der Lernerfolgskontrolle ergänzende Formen der Kompetenzfeststellung?*
 - *Förderung von Gruppen mit besonderer Bildungsbenachteiligung: Migranten, Bildungsabbrecher, einkommensschwache Gruppen, Integration Behinderter*
5. *Gibt es für die angegebenen Aktivitäten eine Evaluation oder Erfahrungsberichte?*
- *Wenn ja: Bitte darstellen oder beifügen*
6. *Welche Projekte auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens in Ihrem Land sind für eine Erwähnung im Rahmen einer Darstellung von good-practice-Beispielen besonders geeignet? (Darstellung bitte ggf. als Anlage beifügen)*
7. *Gibt es Transfererfahrungen? Welche Anstrengungen unternehmen Sie oder haben Sie unternommen, um good-practice-Beispiele in die breite Anwendung zu bringen?*
8. *Gibt es aus Ihrer Sicht sonstige Anmerkungen oder Ergänzungen?*

Bearbeiter der Umfrage (für Rückfragen): Name, Amtsbezeichnung, Abteilung, Referat, Telefon, Fax, E-Mail.

1.2 Material, Kontext und Auswertungsschritte

Mit der hier dokumentierten Befragung nehmen Länder und Bund erstmalig eine umfangreiche Bestandsaufnahme zu Zuständigkeiten, zum strategischen Stellenwert, zu konkreten Maßnahmen und Aktivitäten, zum Transfer und zu ausgewählten „Good-Practice-Beispielen“ in Bezug auf lebenslanges Lernen vor. Die materialreiche Beantwortung der Umfrage und die breite Beteiligung der verschiedenen Ressorts bei Ländern und Bund belegen den hohen Stel-

lenwert, den das Prinzip des lebenslangen Lernens im bildungspolitischen Handeln einnimmt. Sie dokumentiert die plurale Vielfalt an Aktivitäten, Maßnahmen und Innovationen, die teilweise miteinander verschränkt sind.

Zur Auswertung liegen Antworten von

- 24 Ministerien aus allen Ländern und
- 13 Bundesministerien (zusätzlich: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) vor.

Ergänzend zu den Antworten der Ministerien haben zusätzlich andere einschlägige Organisationen, die den Ministerien nach- oder zugeordnet sind oder mit ihnen kooperieren, Datenmaterial abgegeben.

Neben der Beantwortung der einzelnen Fragen, die in ihrer Ausführlichkeit stark variieren, wurden den Antworten zahlreiche Anlagen beigelegt. Insgesamt wurden mehrere tausend Seiten Materialien gesichtet, darunter:

- Dokumente zu Bildungsangeboten, z.B. der wiss. Weiterbildung oder Auszügen aus Weiterbildungsdatenbanken;
- Materialien der Öffentlichkeitsarbeit wie Pressemitteilungen, Informationsbroschüren zu Programmen, Veranstaltungsankündigungen, Publikationslisten, Zeitschriften, Newsletter;
- Dokumente aus dem Verwaltungsbereich: Verordnungen/Bestimmungen, Vorlagen, Zusammenstellungen von geförderten Projekten, Entwürfe, Stellungnahmen, Förderrichtlinien;
- Dokumente aus parlamentarischen Gremien, z.B. Unterrichtungen, Antworten auf Fraktionsanfragen, Beschlüsse, (Bildungs-)Berichte,
- Unterlagen zu wissenschaftlichen Untersuchungen, Einzelstudien, regelmäßige Erhebungen und Projekt-bezogene Studien;
- Projekt-Informationen, Projektausschreibungen, Projektkonzeptionen, Projektzwischenberichte, Projektdokumentationen, Abschlussberichte von Projekten.

Zur Einordnung der Auswertung sind folgende Hinweise zu beachten:

Lebenslanges Lernen ist ein Lebensphasen und Politikfelder übergreifendes Konzept. Die spezifischen Funktionen, Aufgaben und Arbeitsweisen der befragten Organisationseinheiten ergeben unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den Antworten.

Da im Fragebogen speziell nach „Projekten“ zum lebenslangen Lernen gefragt wurde, können solche Ressorts und Organisationseinheiten auf umfangreiche Projektinitiativen hinweisen, in deren Aufgabenfeld speziell die Innovationsförderung mit Hilfe von Modellversuchen fallen. Ausdrücklich erwähnt werden soll deshalb, dass die Förderung lebenslangen Lernens auch in den Ressorts und Organisationseinheiten intensiv verfolgt wird, die in erster Linie

für die kontinuierlichen inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung einzelner Bildungssektoren zuständig sind. Entsprechende Ergebnisse schlagen sich häufig in Rechtsvorschriften und Empfehlungen nieder.

Darüber hinaus war bei der Auswertung auffallend, dass einzelne Antworten auf Aktivitäten hinwiesen, die von anderen Akteuren nicht ausdrücklich erwähnt wurden, obwohl Vergleichbares auch andernorts realisiert wird. Umgekehrt wird auf ausgewählte Projekte und Modellversuche zum Teil mehrfach hingewiesen, weil beispielsweise bei Bund-Länder-Programmen oder länderübergreifenden Projekten unterschiedliche Akteure beteiligt sind.

Die zusammenfassende Auswertung ist Ergebnis folgender Arbeitsschritte:

1. Sammlung, Sichtung und Ordnung des gesamten Materials
2. Kennzeichnung von Textstellen nach Entwicklungsschwerpunkten und Lebensphasen sowie von zugehörigen Beispielen
3. Synoptische Zusammenstellung der Kernaussagen in Tabellen
4. erste zusammenfassende Auswertung
5. Diskussion dieser Auswertung in der BLK-Arbeitsgruppe

Aus der Vielzahl der gemeldeten Projekte sind im **Anhang 2 Good-practice Beispiele** einige ausgewählt und ausführlicher dargestellt. Eine Zusammenstellung aller in der Umfrage genannten Projekte ist eine zusätzliche Information, die der Fachöffentlichkeit zu einem späteren Zeitpunkt zugänglich sein wird.

2 Ergebnisse

Die Auswertung in diesem Kapitel folgt dem Aufbau des Fragebogens. Im Kernabschnitt 2.4 *Entwicklungsschwerpunkte in Aktivitäten und Maßnahmen der Lebensphasen* (S. 47ff) werden die genannten Maßnahmen und Projekte entsprechend dem Aufbau des Papiers „Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ den beiden Dimensionen Lebensphasen und Entwicklungsschwerpunkte zugeordnet.

Lebensphasen

- Kinder
- Jugendliche
- Junge Erwachsene
- Erwachsene
- Ältere

Entwicklungsschwerpunkte

- Einbeziehung informellen Lernens
- Selbststeuerung
- Kompetenzentwicklung
- Vernetzung
- Modularisierung
- Lernberatung
- Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens
- Chancengerechter Zugang

Um Redundanzen in der Ergebnisdarstellung zu vermeiden, erfolgt die Auswertung in Abschnitt 2.4 anhand der Dimension „Lebensphasen“, weist jedoch jeweils auf die relevanten Entwicklungsschwerpunkte hin. Allen Abschnitten ist die entsprechende Frage aus dem Fragebogen vorangestellt.

2.1 Zuständigkeit für Lebenslanges Lernen

Frage: *Gibt es in Ihrem Ressort oder in anderen Ressorts Ihres Landes eine Organisationseinheit mit der ausdrücklichen Zuständigkeit für das Lebenslange Lernen (LLL)?*

Wenn ja: Ressort, Abteilung, Unterabteilung/Gruppe, Referat; wenn nein: Wer behandelt Fragen des LLL?⁴

Lebenslanges Lernen betrifft alle traditionellen Bildungssektoren. In den Ländern und beim Bund befassen sich daher jeweils mehrere Ressorts mit Fra-

⁴ Die Organisationseinheiten auf Bundesebene sind außerdem gefragt worden: „Inwiefern ist daraus folgend LLL ein Thema für Ihr Ressort?“

gen zum Lebenslangen Lernen. Die Zuständigkeit richtet sich nach der jeweils konkreten inhaltlichen Fragestellung. So sind mit Fragen zum Lebenslangen Lernen u.a. die Ressorts Kultus, Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Jugend und Familie, Umwelt sowie Landwirtschaft befasst. Der Schwerpunkt der Zuständigkeiten liegt bei den Ländern überwiegend in den Kultusministerien. Sie übernehmen insoweit auch teils ausdrücklich, teils de facto eine Federführung bei Fragen zum Lebenslangen Lernen und eine entsprechende Orientierungs-, Motoren- und Außendarstellungsfunktion. Zur Abstimmung innerhalb eines Landes ist häufig eine interministerielle Arbeitsgruppe tätig. Für die Abstimmung innerhalb eines Ressorts kann ein konkretes Referat, wie z.B. im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, zuständig sein oder es gelten, da Lebenslanges Lernen eine systemimmanente Aufgabe aller Abteilungen ist, die allgemeinen Regeln der Koordinierung innerhalb von Ressorts.

Die hier beschriebene Situation auf der Länderebene spiegelt sich auch auf Bundesebene wieder. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit seinem Grundsatzreferat für Lebenslanges Lernen hat federführende Zuständigkeit. Abhängig von der inhaltlichen Fragestellung und der politischen Zuständigkeit sind weitere Ressorts für die Umsetzung Lebenslangen Lernens verantwortlich.

2.2 Strategien – Konzepte

Frage: *Gibt es innerhalb Ihres Ressorts bzw. Landes eine Strategie bzw. Konzeption zu LLL?*

Da die Förderung Lebenslangen Lernens eine Aufgabe verschiedener Ressorts ist, sehen mehrere Landesministerien die Notwendigkeit einer Strategie oder Gesamtkonzeption. Grundsätzliche Positionen zum Lebenslangen Lernen sind in einer Reihe von Regierungserklärungen, Antworten auf parlamentarische Anfragen etc. beschrieben.

Ausmachen lassen sich unterschiedliche, aber durchaus komplementäre Vorgehensweisen. In einigen Ländern wird das Konzept Lebenslangen Lernens bereits ausdrücklich als Grundprinzip für alle Bildungsbereiche verstanden. In anderen Ländern werden derzeit Strategien und Konzeptionen auf unterschiedlichen Handlungsebenen entwickelt bzw. verabschiedet. Diese Aufgabe fällt entweder in die Zuständigkeit eines Ministeriums oder in die einer interministeriellen Arbeitsgruppe. Es findet z.T. auch eine explizite Orientierung am

europäischen strategischen Diskurs statt. Thematische Akzente werden z.B. in Bezug auf regionale Vernetzung, die Ausrichtung an den Leitzielen „Beschäftigungsfähigkeit“, wirtschaftliche sowie soziale Teilhabe oder Bildungssektoren übergreifende Kooperation gesetzt.

In anderen Ländern werden Konzepte Lebenslangen Lernens quasi induktiv durch das Zusammenführen der produktiven Vielfalt von Einzelmaßnahmen und Förderschwerpunkten realisiert und entwickelt.

Länder und Bund unterstützen die gemeinsame Entwicklung einer Strategie für Lebenslanges Lernen. Sowohl Bund-Länder-Programme (z.B. BLK-Modellversuchsprogramm „Lebenslanges Lernen“) und Verbundprojekte (z.B. „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“) als auch Bundesprogramme (Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken) stehen damit in Verbindung. Auch die Ressortforschung des Bundes in der allgemeinen Weiterbildung und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung setzt gezielt Akzente im Hinblick auf die Förderung des Lebenslangen Lernens (z.B. „Neue Lehr- und Lernkulturen“, „Kompetenzentwicklung“ „Lernenden Organisationen“, „Selbstgesteuertes Lernen“). Komplementär werden auch im Bundesinstitut für Berufsbildung zentrale Handlungsfelder Lebenslangen Lernens für die Perspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung vertiefend behandelt. Eine herausgehobene Beachtung finden dabei bildungsbenachteiligte Zielgruppen. Andere Ressorts arbeiten ebenfalls an konzeptionellen Entwicklungen (z.B. in der Familienbildung, der politischen Bildung und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit) und beteiligen sich an der strategischen Debatte.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit für Lebenslanges Lernen

Frage: *Gibt es seitens des Landes/Ressorts besondere Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit für LLL?*

Da Lebenslanges Lernen als umfassend und bildungssektorenübergreifend verstanden wird, geht die Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Akteure für die Bildung allgemein und speziell für Lebenslanges Lernen häufig ineinander über.

Durchgängig gibt es sowohl auf Länder- als auch Bundesebene zahlreiche Beispiele von Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, in die Aspekte von Lebenslangem Lernen integriert wurden (Reden, Artikel, Broschüren, Interviews, Pressemitteilungen, Fachtagungen, Kongresse, Weiterbildungstage, Messen,

Lernfeste, Newsletter etc). Sonderaktionen sind z.B. ein Ideenwettbewerb (z.B. Senator für Bildung und Wissenschaft, Bremen, „Lernen ein Leben lang“) oder eine Plakatserie (z.B. NA-BIBB - Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung), deren Motive auch auf europäischer Ebene verwendet werden.

Besonders im Zusammenhang mit thematisch nahestehenden Modellversuchen oder Projekten findet eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit über Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Fachtagungen und Workshops statt.

In zahlreichen Fällen wird die Öffentlichkeitsarbeit zu Lebenslangem Lernen durch Internetportale unterstützt. Unterschieden werden können übergreifende und bildungsbereichsspezifische Bildungsserver.

Im Rahmen eines vom Bund geförderten Projekts⁵ wurde ein Informationsportal geschaffen, das zahlreiche regionale und fachbezogene Weiterbildungsdatenbanken integriert hat. Auf der Ebene des Bundes ist darüber hinaus die Öffentlichkeitsarbeit auf verschiedene Programme von Bund, Ländern und Bund und EU konzentriert. Insbesondere die Programmträger fördern die Öffentlichkeitsarbeit aktiv und nutzen dabei die gesamte Bandbreite der sozial organisierten und medialen Formen.

2.4 Entwicklungsschwerpunkte in Aktivitäten und Maßnahmen der Lebensphasen

2.4.1 Kinder

In vielen Ländern sind Erziehungs- und Bildungspläne für Kindertagesstätten bereits erarbeitet oder geplant. Die Einbeziehung der lernmethodischen Kompetenzen wird ebenso erwähnt wie die Gestaltung des Übergangs von Kindertagesstätte zur Grundschule, was mit Kooperationsvereinbarungen, verbindlichem Erstkontakt oder der Neugestaltung der Personalqualifizierung eine strukturelle, aber auch eine inhaltliche Komponente hat. Außerdem wird auf frühe Sprachförderung eingegangen. In Verbindung mit Kindertagesstätten stehen auch die Aktivitäten des Bundes z.B. mit dem Programm „Nationale Qualitätsinitiative im System der Tageseinrichtungen für Kinder“. An der Erarbeitung von Bildungsplänen für Kindertagesstätten ist die erziehungswissen-

⁵ InfoWeb Weiterbildung (www.iwwb.de)

schaftliche Forschung z.B. durch das bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) oder das Deutsche Jugendinstitut (DJI) beteiligt.

Sowohl von Seiten der Länder als auch des Bundes sind zur Förderung des lebenslangen Lernens von Kindern (und auch von Jugendlichen) die Aktivitäten zum Ausbau der Ganztagschulen wesentlich: „Durch eine frühzeitige und individuelle Förderung aller Potenziale in der Schule wird ein entscheidender Beitrag für eine gute Qualifizierung für die zukünftige Erwerbsarbeit geleistet. Dadurch kann der steigende Bedarf an qualifizierten Erwerbspersonen besser gedeckt, zugleich kann das Potential an gut ausgebildeten Arbeitskräften besser ausgeschöpft werden und es können neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Ziel des Programms ist es, zusätzliche Ganztagschulen zu schaffen und bestehende Ganztagschulen qualitativ weiterzuentwickeln.“⁶

In der Nennung unverzichtbar, aber in ihrer Breite hier nicht darstellbar sind der Kinder- und Jugendplan des Bundes⁷ und die entsprechenden Pläne der Länder mit ihrer (vorwiegend nicht-formalen) Lernförderung umgesetzt durch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen.

Allgemein gilt für die **Einbeziehung informellen Lernens** in formale Lernprozesse die enge Verknüpfung zur Lebenswelt der Kinder, was das Zusammenwirken von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit elterlicher Erziehung anspricht. In Gemeinwesenprojekten finden Kinder informelle Lernfelder wie z.B. im Rahmen der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern in der Gemeinde (Schleswig-Holstein). Um informelle Lernprozesse sichtbar zu machen, werden auch schon in dieser Lebensphase Dokumentationsinstrumente wie z.B. Lerntagebücher und Qualipass eingeführt.

Mit der Stärkung des **selbstgesteuerten Lernens** von Kindern wird auch Erhalt der Neugier und der Freude am Lernen verbunden. Konkretisiert wird dies in der didaktischen und methodischen Ausgestaltung von Lernprozessen in Kindertagesstätten und im Schulunterricht. Auf diese Aspekte wird in Bildungs- und Lehrplänen aller Länder eingegangen. Grundsätzlich geht es darum, Kindern den Freiraum zu geben, Inhalt und Lernwege mit zu bestimmen,

⁶ vgl. Verwaltungsvereinbarung. Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007 von Bund und Ländern, Berlin, 29. April 2003.

⁷ BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2000): Richtlinien v. 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). In: Gemeinsames Ministerialblatt herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, G 3191 A, 52. Jahrgang, 10. Januar 2001, S. 17-31

bzw. ihre Wünsche zu berücksichtigen. Konkret bedeutet Selbststeuerung in der Lebensphase der Kinder z.B. eine Auswahl von Lernmaterialien zu ermöglichen, methodisch vielfältig zu arbeiten und die Selbstkontrolle und Dokumentation von Lernerprozessen anzuregen. Auch die Neuen Medien werden einbezogen⁸.

Die Ausrichtung der pädagogischen Vermittlung auf Kompetenzen statt auf Faktenwissen allein schlägt sich in den Bildungs- und Lehrplänen der Länder nieder. In den genannten Bildungsplänen für Kindertagesstätten liegt ein Schwerpunkt auf der Vermittlung von Basiskompetenzen/Schlüsselkompetenzen und den Lernkompetenzen, eine Tendenz, die durch aktuelle Forschungsergebnisse gestützt wird⁹. Zur planvollen Begleitung der **Kompetenzentwicklung** von Kindern werden Dokumentationsinstrumente/Portfolios, individuelle Entwicklungspläne, schulische Vergleichsarbeiten und Einschätzungsbögen herangezogen, um z.B. auch Schullaufbahnberatung vor dem Hintergrund individueller Kompetenzentwicklung zu leisten. Themen die im Zusammenhang mit Kompetenzentwicklung genannt werden, sind: Lesekompetenzen¹⁰, Sprachkompetenz, Sicherheit und Gesundheit, Mächtig-Künstlerisches und Mobilitätserziehung.

Bei der Lebensphase der Kinder ist die vertikale **Vernetzung** von Kindertagesstätte und Grundschule – z.B. durch Kooperation, Vereinbarungen, Erziehungspläne, Verwaltungsvorschrift oder Kompetenzzuordnung auf Verwaltungsebene – ein von den Ländern häufig genannter Aspekt. In der Folge werden gemeinsame Fortbildungen von Erzieher/inn/en und Lehrer/inn/en durchgeführt.

Eine trägerübergreifende Vernetzung unterschiedlicher Akteure spielt vor allem für den Ausbau des Ganztagschulangebotes eine Rolle. Hier werden in einigen Ländern die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, Familienbildungsstätten, Vereine u.a. hinzugezogen; außerdem wird auf die Kooperation mit Eltern verwiesen.

Als Grundlage für die **Lernberatung** von Kindern werden in einigen Ländern Instrumente entwickelt und eingesetzt, mit denen Lernprozesse und Lerner-

⁸ z. B. Selbstlerninseln (Niedersachsen) oder Modellprojekt „P.I.N.G.U.I.N. – Pffiffig ins Netz gehen und Informationen nutzen“ (Sachsen-Anhalt)

⁹ z. B. Forschungsprojekt an der Universität Rostock, am Deutschen Jugendinstitut (DJI) und speziell am bayerischen Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP).

¹⁰ z. B. „Leselust im Freistaat Sachsen“ (Sachsen)

gebnisse diagnostiziert und dokumentiert werden können. Dies beginnt in der Kindertagesstätte z.B. mit Sprachlernstagebüchern, die in der Schule weitergeführt werden. Es gibt Portfolios, anhand derer der Erwerb von Basiskompetenzen verfolgt werden kann, um gegebenenfalls Risiken und Förderbedarf erkennen zu können. Es werden Einschätzungsbögen zur Kompetenzentwicklung in Schulen verwendet, Lerntypentests durchgeführt oder weitere Beobachtungsmethoden im Verbund von Ländern und Bund entwickelt¹¹. In einigen Ländern werden individuelle Entwicklungs- und Lernpläne angewendet. Es wird die Lernberatungs- und Betreuungspflicht ausgeweitet. Kompetenzbezogene Lernberatung nutzt Diagnostik- und Dokumentationsinstrumente. Lernberatung von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen wendet sich auch an deren Eltern mit den Themen Erziehungskompetenz, Lernstrategien und Lerntechniken.

Popularisierung des Lernens in der Lebensphase der Kinder findet einerseits über Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung andererseits auch z.B. über Ideenwettbewerbe statt. Die Motivierung und die Vermittlung einer positiven Einstellung zum Lernen und die Entwicklung hin zu einer neuen **Lernkultur** ist als Leitbild in Schulentwicklung, in Lehrplänen, in Beteiligungskultur und in die Gesamtheit der Aktivitäten und Maßnahmen aufgenommen¹². Netzwerke wie die „Lernenden Regionen“ oder eine Programmlinie „Lernkultur“ des BLK-Modellversuchsprogramms „Lebenslanges Lernen“ tragen ebenfalls dazu bei.

Förderung von Sprachkompetenz ist ein Schwerpunkt in den Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung des **chancengerechten Zugangs** in der ersten Lebensphase. Außerdem wird auf eine frühzeitige Diagnostik Wert gelegt. Flächendeckend werden in den Ländern vor oder zu Beginn der Schulzeit Sprachförderprogramme z.B. als Vorbereitungskurse oder Sprachförderklassen durchgeführt. Die Zielgruppe für diese Aktivitäten bilden vorwiegend zugewanderte Familien; daher können in einigen Ländern parallel auch die Eltern an Sprachkursen teilnehmen. Interkulturelle Erziehung ist ein Thema für die Ausbildung von Erzieherinnen. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nehmen an integrativen Bildungsgängen oder speziellen Förderange-

¹¹ z. B. „Bildungs- und Lerngeschichten“, Projekt am DJI im Auftrag des Bundes

¹² z. B. drei BLK-Programme: „QuiSS – Qualitätsentwicklung in Schulen und Schulsystemen“, „Demokratie leben und lernen“, „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“.

boten¹³ teil. Dies ist auch in Leitbildern der Länder verankert. Gezielte Programme von Ländern und Bund zu Familienbildungsmaßnahmen sollen soziale Benachteiligung abbauen. Der Ausbau des Ganztagschulangebots wird hierzu als ein wichtiger Beitrag eingeschätzt.

2.4.2 Jugendliche

Innerhalb der Lehrpläne in Schulen bekommt das Prinzip des lebenslangen Lernens zunehmend seinen Platz. In diesem Zusammenhang befördern eine Fülle von Schulversuchen und Modellversuchen in den Ländern neue Herangehensweisen und deren Überprüfung; insbesondere die Vermittlung von Lernkompetenzen wird dabei berücksichtigt. Schul(system)entwicklung insgesamt ist in allen Ländern ein Thema. Außerdem gibt es das BLK-Programm „QuiSS – Qualitätsentwicklung in Schulen und Schulsystemen“.

Sowohl im Rahmen von Schule als auch von außerschulischer Jugendbildung (AJB) bekommt das Thema „demokratische Teilhabe“ Raum. Dazu gibt es sowohl Einzelprojekte, koordinierte Projekte und ein Bund-Länder-Programm.

Der Übergang von der Schule in die beruflichen Ausbildungsgänge ist ein Kernpunkt der Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens. An diesem Übergang treffen Jugendliche Entscheidungen über die Themen und die Art der Lernprozesse. Unterstützend wirken dabei flächendeckende Berufsberatung der Arbeitsämter, Dokumentationsinstrumente¹⁴, Orientierungsangebote, die von pädagogischem Personal in Kooperation mit den „Ziel-Organisationen“ der beruflichen Schulen, Unternehmen und Hochschulen auch unter Einbeziehung der Eltern organisiert werden, Abstimmungsprozesse dieser Organisationen sowie etliche berufsvorbereitende Maßnahmen, die teilweise von der Arbeitsvermittlung finanziell unterstützt werden¹⁵.

¹³ z. B. Gruppen für Förderung von Lese-Rechtschreibschwäche/Dyskalkulie (Mecklenburg-Vorpommern)

¹⁴ Berufswahlpass (Bund und Länder), Qualipass (Baden-Württemberg), Sprachenportfolio (Europarat), Europass (EU)

¹⁵ z. B. „Früheinstieg ins Physik-Studium“ (Rheinland-Pfalz), „NaT-LAB für Schülerinnen und Schüler an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz“ (Rheinland-Pfalz), Schulversuch „Arbeit und Lernen in Schule und Betrieb“ (Hamburg), EBISS – Erweiterte Berufsorientierung im System Schule (Schleswig-Holstein und Hamburg) im Gesamtprojekt „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ (Bund), Lernpartnerschaften im Sonderschulbereich (Baden-Württemberg), Jugendberufshelfer (Baden-Württemberg), „Eltern als Berufswahlbegleiter“ (Rheinland-Pfalz), Austausch von Klassenarbeiten (Hessen), „BQF – Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (Bund), „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ (Bund) und Bundesagentur für Arbeit.

Informelle und nicht-formale **Lernprozesse** von Jugendlichen können in die Schulzeugnisse einiger Länder aufgenommen werden oder in Prüfungen, z.B. Projektprüfungen oder anderen zensurrelevanten Präsentationen zum Tragen kommen. In einem Land werden beispielsweise Zertifikate von nicht-formalen Sprachkursen mit schulischen Abschlüssen verknüpft. Der Berufswahlpass, ein im Rahmen des Programms „Schule-Wirtschaft-Arbeitsleben“ entwickeltes Instrument, ist in einigen Ländern in Gebrauch. Auch in Bildungspläne wird informelles Lernen aufgenommen; eng ist z.B. das Fach „Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales“ (Sachsen) mit informellen Lernprozessen der Lebenswelt verbunden. Schülerinnen und Schüler begeben sich mit ihren Lehrenden an außerschulische Lernorte, beziehen das Internet ein und können an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen oder arbeiten und lernen in „Schülerfirmen“. Dabei spielen Träger der außerschulischen Jugendbildung und die ehrenamtliche Tätigkeit von Jugendlichen eine Rolle. In einem Land haben sich die Träger auf Kriterien für die Zertifizierung von informellen Lernleistungen verständigt. In diesem Kontext wird auch auf stadtteilbezogene Projekte und Mitbestimmungsmöglichkeiten verwiesen.

Jugendliche in die Lage zu versetzen, ihre Lernprozesse zunehmend selbst zu steuern, ist ein Anliegen, das sich in den Lehrplänen/Bildungsplänen der Länder widerspiegelt. Konkretisiert wird dies unter anderem in Prüfungsformen, die **Selbststeuerung** in Formen wie Projektprüfungen oder „besonderen Lernleistungen“ aufgreifen oder in schulischen Selbststudienmaterialien¹⁶. Die Einführung von Unterricht zu „Lernmethoden“ hat z.B. das Ziel, individuelle Lernstrategien nachhaltig zu fördern. Es finden Schulversuche und Projekte statt die auch die Veränderung von Rolle und Tätigkeiten des pädagogischen Personals - insbesondere bei individueller Vor- und Nachbereitung - aufgreifen¹⁷.

Genannte Aktivitäten und Maßnahmen zum Entwicklungsschwerpunkt **Kompetenzentwicklung** in der Lebensphase der Jugendlichen sind gemäß der Fragestellung vielfach prüfungsbezogen. Es wird beschrieben, dass z.B. die

¹⁶ Wie z.B. Plattform SelGO – Selbstständiges Lernen mit digitalen Medien in der Gymnasialen Oberstufe (Nordrhein-Westfalen)

¹⁷ wie z. B. Schulversuch „Selbstorganisiertes Lernen am Berufskolleg Gesundheit und Pflege I“ (Baden-Württemberg), „SELBA – Selbstgesteuertes Lernen erprobt auf dem Land und im Ballungsraum für den Arbeitsmarkt“ (Baden-Württemberg), „Hands across the campus“ (Berlin), Zusammenschluss von Bildungsinstitutionen zur Entwicklung von Selbst-Lernarrangements im Projekt „Förderung selbstgesteuerten Lernens durch Vernetzung verschiedener Lernorte zu einem „Netzwerk Lernkultur“ (Hamburg).

Prüfungsmodalitäten erweitert werden, so dass neben Faktenwissen Kompetenzen demonstriert werden können¹⁸; Leistungsbeurteilungen werden an Kompetenzen festgemacht und dialogisch kommuniziert; Standards bilden einen Maßstab für Vergleichsarbeiten; in Portfolio-Instrumenten¹⁹ kann Sachverstand dokumentiert werden. Individuelle Entwicklungspläne werden in der Schule und auch in der außerschulischen Jugendbildung von Lehrenden und Lernenden aufgestellt und angewendet; sie sind ein Bestandteil des Bundesprogramms „Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF) zur Förderung der Ausbildungsreife. Das Verständnis von ganzheitlicher Kompetenzentwicklung greifen Lehrpläne auf; Lehrerfortbildung wird vor diesem Hintergrund gestaltet. Kompetenzfelder, die häufig genannt werden, sind: Sprachen, Demokratie, Medien, Lesen.

Die Beteiligung von Akteuren der außerschulischen Jugendbildung an Nachmittagsangeboten an Ganztagschulen ist z.T. im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen oder durch Verankerung im Schulgesetz geregelt. Zur **Vernetzung** von Schulen liegen wissenschaftliche Forschungsergebnisse vor²⁰. Insbesondere für die Schnittstellen zwischen Arbeitswelt und Schule, für den Übergang in die berufliche Ausbildung, gibt es Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten²¹. Auch der Übergang von Schule zur Hochschule wird durch Projekte und Maßnahmen gefördert. Aber auch unabhängig davon gibt es Netzwerkbildungen z.B. zur Schulentwicklung, grenzüberschreitend zur Vermittlung von Sprachen²² oder mit Trägern interkultureller Arbeit. Ein weiterer Aspekt ist die Durchlässigkeit des Schulwesens. Für die Förderung von Benachteiligten hat die Vernetzung der beteiligten Institutionen und Akteure eine Schlüsselfunktion²³.

Modularisierung im Lebensalter der Jugendlichen kann zur Anpassung an die individuelle Leistung dienlich sein. Darüber hinaus sind Module auch in

¹⁸ Projektprüfungen, besondere Lernleistungen

¹⁹ vgl. Fußnote 14, S. 51

²⁰ z.B. „Schule und soziale Netzwerke“ (DJI)

²¹ z. B. das Forschungsprojekt „Beruf fängt in der Schule an. Die Bedeutung von Schülerbetriebspraktika im Rahmen der Berufswahlorientierungsphase“ (BIBB), feste Zuordnung regional benachbarter Schulen aneinander grenzender Schulstufen (Bremen), „Billenetz“ (Hamburg), „Trans-JOB“ (Sachsen), EBISS – Erweiterte Berufsorientierung in Schulen und Schulsystemen“ (Hamburg und Schleswig-Holstein), vgl. Fußnote 15, S. 51

anderen Bildungsbereichen wirksam, wie die Anrechnung von Teilen einer berufsvorbereitenden Schule auf die duale Ausbildung²⁴ sowie die schulexterne Zertifizierung des Sprachunterrichts²⁵.

Lerntechniken und übergeordnetes Wissen über Lernprozesse werden in der Schule über Arbeitsgemeinschaften, die Fächer Methodik/Lernmethoden²⁶, oder durch den Einsatz von Lerntypentests vermittelt. Vergleichsarbeiten, die nachträglich besprochen, oder Leistungsbeurteilungen, die im Gespräch vermittelt werden, sind Formen der **Lernberatung** für Jugendliche. Teilweise ist das Thema in Schulentwicklungsprozesse eingebettet und es werden entsprechende Lehrerfortbildungen angeboten. In Bezug auf Berufswahlorientierung wird sowohl im Rahmen von Schule als auch in Kooperation mit den Akteuren der außerschulischen Jugendbildung und/oder Betrieben beraten²⁷. Dabei wird z.B. auf Mentoren gesetzt oder bei der Bundesinitiative „JumpPlus“²⁸ über zusätzliche Personalkapazität die Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung intensiviert. Lernberatung, die über die Berufsberatung hinaus eher in die Richtung individueller Förderpläne geht, wird in diesem Kontext als Forschungsbedarf gesehen²⁹.

Für die **Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens** im Alter der Jugendlichen kann vielfach auf die bereits in Kapitel 2.4.1 (S. 47) dargestellten Aktivitäten und Maßnahmen der Lebensphase Kinder verwiesen werden. Hinzu kommen die flächendeckenden Angebote der außerschulischen Jugendbildung, die sich um innovative Angebote bemüht. Spezieller untersucht wird auch das ehrenamtliche Engagement bei der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e.V./Projekt Qualifikations-Entwicklungs-Management (ABWF/QUEM) - „Lernen im sozialen Umfeld“. Das BLK-

²² z.B. „Sprachnetzwerke in Grenzräumen“ (Saarland)

²³ z. B. BQF-Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (Bund) und auch „E&C - Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (Bund)

²⁴ z. B. Berufsfachschule (Bremen), Berufsvorbereitungsjahr (Baden-Württemberg), Berufskolleg (Nordrhein-Westfalen)

²⁵ z.B. in Kooperation mit „Weiterbildungstestsysteme“ (Saarland)

²⁶ z.B. in Sachsen-Anhalt im Schuljahrgang 5

²⁷ z. B. „Arbeitsbezogene Jugendsozialarbeit 2002-2006“ (Bund), Zukunftswerkstätten/Assessmentcenter Jugendsozialarbeit (Bremen)

²⁸ Bund, Bundesagentur für Arbeit

²⁹ z. B. BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2003): Mittelfristiges Forschungsprogramm 2003 des Bundesinstituts für Berufsbildung. BIBB, Bonn, S. 84

Modellversuchsprogramm „Lebenslanges Lernen“ enthält einige Projekte zum Aufbau von Lernmotivation und Überwindung negativer Lernerfahrungen³⁰.

Der **chancengerechte Zugang** in der Lebensphase der Jugendlichen ist in allen Ländern ein Schwerpunkt. Aus der Fülle von Aktivitäten und Maßnahmen sind solche zur Reduktion von Schulvermeidung/Schulabbruch, zur Förderung der Berufsvorbereitung und zur Stärkung der Durchlässigkeit des Bildungswesens hervorzuheben. Hinzu kommen u.a. lokale Initiativen in sozialen Brennpunkten³¹. Für Schulvermeider/Schulabbrecher gibt es z.B. den Ansatz des produktiven Lernens außerhalb von Schule³² sowie das „Freiwillige soziale Trainingsjahr“. Besondere Berufsvorbereitung findet innerhalb des Schulsystems über Kooperationsklassen, Teilqualifikationen oder Sprachförderungsregelungen³³ statt; in einem Projekt wird die Selbstlernkompetenz für den Übergang in weitere Lebensphasen gestärkt³⁴. Das Thema wird auch durch kooperative Angebote des Bundesprogramms „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ angegangen. Das Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) ermöglicht die Förderung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen für Jugendliche, woran sich z.B. das Programm zur beruflichen Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf³⁵ mit flächendeckenden Aktivitäten anschließt.

2.4.3 Junge Erwachsene

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen über das Einwirken aller politischen Ebenen auf die Unternehmen und Betriebe. Hinzu kommen längerfristige Strukturbildungsmaßnahmen in Form von Netzwerkbildung unter anderem bei der Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund³⁶. In der Diskussion ist ferner eine

³⁰ z. B. „Eingliederung von bildungsfernen und lernbenachteiligten Schülerinnen und Schülern der Hauptschule in eine kontinuierliche lebenslange Lernbiographie“ (Schleswig-Holstein), „Schulische Bildung für nachhaltige Lernmotivation“ (Bayern)

³¹ z. B. „LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke“(Bund)

³² z.B. „Produktives Lernen“ (Sachsen-Anhalt)

³³ z. B. Anerkennung der nicht-deutschen Muttersprache (Niedersachsen)

³⁴ z. B. „LeiLa – Passagen Lebenslangen Lernens in beruflichen Qualifizierungsprozessen von bildungsbenachteiligten Zielgruppen“ (Bremen)

³⁵ BQF-Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (Bund)

³⁶ BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) (2004): Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsberatung für Personen mit Migrationshintergrund. Beschluss der BLK vom 29. 03. 2004. BLK, Bonn

Ausbildungsplatzabgabe. Die Hochschulbildung entwickelt sich, nicht zuletzt angeregt durch den Bologna-Prozess³⁷ weiter. Als bildungsbereichsübergreifend einzuschätzen sind etliche Aktivitäten dualer Studiengänge oder für Abiturienten zugeschnittene Module der dualen Ausbildung wie z.B. „Management im Handwerk“³⁸. Hier ist auch eine Reform der Hochschulgesetze verortet, die den Zugang zur Hochschule für qualifizierte Berufstätige weiter erleichtert.

Der Übergang von Ausbildung in Beruf („2. Schwelle“) wird in einigen Aktivitäten und Maßnahmen als wichtiger Teilbereich genannt. Hier geht es darum, den Übergang in die reguläre Erwerbstätigkeit gelingen zu lassen und drohende oder bestehende Arbeitslosigkeit zu überwinden³⁹.

Einen Überblick über die formalen Lernprozesse und ihre Entwicklung geben die regelmäßigen Berufsbildungsberichte und Studierendensurveys bzw. Sozialerhebungen des Studentenwerks, die der Bund herausgibt.

Projekte sind ein Mittel, mit dem **informelles Lernen** in Berufsschulen und damit in die duale Ausbildung⁴⁰ integriert wird. Auf die Entwicklung von Instrumenten zur Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen verweisen eine Reihe von Ländern – umgekehrt ist es auch möglich, in Prüfungsordnungen die Möglichkeit ihrer Anerkennung⁴¹ aufzunehmen. Neben privater Lebenswelt und Ehrenamt sind auch studien- und erwerbsbezogene Lernumgebungen Ort für informelle Lernprozesse. Hier wird in einigen Antworten die Bedeutung virtueller Lernräume⁴² genannt.

Zur Förderung von **selbstgesteuerten Lernprozessen** werden eine Fülle von Projekten⁴³ in den Ländern durchgeführt. Welche Faktoren selbstgesteuertes Lernen und die Fähigkeit des Selbstlernens anregen und gelingen lassen, formuliert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) als Forschungsbedarf

³⁷ bilaterale Vereinbarungen der europäischen Staaten zu Bachelor- und Masterabschlüssen

³⁸ „Management im Handwerk“ (Baden-Württemberg)

³⁹ z.B. ABWF/QUEM „Lernen im Sozialen Umfeld – „Netzwerk Jugendliche an der 2. Schwelle“ (Bund)

⁴⁰ auch zensurrelevant wie beim Beispiel der Lernfelder in Baden-Württemberg

⁴¹ wie z. B. im neuen Hochschulgesetz in Rheinland-Pfalz

⁴² wie z. B. Lernotheiken, die Aktion „Ausbildung online“ (Niedersachsen) oder das Forschungsprojekt im BIBB „Stützung des beruflichen Erfahrungslernen durch virtuelle Kompetenzzentren“, das sich auch auf die Lebensphase Erwachsene bezieht.

der beruflichen Bildung, damit aus den Ergebnissen, „Selbstlernarrangements“ entwickelt und verbreitet werden können⁴⁴. Projektorientiertes Arbeiten ist sowohl in der dualen Berufsausbildung als auch in der Hochschule präsent. Weitere Anstöße sind gegeben, wenn Institutionen bildungsbereichsübergreifend kooperieren, und wenn Lernmethoden im Mittelpunkt stehen, die sowohl fachlich als auch sozial reflektiert werden.

Aktivitäten und Maßnahmen zur **Kompetenzentwicklung** in der Lebensphase junger Erwachsener beschäftigen sich z.B. mit der Aussagekraft traditioneller Prüfungen⁴⁵. Es werden Lernfelder statt Einfächer geprüft und auch Eignungsprüfungen zur Hochschulzugangsberechtigung möglich gemacht. Dazu gehört auch die Frage, wie Kompetenzen inhaltlich ausformuliert werden können. Das Forschungsprogramm des Bundes „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ geht zentralen Forschungsfragen zur Erfassung von Kompetenzen gezielt nach. Im Bereich der beruflichen Qualifizierung benachteiligter Gruppen ist zu Beginn einer Maßnahme die Erfassung von Kompetenzen obligatorisch. Die Aktivitäten zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen liefern Überblicksinformationen zur Entscheidung über die Weiterentwicklung des beruflichen Aus- und Weiterbildungssystems.

Vernetzung bezieht sich sowohl auf relevante Institutionen als auch auf spezifische Thematiken. Außerdem stellen sich durch neue Medien weitere Möglichkeiten der Vernetzung – es gibt in einigen Ländern einen virtuellen Campus oder die virtuelle Berufsbildung, aber auch allgemeine oder thematische Informationssysteme⁴⁶. In der Regel greifen Programme „Vernetzung“ zur kooperativen Bearbeitung von Themen auf, um z.B.

- die berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf zu erneuern⁴⁷,
- Unternehmen ausländischer Arbeitgeber als ausbildende Organisationen zu gewinnen und miteinander zu vernetzen⁴⁸,

⁴³ z. B. „Lernende aus Schule, Hochschule und Betrieb erforschen selbstgesteuerte Lernformen“ (Hamburg), „SELBA – Selbstgesteuertes Lernen erprobt auf dem Land und im Ballungsraum für den Arbeitsmarkt“ (Baden-Württemberg)

⁴⁴ vgl. BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2003): Mittelfristiges Forschungsprogramm 2003 des Bundesinstituts für Berufsbildung. BIBB, Bonn, S. 83

⁴⁵ z.B. Forschungsprojekt „Aussagekraft und Validität ausgewählter traditioneller und neuer Prüfungen in der Ausbildung“ (BIBB)

⁴⁶ z. B. „KIBB - Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung“ (BIBB)

⁴⁷ BQF-Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (Bund)

⁴⁸ „KAUSA - Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ (Bund)

- nachhaltige Entwicklung zugunsten Benachteiligter über die Bündelung von Aktivitäten zu erreichen⁴⁹,
- junge Erwachsene an der „2. Schwelle“ zu fördern⁵⁰ oder
- neue Lernkonzepte in der dualen Berufsausbildung zu entwickeln⁵¹.

Bildungsbereiche übergreifende Vernetzung ist das zentrale Element der „Lernenden Regionen“. Darüber hinaus arbeiten häufig Studienberatung und Arbeitsvermittlung zusammen. Es gibt Lernortkooperationen, Netzwerke für Junior-Firmen und Kooperationsverträge auf Akteursebene. Berufliche Schulen entwickeln sich zu regionalen Kompetenzzentren.

Zusatzqualifikationen im Zusammenhang mit der dualen Berufsausbildung sind ein Schwerpunkt der **Modularisierung** für junge Erwachsene. Es gibt eine Datenbank⁵², deren Strukturierung in

- Verzahnung mit Hochschulstudium,
- neue/modernisierte Berufe,
- Erwerb der (Fach-)Hochschulreife,
- Verzahnung mit Weiterbildung

bereits Möglichkeiten modularer Ausbildung junger Erwachsener aufzeigt.

Ebenfalls auf die Verknüpfung zwischen verschiedenen Bildungsbereichen geht das Leistungspunktesystem an den Hochschulen ein. Außerdem gibt es zur (berufsbegleitenden) Nachqualifizierung auf der Grundlage des SGB III und des BbiG die Möglichkeit von Qualifizierungsbausteinen. Von der IHK betreute Praktika mit Zertifikat⁵³ ermöglicht arbeitslosen Schulabgänger den Anschluss an duale Ausbildungen.

Die **Lernberatung** junger Erwachsener findet überwiegend mit Hilfe der Beratungsstrukturen der ausbildenden Institutionen statt: z.B. Beratungslehrer der Berufsschulen, allgemeine, fachbezogene oder durch Lehrende angebotene Studienberatung.

⁴⁹ „E&C - Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (Bund)

⁵⁰ vgl. Fußnote 39, S. 56

⁵¹ BLK-Programm „Neue Lernkonzepte in der dualen Berufsausbildung“

⁵² <http://www.ausbildung-plus.de>, vgl. Fußnote 38, S. 56

⁵³ z.B. „TANJA – Teilqualifikationen als Angebot für jugendliche Arbeitslose zum Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung“ (Nordrhein-Westfalen)

Der Studierendensurvey⁵⁴ zeigt, dass der Stellenwert der Studienberatung hoch ist, und vor allem fachwissenschaftliche Probleme und die Unterstützung bei der Wahl fachlicher Schwerpunkte im Vordergrund stehen. Die Entwicklung der Fortbildung „Fachpädagoge/Fachpädagogin für betriebliche und überbetriebliche Bildung“⁵⁵ ist ein Weg, Lernbegleiter/innen zu qualifizieren. Ausbildungsbegleitung ist ein wichtiges Aufgabenfeld, insbesondere bei Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf. So gibt es Lernchancenanalysen für individuelle Entwicklungspläne und Patenschaften (Hessen) oder das Projekt „Ausbildung – bleib dran“ (Bremen). Bei SGB III geförderten Maßnahmen findet eine obligatorische Eingangsberatung statt.

Die duale Berufsausbildung befindet sich in einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess z.B. durch die Modellversuchsprogramme aber auch durch das BLK-Programm „Neue Lernkonzepte in der dualen Berufsausbildung“ mit 27 Projekten, deren Ergebnisse Beitrag zu **neuen Lernkulturen** für junge Erwachsene sind. Außerdem werden ausländische Unternehmen angeregt, dual auszubilden; im Projekt „KAUSA – Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ werden diesbezüglich neue Adressatengruppen erschlossen. Es gibt Projekte, die negative Lernerfahrungen überwinden helfen⁵⁶ und deshalb motivieren. Das Bundesprogramm „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ erzielt durch viele kleine Projekte eine große Breitenwirkung.

Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung des **chancengerechten Zuganges** junger Erwachsener beziehen sich sehr auf das duale Ausbildungssystem. Dabei geht es darum, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, indem verstärkt Ausbildung vermittelt⁵⁷ oder der Übergang von der Ausbildung in Berufstätigkeit unterstützt wird. Es geht auch darum, gegebenenfalls das Absolvieren einer kompletten Ausbildung zusätzlich pädagogisch⁵⁸ und finanziell⁵⁹ zu unterstützen. Viele Aktivitäten und Maßnahmen in Ländern und vom Bund grup-

⁵⁴ vgl. Bargel, Tino/Ramm, Michael/Multrus, Frank (2001): Studiensituation und studentische Orientierungen. 7. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. BMBF, Bonn

⁵⁵ vgl. BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.) (2003): Berufsbildungsbericht 2003. BMBF, Bonn, S. 170f

⁵⁶ z. B. „LeiLa - Passagen Lebenslangen Lernens in beruflichen Qualifizierungsprozessen von bildungsbenachteiligten Gruppen“ (Bremen) oder „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ (Bund).

⁵⁷ vgl. Fußnote 39, S. 56

⁵⁸ z. B. „Ausbildung – Bleib dran“ (Bremen)

⁵⁹ z. B. Berufsausbildungsbeihilfe (§ 59ff SGB III)

pieren sich um das Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III); im Zusammenhang damit stehen die Möglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit, Lernbeeinträchtigte und sozial Benachteiligte zu fördern, was sich z. B. im BQF-Programm konkretisiert. Der Schwerpunkt dieses Programms liegt hier auf Qualifizierungsbausteinen (insbesondere Medienkompetenz), auf Eingangsberatung und Eingangsdiagnose. In einem Good-Practice-Center am BIBB wird

Transfer angeregt. Weitere Themen sind Migration⁶⁰, Behinderung⁶¹ und die Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs.

2.4.4 Erwachsene

Die Pluralisierung der Lebenswelten im Erwachsenenalter lässt eine Aufschlüsselung der Aktivitäten und Maßnahmen nach Zielgruppen sinnvoll erscheinen. Von den zahlreichen Angeboten zum lebenslangen Lernen werden Angehörige von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), pädagogisch Tätige und Eltern in den Antworten der Umfrage besonders angesprochen. Bei der ersten Gruppe wird das Thema Interkulturalität erwähnt, andererseits geht es um passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Für pädagogisch Tätige ist lebenslanges Lernen einerseits ein Thema ihrer persönlichen Entwicklung und andererseits ein Thema für die Vermittlungspraxis mit den Lernenden. Dies bildet sich ab in Aktivitäten und Maßnahmen der Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung⁶² sowie in der Professionalisierung des Personals in der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung⁶³. Für die Zielgruppe der in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung Tätigen bearbeitet ein z. B. Projekt⁶⁴ das Thema „Vermittlung in selbstgesteuerten Lernprozessen“. Die Programmlinie „Lernen in und von Weiterbildungseinrichtungen“ (ABWF/QUEM) enthält dazu mehrere Projekte.

In Bezug auf Eltern/Familie ist Beratung ein Thema z.B. bei der Einschulung der Kinder oder bei Übergängen in andere Schulstufen sowie kontinuierlich während der Schulzeit mit unterschiedlicher Verbindlichkeit. Außerdem geht es um die Rolle Erziehungsberechtigter und die dafür hilfreichen Kompetenzen; Unterthemen sind Medienerziehung und Gewaltprävention in der Familie. Hierzu finden zahlreiche Angebote in Familienbildungsstätten und bei anderen freien Anbietern statt. Aktuelle Aktivitäten in einigen Ländern legen besonde-

⁶⁰ z.B. mit Aktivitäten für Spätaussiedler

⁶¹ dafür wurde z.B. im BIBB ein ständiger Ausschuss eingerichtet; es werden Werkstätten für Menschen mit Behinderung vernetzt (Thüringen)

⁶² z.B. „Personalentwicklung im Schulbereich – ein offenes Konzept“ unter Verwendung von Portfolioinstrumenten (Schleswig-Holstein), Neuordnung der Lehrerausbildung, pädagogische Landesinstitute

⁶³ Es gibt in der Regel auf Länderebene trägerbezogene Fortbildungsangebote.

⁶⁴ „NIL – Netzwerke zur Implementierung selbstgesteuerten Lernens in bestehende Träger der Erwachsenen- und Weiterbildung“ (Hessen)

ren Wert auf die koordinierte Verstärkung des Angebots, die durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit flankiert wird⁶⁵.

Wie sich im Prozess **informellen Lernens** Kompetenzen entwickeln, ist ein Forschungsthema, dem in einer Reihe von Projekten nachgegangen wird. Dabei werden die verschiedenen Lernumgebungen differenziert nach

- Lernen im sozialen Umfeld,
- Lernen im Netz und mit Multimedia⁶⁶,
- Lernen in und von Weiterbildungseinrichtungen,
- Lernen im Prozess der Arbeit.

Ein Ziel mehrerer Projekte ist es, Instrumente zur Erfassung der Lernergebnisse zu schaffen. Gelerntes als solches zu erkennen und auszudrücken, ist eine notwendige Voraussetzung für die Erfassung und die Zertifizierung von informell erworbenen Kompetenzen⁶⁷. Außerdem wird die lernförderlich Gestaltung von Arbeitsprozessen unterstützt⁶⁸. Arbeitsplatzbezogenes, informelles Lernen wird z.B. in die neuen IT-Fortbildungsregelungen einbezogen. Vor Ort ist die Einbeziehung informellen Lernens Ziel von Vernetzungen, von Stadtteilprojekten, von Lernumgebungen⁶⁹ und von Förderinitiativen⁷⁰.

Schon seit längerer Zeit sind mediengestützte Angebote ein wichtiger Zweig der Förderung **selbstgesteuerter Lernprozesse** Erwachsener und Älterer. Hier wurden bereits Materialien entwickelt⁷¹, Portale gestaltet⁷², Lernzentren eingerichtet⁷³ und die individuellen Voraussetzungen für mediengestütztes

⁶⁵ z. B. „Fit für Familie“ (Bremen), Elternhefte (Hessen), Elternakademie (Thüringen), „Familienbildung in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen“ (Sachsen), „Elternbildung und Medienkompetenz“ (Mecklenburg-Vorpommern), „Starke Eltern – Starke Jugend“ und „Schau hin“ (Bund) sowie „Mit Respekt geht's besser“ (Bund)

⁶⁶ Auch Projekte im BIBB z. B. „Stützung des beruflichen Erfahrungslernens durch virtuelle Kompetenzzentren“ oder die Initiative „Familie online“ (Niedersachsen)

⁶⁷ z. B. BLK-Verbundprojekt „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“, Familienkompetenzbilanz (Hessen), Verweise auf Portfolio-Instrumente, Forschungsprojekt „Instrumente zur Erfassung informellen Lernens im Prozess der Erwerbsarbeit“ (BIBB)

⁶⁸ z. B. das Programm „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ (Bund)

⁶⁹ Lernotheek Offenbach (Hessen)

⁷⁰ z. B. Vergünstigungen für Eintritt in Museen für Familien mit niedrigem Einkommen (Thüringen)

⁷¹ Förderung z. B. durch das Projekt „Neue Medien in der Bildung“ (Bund)

⁷² z. B. im LernNetzwerk Bremen (Bremen)

⁷³ z. B. im Rahmen von „L³ Weiterbildung als Grundbedürfnis“ oder Lernende Region Offenbach

selbstgesteuertes und selbstorganisiertes Lernen untersucht⁷⁴. Selbststeuerung wird als Herangehensweise im Zusammenhang mit den Strukturveränderungen der Arbeitswelt⁷⁵, z.B. durch Gruppenarbeitsprozesse, genannt. Für die Weiterbildungsinstitutionen hat die Förderung von selbstgesteuerten Lernprozessen und die Einrichtung von entsprechenden Lernarrangements die Veränderung interner Organisation zur Folge. So ist es z.B. erheblich, wenn die finanzielle Förderung beschäftigungsbezogener Maßnahmen über Gutscheine erfolgt und der Lernende selbst das für sich passende Angebot aussucht. Dies kann auch ein Thema von Aktivitäten und Maßnahmen sein, die sich mit den Organisations- und Professionsentwicklungsprozessen⁷⁶ auseinandersetzen, die sich durch selbstgesteuertes Lernen ergeben.

Zwei Schwerpunkte der Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung der **Kompetenzentwicklung** im Rahmen des lebenslangen Lernens im Erwachsenenalter sind auszumachen:

- das Bundesprogramm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ und
- Studien und Entwicklungsarbeit rund um Dokumentationsinstrumente wie den „Weiterbildungspass“.

Es geht also einerseits um die Prozesse der Kompetenzentwicklung und andererseits um deren Sichtbarmachung. Ziel ist es, die Lernenden zu unterstützen, Kompetenzen auszubilden, die von einem zum anderen Feld z.B. bei der Arbeitssuche transferierbar werden. Dies wird als ganzheitliche Daueraufgabe gesehen und steht im Zusammenhang mit der Arbeitsgestaltung⁷⁷.

Bei einer heterogenen (Weiter-)Bildungslandschaft gibt es unterschiedlichste Anlässe und Möglichkeiten für **Vernetzung**. Sie können die Region⁷⁸ zum Ausgangspunkt haben oder ein bestimmtes Thema⁷⁹ bzw. sich auch zur Rea-

⁷⁴ ABWF/QUEM „Lernen im Netz und mit Multimedia“ (Bund)

⁷⁵ „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ (Bund)

⁷⁶ z. B. SeLOG „Selbstgesteuertes Lernen und Organisationsentwicklung in Weiterbildungseinrichtungen“ (Berlin und Brandenburg im BLK-Modellversuchsprogramm Lebenslanges Lernen).

⁷⁷ z. B. „Handlungskompetenz und Beschäftigungsfähigkeit entfalten und erhalten“ im Rahmen von „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ (Bund), „Fit für die Osterweiterung“ (Mecklenburg-Vorpommern)

⁷⁸ z. B. die Weiterbildungsverbände (Schleswig-Holstein), die auch Beratung und Information der Bürger/inn/en leisten

⁷⁹ z. B. Förderung von Alphabetisierung (APOLL) oder Qualität in der Weiterbildung (Weiterbildung Hamburg e.V.), „LerNet - Netzwerk basiertes Lernen im Mittelstand und öffentlichen Verwaltungen“ (Bund), Politische Bildung in der Bundeswehr (Bundeszentrale für politische Bildung und Zentrum Innere Führung), „Elternakademie“ zur Vernetzung aller entsprechenden Anbieter (Thüringen), Qualifikationsbedarfermittlung in „INNOPUNKT“ (Brandenburg)

lisierung eines bestimmten Angebots⁸⁰ ergeben. Vernetzungen sind unterschiedlich motiviert⁸¹ und können auf technischer oder institutioneller/personeller Basis realisiert werden. Alle diese Möglichkeiten finden sich in den Antworten von Bund und Ländern wieder. Die meist genannten Aktivitäten und Maßnahmen zur Vernetzung im Lebensalter Erwachsener sind die 73 Beispiele im Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“. Mit einer Vernetzungsstrategie von unten, wird eine Nachfrageorientierung angeregt; die Netzwerke arbeiten Bildungsbereich übergreifend und sollen sowohl Innovation ermöglichen als auch möglichst breite Bevölkerungskreise erreichen.

Bei den Aktivitäten und Maßnahmen zur **Modularisierung** werden auch in der Lebensphase Erwachsene vorwiegend die Bereiche „Zusatzqualifikation“, „wissenschaftliche Weiterbildung“⁸² und „zweiter Bildungsweg“ genannt. Erfahrungen aus den berufsbegleitenden Nachqualifizierungen sollen über ein Vorhaben⁸³ z.B. für Berufsrückkehrerinnen genutzt werden. Neuerdings werden informell erworbene Kompetenzen und deren Zertifizierung oder Erfahrungswissen mit Modularisierung in Verbindung gebracht. Diese und weitere Aspekte sind bislang in den IT-Fortbildungsregelungen⁸⁴ integriert worden. Die Module bestehen aus drei Ebenen und mehreren Profilen nach Tätigkeiten. Die einzelnen Module beziehen arbeitsprozessorientiertes, reflektiertes informelles Lernen ein; Seiteneinsteiger können über eben solche informell erworbenen Kompetenzen Module anerkennen lassen und dann die formale Fortbildung aufnehmen. Außerdem ist der Anschluss an das europäische ECTS Leistungspunktesystem⁸⁵ angestrebt. Schließlich ist auch das Angebot von Master-Studiengängen an den Hochschulen ein Indikator für voranschreitende Modularisierung.

⁸⁰ z. B. Sprachkurse für nicht-deutschsprachige Eltern der VHS Berlin oder VHS Ludwigshafen mit kooperierenden Schulen/Kindertagesstätten, Elternberatung (VHS und Landesinstitut für Schule, Mecklenburg-Vorpommern)

⁸¹ So ist z. B. Kooperation im Weiterbildungsgesetz in Bremen festgeschrieben und es wird z. B. ein koordiniertes Gesamtangebot für den Bildungsurlaub erstellt.

⁸² „LLL im Kooperationsverbund Hochschule-Weiterbildung“ (Rheinland-Pfalz), „Gesamtkonzept Wissenschaftliche Weiterbildung“ (Bayern)

⁸³ z.B. „Berufsbegleitende Nachqualifizierung – Transfer und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus der Modellversuchsreihe“ (BIBB)

⁸⁴ z.B. IT-Weiterbildungsregelungen (BIBB) siehe auch: BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.) (2003): Berufsbildungsbericht 2003. BMBF, Bonn, S. 206ff

⁸⁵ ECTS: European Credit Transfer System

Für Erwachsene findet **Lernberatung** in Weiterbildungsberatungsstellen, mittels Weiterbildungsdatenbanken⁸⁶ und durch Institutionen bezogene Beratung statt. In mehreren kooperativen Netzwerken in den Ländern wird Beratung aufgenommen⁸⁷. Es zeigt sich, dass z.B. mit der Anwendung eines Weiterbildungspasses, der informell erworbene Kompetenzen validiert, Beratungsstrukturen notwendig werden und Beratung ein sich ausdehnender Tätigkeitsbereich der Weiterbildungsorganisationen wird⁸⁸. Zudem gibt es Beratungsstrukturen für spezielle Themen z. B. Analphabetismus, Strafvollzug, Migration und die Berufsberatung.

Aktivitäten und Maßnahmen allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit fördern in ihrer Gesamtheit die **Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens**, auch wenn sie einzelne Schwerpunkte aufweisen⁸⁹. Bezüglich der Rahmenbedingungen für die Steigerung der Bildungsteilnahme sind Bildungsfreistellung und Meister-BaföG Angebote, um mehr Menschen für das Lernen zu gewinnen. Im Hinblick auf Beschäftigung ermöglicht das Programm „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ Aktivitäten wie die „Qualifizierungsoffensive“, für Abkommen zwischen den Sozialpartnern oder für die Aktivitäten im Programm „Lernen im Prozess der Arbeit“. Netzwerke – auch medial gestützte – bilden ebenfalls Strukturen für diesen Entwicklungsschwerpunkt aus⁹⁰. Die Programmlinie „Lernkultur“ im BLK-Modellversuchsprogramm „Lebenslanges Lernen“ bündelt Projekte, die z.B. Selbststeuerung⁹¹, die Anerkennung informel-

⁸⁶ z. B. Projekt „InfoWeb Weiterbildung“ (Bund), Datenbank „Kurs“ (Bund, Bundesagentur für Arbeit)

⁸⁷ z. B. Lernnetz Berlin-Brandenburg mit Lernläden, Verbund für Beratungsprojekte für Arbeitslose in Bremen, Weiterbildung Hamburg e.V. mit dem Schwerpunkt Verbraucherberatung, Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein, „Lernende Regionen“ wie SaarLernNetz (Saarland), LernNetz Bremen (Bremen) und Teilprojekte darin wie z. B. Appolonius (Berlin) „Regionale Partnerschaften und Lernbegleiter vor Ort“, Aufbau einer Weiterbildungsdatenbank und einer onlinegestützten Weiterbildungsberatung im Rahmen des Teilprojekts 7 des SaarLernNetzes (Saarland) oder „Dienstleistungsnetzwerk Bildung und Lernkultur“ (Hamburg)

⁸⁸ zu Portfolio/Dokumentations-Instrumenten vgl. Fußnote 67, S. 62 zu Organisationsentwicklung z. B. „Innovative Methoden zur Förderung des lebenslangen Lernens im Kooperationsverbund Hochschule und Weiterbildung“ (Rheinland-Pfalz)

⁸⁹ z. B. Alumni in der wiss. Weiterbildung (Bayern), Lernfeste

⁹⁰ „LerNet - Netzwerk basiertes Lernen im Mittelstand und öffentlichen Verwaltungen“ (Bund)

⁹¹ z. B. „SeLOG - Selbstgesteuertes Lernen und Organisationsentwicklung in Weiterbildungseinrichtungen“ (Berlin und Brandenburg)

len Lernens⁹² oder die Veränderung der Organisationen und Professionalität der Weiterbildung als bestimmende Merkmale neuer Lernkultur⁹³ fortführen.

Strukturelle Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung des **chancengerechten Zugangs** Erwachsener liegen z.B. darin, informell erworbene Kompetenzen anzuerkennen, Müttern bei der Regelung von Kinderbetreuung zu helfen oder bei Bedarf direkt⁹⁴ bzw. indirekt⁹⁵ finanziell zu unterstützen. Teilnahme an Weiterbildung wird auch durch besondere Arbeitszeitregelungen oder Bildungsfreistellung ermöglicht. Die Alphabetisierung von Erwachsenen wird unterstützt. Zudem sind Arbeitslose und Geringqualifizierte Zielgruppen, bei denen Regelungen des SGB III greifen, die von Weiterbildungsanbietern und in Länderinitiativen⁹⁶ umgesetzt werden. Unterschiedliche Aktivitäten gibt es beim Thema Migration wie z.B. die Untersuchung der Kompetenzentwicklung von Fachkräften⁹⁷, die Bildungsberatung für Migrantinnen im Netzwerk⁹⁸ oder die Sprachförderung.

Ein Aspekt der Struktur- und Systementwicklung des lebenslangen Lernens Erwachsener ist die Profilierung und die Information über postgraduale Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung, was mehreren Länderantworten zu entnehmen ist. Dafür wurden unlängst von Bundesseite die Rahmenbedingungen des Besoldungsrechts geklärt; die Hochschulen richten zunehmend Weiterbildungszentren ein.

Die Frage nach den Zeitressourcen wird z.B. über Bildungsfreistellung angegangen; die Ressource Geld erfährt Lösungen durch das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Meister-BaföG), dessen Entstehung Bund und Länder unterstützt haben.

Außerhalb der Entwicklungsschwerpunkte wird die Qualität der Bildungsangebote besonders im Bereich Weiterbildung/Erwachsenenbildung als zentrales Anliegen genannt. Es bestehen verschiedene Modelle der **Qualitätsentwick-**

⁹² z. B. BLK-Verbundprojekt „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“

⁹³ z. B. „NIL – Netzwerke zur Implementierung selbstgesteuerten Lernens in bestehende Träger der Erwachsenen- und Weiterbildung“ (Hessen)

⁹⁴ z. B. Meister-BaföG (Bund)

⁹⁵ z. B. Familien-Card (Thüringen)

⁹⁶ z. B. „Qualifizierungsinitiative“ (Hessen) oder „ASH 2000 - Arbeit für Schleswig-Holstein“

⁹⁷ z. B. Forschungsprojekt „Interkulturelle Kompetenzen junger Fachkräfte mit Migrationshintergrund: Bestimmung und beruflicher Nutzen“ (BIBB)

lung und Qualitätssicherung⁹⁹ unterschiedlicher Verbindlichkeitsgrade wie die Koppelung der finanziellen Förderung an Qualitätsentwicklungsprozesse oder Zertifizierung sowie gesetzliche Verankerung.

2.4.5 Ältere

Der demographische Wandel verstärkt die Notwendigkeit für Aktivitäten und Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens in dieser Lebensphase. Da der Anteil der Älteren in der Bevölkerung steigt, erhält die Frage nach der Einbindung dieser Bevölkerungsgruppe in die Prozesse des lebenslangen Lernens ein größeres Gewicht. Hier spielen sowohl arbeitsmarktpolitische Zusammenhänge als auch Fragen der aktiven Lebensgestaltung im Alter eine Rolle. Auf der Ebene der Seniorenpolitik wird dies teils in die Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Arbeitswelt integriert, teils in speziellen Studien und Workshops angegangen und mündet in konkrete Aktivitäten und Maßnahmen.

So wurde im letzten Jahr das Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) gestartet, das sich zum Ziel gesetzt hat, eine neue Verantwortungsrolle für ältere Menschen in unserer Gesellschaft zu schaffen. Berufsexperten und erfahrene Ehrenamtliche im Übergang zur nachberuflichen Phase, nach Beendigung des Erwerbslebens oder nach der aktiven Familienphase werden in drei Kursmodulen zu „SeniorTrainer/inn/en“ geschult und geben als Multiplikator/inn/en ihr Erfahrungswissen in Gemeinwesenprojekten unterstützend weiter. Hierbei geht es auch darum, generationenübergreifendes Lernen zu ermöglichen. An diesem Programm sind der Bund und die Mehrzahl der Länder beteiligt. Dieses Programm ist ein Kristallisationspunkt für die **Kompetenzentwicklung**, für die **Lernkultur** und die **Einbeziehung informellen Lernens** Älterer.

Um das Thema Beschäftigung geht es in Initiativen von Bund und Ländern, die Unternehmen und ihre Belegschaften dafür zu sensibilisieren, Strategien für eine altersgerechte und generationenübergreifende Arbeits- und Personalpolitik zu entwickeln. Dies schließt auch den Erhalt und die Rehabilitation von Gesundheit und Berufsfähigkeit ein. Hier wird der Bedarf gesehen, die Fähigkeit des Selbstlernens zu erforschen, damit Weiterbildungskonzepte für

⁹⁸ z. B. Lernende Region - Netzwerk Köln (Nordrhein-Westfalen)

⁹⁹ wie z. B. BLK-Verbundprojekt „Lernerorientierte Qualitätstestierung“, Verbraucherschutzvereine, Weiterbildungsverbände, Bildungstests (Bund und Länder)

ältere Arbeitnehmer/inn/en entwickelt werden können¹⁰⁰. Für die Anliegen des Vorruhestands finden in den letzten Jahren verstärkt konkrete Maßnahmen statt, die auch wissenschaftlich begleitet und aufgearbeitet wurden¹⁰¹.

Aktivitäten zur **Vernetzung** in der Lebensphase „Ältere“ schließen sich weitgehend den Aktivitäten für „Erwachsene“ und z.B. den Aktivitäten in den „Lernenden Regionen“ an. Es werden auch Arbeitsgruppen für die Anbieter der Seniorenbildung eingerichtet.

Lernberatung Älterer bezieht sich einerseits auf die Beschäftigung Älterer im Arbeitsmarkt. So gibt es z. B. das Projekt „na:ll neue Arbeit: leben lernen“ (Bremen). Dahinter steht ein Konzept zur Personal- und Organisationsentwicklung, in dem „Beratungsbusse“ von Betrieb zu Betrieb fahren. Die Projekte im Programm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ oder die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit greifen Beratung für ältere Arbeitnehmer/inn/en auf. Andererseits bezieht sich Beratung auf bürgerschaftliches Engagement. Das genannte Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ arbeitet mit Anlaufstellen z.B. in bestehenden Seniorenbüros; die dann ausgebildeten „SeniorTrainer/innen“ können als Lernbegleiter agieren. Das Programm ist auch ein Betrag zur **Popularisierung des Lernens** und zur **neuen Lernkultur** für Ältere.

Zielgruppen für den **chancengerechten Zugang** unter den Älteren sind in den Aktivitäten und Maßnahmen ältere Menschen mit Behinderungen und ältere Arbeitnehmer/inn/en vor allem, wenn sie in kleinen und mittleren Betrieben beschäftigt sind. Für behinderte Menschen gibt es z.B. zur Integration, Teilhabe und Selbstbestimmung sowie zum Erhalt vorhandener Fähigkeiten Angebote gemeinnütziger Bildungswerke oder auch Initiativen, um die Werkstätten für behinderte Menschen zu vernetzen. Die Zielgruppe der älteren Beschäftigten kann z.B. die Möglichkeiten der Nachqualifizierung auch über „Job-Rotation“ nutzen, wobei ihren Arbeitgebern finanzielle Förderung gewährt wird¹⁰². Zudem werden lokale Initiativen gefördert. Die ebenfalls regional verteilten Bildungsnetzwerke haben zudem das Ziel, auch für diese Zielgruppen den Zugang zu erleichtern.

¹⁰⁰ vgl. BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2003): Mittelfristiges Forschungsprogramm 2003 des Bundesinstituts für Berufsbildung. BIBB, Bonn, S. 83

¹⁰¹ vgl. Knopf, Detlef (1999): Menschen im Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand. Eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung. BMBF, Bonn

¹⁰² z.B. „Job-Rotation“ (§ 229ff. SGB III), Weiterbildung älterer Arbeitnehmer (§ 417 Abs. 1 SGB III)

Neue Medien und Internetnutzung sind auch in dieser Phase ein verbreitetes Thema¹⁰³; „biografisches Lernen“, ein Lernen anhand der Reflexion der eigenen Lebensgeschichte, wird vereinzelt angesprochen¹⁰⁴. Auch wissenschaftliche Weiterbildung spielt in unterschiedlicher Benennung (z.B. „Seniorenstudium“, „Universität des dritten Lebensalters“) in dieser Phase eine Rolle.

2.5 Evaluation – Erfahrungsberichte

Frage: *Gibt es für die angegebenen Aktivitäten eine Evaluation oder Erfahrungsberichte?*

Der Begriff der Evaluation kann unterschiedlich interpretiert werden, so wie es auch verschiedene Evaluationskonzepte – formative und summative, interne und externe Evaluation – gibt. Es ist deshalb durchaus möglich, dass die Aussage: „Maßnahmen werden grundsätzlich evaluiert“, und die Aussage: „eine systematische Evaluation findet nicht statt,“ sich inhaltlich kaum unterscheiden, weil Evaluation unterschiedlich verstanden wird.

Systematische Evaluationen beziehen sich auf besondere Modellmaßnahmen, Projekte oder bildungsbereichspezifische Versuche und Erprobungen. Die Berichte sind größtenteils veröffentlicht. In manchen Fällen wird explizit auf Begleitforschung für einzelne Förderbereiche hingewiesen. Zum Regelfall gehören zwischenzeitlich Evaluationsformen wie Auswertungstagungen und reflektierende Erfahrungsberichte.

Hervorgehoben werden ebenfalls gezielte Evaluationen ESF-geförderter Maßnahmen.

Da insbesondere Modellversuche und Innovationsprogramme im Vordergrund stehen, wird auf der Bundesebene und in Bund-Länder-Kooperation in der Regel systematisch, zu einem großen Teil auch extern evaluiert. Die Evaluationsergebnisse werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

2.6 Transfer

Frage: *Gibt es Transfererfahrungen? Welche Anstrengungen unternehmen Sie oder haben Sie unternommen, um good-practice-Beispiele in die breite Anwendung zu bringen?*

¹⁰³ z.B. „Silver Surfer“ (Rheinland-Pfalz), „Lebensbegleitendes Lernen mit neuen Medien“ (Mecklenburg-Vorpommern)

¹⁰⁴ z.B. „Lehren und Lernen im Netzwerk Weiterbildung“ (Mecklenburg-Vorpommern)

Eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit stellt eine notwendige Grundlage für Transferaktivitäten dar. Insofern ist nicht überraschend, dass die Transferbemühungen der Akteure oft in Verbindung mit dem Engagement in der Öffentlichkeitsarbeit gesehen werden. Ergebnisse aus Modellversuchen und Projekten werden durchgängig sowohl in der Fachöffentlichkeit, z.T. auch in der allgemeinen Öffentlichkeit kommuniziert. Hervorgehoben werden Präsentationen, Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Internetdarstellungen, etc. Ergebnisse und Erfahrungen schlagen sich teilweise auch in Handreichungen oder Rechtsänderungen oder Verordnungen nieder.

Darüber hinaus kommt den eher dialogisch angelegten Transferaktivitäten besondere Bedeutung zu: Fachtagungen und Beratungsgremien sowie den Transferbemühungen im Rahmen von Workshops und Verbänden.

Einzelne Länder weisen dabei ausdrücklich auf die Einbeziehung von Akteuren aus anderen Arbeitsfeldern hin (z.B. Jugendhilfe, Wirtschaft, Sozialpartner, Arbeitsverwaltung, Medien). Eine projektbegleitende wissenschaftlichen Begleitung wird als hilfreich für den Transfer bewertet. Zahlreiche Antworten legen nahe, dass zunehmend ein „systematischer Methodenmix“ zur Anwendung kommt. Eher traditionelle Information und medial gestützte Öffentlichkeitsarbeit wird mit sozial organisiertem Austausch der interessierten Akteure und deren Vernetzung verschränkt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass der Transfer und die damit verbundene Nachhaltigkeitsförderung möglicherweise auch noch weitergehender Anstrengungen bedürfen¹⁰⁵.

Auf eine solche Strategie verweisen auch Antworten auf der Bundesebene, wonach Programme zum Transfer der Ergebnisse nach Beendigung der Modellvorhaben entwickelt werden¹⁰⁶.

Als quasi präventive Transferstrategie im Zusammenhang mit Projektinitiativen kann der Hinweis verstanden werden, bei der Vergabe auf eine Konsortialbildung von Anbietern zu achten. Die Bedeutung der Fortbildungsaktivitäten, also der Professionalisierung des Personals, zur Transfersicherung wird betont. Im Rahmen der BLK-Programme wird ebenfalls über die auch von den meisten Ländern genannten transferunterstützenden Maßnahmen (Materialien, Fachtagungen, Internetpräsentationen) hinaus die Bedeutung der Fortbildung von Multiplikatoren hervorgehoben. Im Zusammenhang mit dem Pro-

¹⁰⁵ Transferprojekt für „Lernortkooperationen“ (Hessen)

¹⁰⁶ z.B. Transferprojekt für „Nationale Qualitätsinitiative im System der Tageseinrichtungen für Kinder“ (Bund)

ogramm „Lernende Regionen“ wird auf einen Transferzyklus hingewiesen: Zunächst werden Schwerpunktthemen in regionalen Workshops diskutiert und weiterentwickelt, bevor sie einer breiteren Programm- und Fachöffentlichkeit in Form von Magazinbeiträgen, Fachzeitschriftbeiträgen präsentiert werden und bevor eine bundesweite Multiplikatorenarbeit vorangetrieben werden¹⁰⁷.

Als wesentlich wird der horizontale Austausch mit anderen Programmen auf nationaler Ebene¹⁰⁸ und europäischer Ebene (z.B. ESF) angesehen. Wie von verschiedenen Ländern angesprochen wird zur Transferförderung ein gezielter Austausch mit anderen politischen Akteuren und Verbänden wie z.B. Kommunalverbänden betrieben.

¹⁰⁷ z.B. Projektträger DLR – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.

¹⁰⁸ z.B. „Schulen ans Netz“ (Bund)

3 Zusammenfassung

Die verdichtete Zusammenfassung der Umfrageergebnisse gibt einen ersten Überblick über die von Bund und Ländern unternommenen Aktivitäten zur Förderung Lebenslangen Lernens.

Die Strategie kann an umfangreiche Erfahrungen bei den Akteuren aus Politik und Verwaltung, Praxis und Wissenschaft anschließen. Aus der Vielzahl von genannten Aktivitäten, Maßnahmen und Projekten lassen sich übergreifende Konturen Lebenslangen Lernens herauskristallisieren:

1. Lebenslanges Lernen bezieht sich auf alle Lebensphasen. Die Förderung und die Weiterentwicklung Lebenslangen Lernens ist ein zentrales Thema in allen Bildungssektoren.
2. Die Förderung Lebenslangen Lernens zielt auf die Sicherstellung der Beschäftigungsfähigkeit, auf die Mitgestaltung der Gesellschaft und auf die persönliche Entwicklung.
3. Im politischen und praktischen Handeln werden zunehmend die unterschiedlichen Lernformen – formales, nicht-formales und informelles Lernen – einbezogen und integriert. Damit verbunden zielt die Förderung Lebenslangen Lernens insgesamt auf die Weiterentwicklung der Lehr- und Lernkulturen in der Bundesrepublik Deutschland.
4. Ein besonderes Anliegen ist es, selbstgesteuertes Lernen zu fördern.
5. Die Vernetzung spielt in unterschiedlicher Hinsicht eine bedeutende Rolle, um Strukturen für Lebenslanges Lernen zu verbessern bzw. zu entwickeln: zwischen den Bildungsstufen, den Lernorten, den Regionen, den unterschiedlichen Akteuren im Bildungsbereich und auch im Verhältnis der verschiedenen Politik- und Handlungsfelder.
6. Viele Maßnahmen und Aktivitäten konzentrieren sich darauf, möglichst allen in der Gesellschaft die Chancen zum Lebenslangen Lernen zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen zielt damit auf die Verbesserung der notwendigen Bedingungen für eine „lernende Gesellschaft“ insgesamt.

4 Abkürzungsverzeichnis

ABFW/QUEM	Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e.V./Projekt Qualifikations-Entwicklungs-Management
Ad-hoc-AG	Ad-hoc-Arbeitsgruppe
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
DJI	Deutsches Jugendinstitut
ECTS	European Credit Transfer System
ESF	Europäischer Sozialfonds
IFP	Staatsinstitut für Frühpädagogik
KJP	Kinder- und Jugendplan
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LLL	Lebenslanges Lernen
NA-BIBB	Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch
VHS	Volkshochschule

Anhang 2
zur Strategie für Lebenslanges Lernen
in der Bundesrepublik Deutschland

Good-practice Beispiele

Good-practice Beispiele

***Anhang 2 zur Strategie für Lebenslanges Lernen in der
Bundesrepublik Deutschland***

Im Auftrag der BLK

Bearbeitung: Barbara Dietsche

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Bonn, Juni 2004

Inhalt

<u>1</u>	<u>EINLEITUNG</u>	79
<u>2</u>	<u>LERNEN IN LEBENSPHASEN</u>	80
<u>2.1</u>	<u>Kinder</u>	80
<u>2.2</u>	<u>Jugendliche</u>	82
<u>2.3</u>	<u>Junge Erwachsene</u>	86
<u>2.4</u>	<u>Erwachsene</u>	88
<u>2.5</u>	<u>Ältere</u>	90
<u>3</u>	<u>ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE LEBENSLANGEN LERNENS</u>	92
<u>3.1</u>	<u>Einbeziehung informellen Lernens</u>	92
<u>3.2</u>	<u>Selbstgesteuertes Lernen</u>	94
<u>3.3</u>	<u>Kompetenzentwicklung</u>	96
<u>3.4</u>	<u>Vernetzung</u>	101
<u>3.5</u>	<u>Modularisierung</u>	107
<u>3.6</u>	<u>Lernberatung</u>	111
<u>3.7</u>	<u>Popularisierung des Lernens/Neue Lernkultur</u>	113
<u>3.8</u>	<u>Chancengerechter Zugang</u>	118

1 Einleitung

Auf den folgenden Seiten ist eine exemplarische Auswahl von guten Praxisbeispielen dargestellt. Sie ist den Lebensphasen und Entwicklungsschwerpunkten zugeordnet und umfasst Projekte aller Länder und des Bundes. Sie stützt sich auf Antworten zur Umfrage bei Ländern und Bund. Die Beschreibungen basieren auf in den Ländern formulierten Beschreibungen, auf Angaben der Länder und des Bundes, auf den Materialien und Hinweisen, die den Antworten beigelegt wurden und auf ergänzender, überwiegend im Internet verfügbarer Information.

Das Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ mit seinen 73 Lernenden Regionen kann darüber hinaus als übergreifende Aktivität zur Förderung des lebenslangen Lernens in der Bundesrepublik angesehen werden. Die einzelnen Regionen schließen eine Vielzahl von Teilprojekten ein. Dies gilt auch für das BLK-Modellversuchsprogramm „Lebenslanges Lernen“ mit seinen 22 Projekten.

Mit der Auswahl detaillierter Beispiele wird die Praxis zur Förderung lebenslangen Lernens konkret. Die Darstellung ergänzt in dieser Weise den **Anhang 1 Ergebnisse der Umfrage zu Lebenslangem Lernen bei Ländern und Bund**.

Eine Zusammenstellung aller in der Umfrage genannten Projekte ist eine zusätzliche Information, die der Fachöffentlichkeit zu einem späteren Zeitpunkt zugänglich sein wird.

2 Lernen in Lebensphasen

2.1 Kinder

1. Beispiel: Forschungsprojekt „Konzeptionelle Neubestimmung von Bildungsqualität in Tageseinrichtungen für Kinder mit Blick auf den Übergang in die Grundschule“

Ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Projekt am Staatsinstitut für Frühpädagogik, München, unter der Projektleitung von Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis.

Das Projekt „Konzeptionelle Neubestimmung von Bildungsqualität in Tageseinrichtungen für Kinder mit Blick auf den Übergang in die Grundschule“ wurde noch anderthalb Jahre vor Bekanntgabe der ersten Ergebnisse der OECD-PISA-Studie begonnen. Heute können die Projektergebnisse in einem Kontext erhöhter Aufmerksamkeit präsentiert werden. In allen Regionen Deutschlands wird eine breite fachliche und öffentliche Diskussion über Bildung und Bildungsqualität geführt.

Die Bildungszeit vor der Pflichteinschulung wird dabei zum ersten Mal seit den 70er Jahren wieder verstärkt in das Blickfeld gerückt. Später als in vielen anderen europäischen Ländern wird auch hierzulande über das Bildungspotenzial von Tageseinrichtungen für die 0- bis 6-Jährigen und die dafür notwendigen Ressourcen ernsthaft debattiert. Eine Reihe von Ländern hat in der Zwischenzeit bereits Bildungsprogramme für Kindertageseinrichtungen entwickelt.

Angeregt durch die Ergebnisse der Delphi-Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die 1998 vorgelegt wurde, stellte das Projekt Lern- und Bildungsprozesse in der frühen Kindheit in den Mittelpunkt der Projektkonzeption. Mit dem Projekt sollten relevante fachwissenschaftliche Forschungsergebnisse mit Blick auf kindliche Lernprozesse bis in die ersten Grundschuljahre systematisch recherchiert werden. Darüber hinaus sollten Hinweise für Handlungskonzepte zur pädagogischen Umsetzung der Forschungsergebnisse herausgearbeitet werden.

Drei Fragestellungen von praktischer und bildungspolitischer Relevanz bildeten die Grundlage der Literaturrecherchen:

- Wie können Kinder dabei unterstützt werden, ihre eigenen Lernprozesse bewusster wahrzunehmen und zu steuern? (Lernmethodische Kompetenz)

- Wie können Kinder für Alltagsanforderungen und die Bewältigung belastender Lebenssituationen gestärkt werden? (Resilienz / Widerstandsfähigkeit)
- Wie können Kinder unterstützt werden, Übergangssituationen (insbesondere den Übergang in die Grundschule) besser zu bewältigen? (Transitionskompetenz)

Ferner sollten Ergebnisse der internationalen Diskussion zur elementarpädagogischen Curriculumentwicklung einem deutschsprachigen Fachpublikum zugänglich gemacht werden.

Nach Abschluss des Projekts liegen nunmehr eine Fülle von Forschungsergebnissen vor, aus denen Konsequenzen für die fröhpädagogische Praxis und die Bildungspolitik zur Gestaltung früher und individueller Förderung (vor der Schule, während des Übergangs in die Schule und in den weiteren Grundschuljahren) gezogen werden können. Diese Ergebnisse beziehen sich (1) auf die Verbesserung der Bildungsqualität durch die Förderung von Basiskompetenzen, und (2) auf die Konzeptualisierung und Förderung von Bildungsqualität im Kontext der internationalen Curriculumsdiskussion. Sie werden in zwei Verlagspublikationen dargestellt.

Quelle	Kurzdarstellung der Projektergebnisse (10/2003); Unveröffentlichtes Projektmaterial
Ziele in Stichworten	Handlungsansätze zur Förderung von Basiskompetenzen in Kindertagesstätten
Zielgruppe	Kinder
Akteure/Träger	Erzieher/innen, Grundschullehrer/innen, Bildungsforschung
Adressen	Staatsinstitut für Fröhpädagogik, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel: 089-99825-1900/1903, http://www.ifp-bayern.de Bundesministerium für Bildung und Forschung, Heinemannstr. 2, 53175 Bonn, http://www.bmbf.de/
Publikationen	Fthenakis, W.E./Oberhuemer, P. (Hrsg.): Fröhpädagogik international. Bildungsqualität im Blickpunkt. Leske & Budrich, Opladen 2004 Fthenakis, W.E./Eirich, H./Gisbert, K./Griebel, W./Minsel, B./Niesel, R./Wustmann, C.: Konzeptionelle Neubestimmung von Bildungsqualität in Tageseinrichtungen für Kinder mit Blick auf den Übergang in die Grundschule. (in Vorbereitung)
Links	Staatsinstitut für Fröhpädagogik: Projektbeschreibung. http://www.ifp-bayern.de/cmain/a_Projekte/s_56 [Stand 2004-04-14]

2. Beispiel: Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen

Die Verständigung der Länder über Ausformung und Umsetzung des Bildungsauftrags in Kindertageseinrichtungen im Elementarbereich ist im „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ von der Jugendministerkonferenz (JMK) in Gütersloh am 13./14. Mai 2004 und von der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) am 3./4. Juni 2004 in Mainz beschlossen worden. Der eigenständige Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen als unentbehrlicher Teil des öffentlichen Bildungswesens wird durch die Auffächerung von Themenbereichen, durch Prinzipien der pädagogischen Tätigkeit, die Beschreibung von Akteursrollen und Kooperationspunkten gerahmt. „Der Schwerpunkt des Bildungsauftrags der Kindertageseinrichtungen liegt in der frühzeitigen Stärkung individueller Kompetenzen und Lerndispositionen, der Erweiterung, Unterstützung sowie Herausforderung des kindlichen Forscherdranges, in der Werteerziehung, in der Förderung das Lernen zu lernen und in der Weltaneignung in sozialen Kontexten.“ (Vorbemerkung, Gemeinsamer Rahmen)

Querschnittsaufgaben sind die Förderung der lernmethodischen Kompetenzen, die Beteiligung von Kindern bei Entscheidungen, interkulturelle Bildung, geschlechtsbewusste pädagogische Arbeit, individuelle Förderung bei Entwicklungsrisiken und Behinderung sowie bei besonderer Begabung.

Die Themenbereiche der Fortentwicklung der Maßnahmen zur Förderung der Kindertageseinrichtungen sind:

- Sprache, Schrift, Kommunikation
- Personale und soziale Entwicklung, Werteerziehung/religiöse Bildung
- Mathematik, Naturwissenschaft, (Informations-) Technik
- Musische Bildung/Umgang mit Medien
- Körper, Bewegung, Gesundheit
- Natur und kulturelle Umwelten.

Bei der Ausarbeitung von Bildungsplänen in den Ländern – es liegt eine Synopse von Seiten der JMK vor - solle Evaluation integriert und auf die adäquate Aus- und Fortbildung des Personals geachtet werden. „Im Sinne einer kontinuierlichen Bildungsbiographie, in der die individuellen Entwicklungsprozesse des Kindes unterstützt und gefördert werden, sollten insbesondere Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Eltern eng zusammenarbeiten. Die Schulfähigkeit ist als eine gemeinsame Entwicklungs- und Förderaufgabe von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu verstehen.“ (Pressemitteilung der KMK vom 04.06.2004)

Die erreichte Übereinstimmung sei „eine gute Grundlage für den weiteren Prozess der Kooperation von JMK und KMK zur Gestaltung der Übergänge und Schnittstellen zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen in den unterschiedlichen institutionellen Zuständigkeiten. Die JMK sieht für diesen Prozess gute Chancen, wenn Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bereit sind:

- voneinander zu lernen,
- auf die Passfähigkeit der Bildungsarbeit unter Wahrung der Besonderheiten der jeweiligen Altersstufen achten,
- die Übergänge von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule vermitteln und
- die Statusveränderung für die Kinder produktiv gestalten.“(JMK 2004)

Quelle	Beschluss der JMK, Pressemitteilung der KMK, Beschluss der KMK
Ziele in Stichworten	Verständigung der Länder über Gestaltung und Umsetzung des Bildungsauftrags in Kindertageseinrichtungen im Elementarbereich
Zielgruppe	Kinder, Erzieher/innen
Akteure/Träger	Bildungspolitik, Bildungsverwaltung
Adressen	Geschäftsstelle der Jugendministerkonferenz (JMK) und der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB), c/o Sozialministerium Baden-Württemberg (bis 31.12.2004), Schellingstr. 15, 70174 Stuttgart, Tel: 0711/123-3665 (-3917) Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), Lennéstr. 6, 53113 Bonn, Tel: 0228/501-0
Publikationen	JMK (Jugendministerkonferenz) (2004): Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen. Beschluss der Jugendministerkonferenz am 13./14. Mai 2004 in Gütersloh. Stuttgart http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/1024/beschluss-jmk-top5-gemeinsamer-rahmen.pdf?backend_call=true [Stand 2004-06-09] KMK (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland) (Hrsg.) (1964ff): Sammlung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Luchterhand, Neuwied
Links	Geschäftsstelle der JMK und AGOLJB: http://www.sm.bwl.de/sixcms/detail.php?id=33798 KMK: http://www.kmk.org

2.2 Jugendliche

3. Beispiel: Programm „Hands Across the Campus“

Das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) Berlin hat mit dem AJC (American Jewish Committee) in Berlin als Kooperationspartner und mit finanzieller Hilfe des entimon-Programms des Bundes die Aufgabe übernommen, das Hands-Projekt – ein in den USA entwickeltes Programm zur Demokratie- und Toleranzerziehung - für deutsche Schulverhältnisse zu adaptieren und an drei unterschiedlichen Sekundarstufenschularten exemplarisch zu erproben.

Das „Hands Across the Campus“ Projekt setzt sich aus zwei größeren Programmteilen zusammen. Im ersten Teil wird im Unterricht ein dreiteiliges Curriculum zu den Themen „Grundwerte“, „Demokratie“ und „Geschichte“ verwendet. Das Curriculum kann in den Fächern Englisch, Geschichte, Politik, Ethik/Philosophie und Deutsch eingesetzt werden. Fächerübergreifende Bezüge können darüber hinaus zu Musik und Kunst geschaffen werden. Die Inhalte sind eng mit Methoden des kooperativen Lernens verknüpft, um die Kommunikationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Der Idee des „Lernens durch Sprechen“ wird auch durch die Ausbildung von Lehrkräften und Schülern zu Mediatoren Rechnung getragen. Ebenso bietet der Austausch mit „Hands-Projektschulen“ in Berlin und den USA den Schülern vielfältige Möglichkeiten zur Kommunikation, ein Austausch, der noch zusätzlich von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziell gefördert wird.

Ein zweiter Teil des Programms steht unter dem Motto „Lernen durch Handeln“ und umfasst Angebote zum aktiven, partizipatorischen Lernen. Im „Youth Leadership Program“ und im „Service Learning“ werden Schüler so geschult, dass sie die Fertigkeit erlangen, im inner- und außerschulischen Umfeld Projekte zu planen, umzusetzen und zu evaluieren. Das Coaching der Schülervertretung an den Projektschulen zielt auf eine Stärkung der Schülerinteressen und eine Beteiligung der Jugendlichen am Schulleben ab und wird als Pilotprojekt mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Es trifft sich dabei gut, dass durch die Änderungen des Berliner Schulgesetzes die Rechte der Schülerschaft (wie auch die der Eltern) erheblich gestärkt worden sind, z.B. bei der Schulleiterwahl und in Finanzfragen.

Nach drei Jahren Laufzeit und Auswertung will das Projekt ein an praktischer Erfahrung in Berlin adaptiertes (inhaltlich und methodisch-didaktisches) Programm liefern, das anderen deutschsprachigen Schulen einen praxisnahen, kre-

ativen Beitrag zur Demokratieerziehung in Schule liefern kann. Dieses Programm wird zwei Komponenten aufweisen:

- Schularthbezogene Vorschläge zu den adaptierten Unterrichtseinheiten mit diversen methodisch-didaktischen Kommentaren und Hinweisen auf den Einsatz in verschiedenen Fächern und projektorientiert, fächerübergreifend. Dabei soll eine möglichst große Verknüpfung mit Methoden der Civic Education dargestellt werden.
- Eine Beschreibung von schulischen Maßnahmen, die das inhaltliche Programm notwendig begleiten wie Coaching der Schülerversammlung, Mediation und Konfliktlotseneinsatz, Youth Leadership Programm, Service Learning (Gemeinwesenarbeit).

Quelle	Selbstbeschreibung
Ziele in Stichworten	Demokratie- und Toleranzerziehung
Zielgruppe	Schüler/inn/en
Akteure/Träger	American Jewish Committee, Landesinstitut für Schule und Medien, Schulen, Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Laufzeit	2003-2006
Adressen	Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM), Storkower Str. 133, 10407 Berlin, Tel: 030 / 9022 – 4673, http://www.lisum.de
Links	http://www.lisum.de/Navigation/master.html?http://www.lisum.de/Navigation/Unterrichtsentwicklung/Demokratieerziehung/hands/presse/projekt/index.htm http://www.entimon.de

2.3 Junge Erwachsene

4. Beispiel: Projekt LeiLa „Passagen lebenslangen Lernens in beruflichen Qualifizierungsprozessen bildungsbenachteiligter Zielgruppen“ (2000-2004) und „Lebenslanges Lernen in der Benachteiligtenförderung im Lande Bremen“ (3/2001-2004)

„LeiLa“ erprobt durch Einsatz von Computer und Internet neue Wege, wie bildungsbenachteiligte Zielgruppen (Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene) in den berufsbiographischen Passagen

- Ausbildungsvorbereitung,
- betrieblicher und außerbetrieblicher Berufsausbildung und
- beruflicher Weiterbildung
- eine stabile Lernmotivation und Selbstlernkompetenzen erwerben können.

Modellhaft werden didaktische Interventionsstrategien und Ausbildungsmodule entwickelt und durchgeführt, die auf dem Computer als Werkzeug und neues Lernmittel beruhen. Als Arbeitsgrundlage werden Lerndefizite und vorhandene Lernkompetenzen erhoben sowie erzielte Lernerfolge überprüft und evaluiert.

Für die Stärkung des Lebenslangen Lernens in der Benachteiligtenförderung des Landes Bremen ist ein Netzwerk aufgebaut worden, welches aus berufsbildenden Schulen, Trägern der außerschulischen Berufsausbildung, Weiterbildungseinrichtungen, den Agenturen für Arbeit Bremen und Bremerhaven, dem Arbeitsressort, dem Landesinstitut für Schule und der Universität Bremen besteht.

Quelle	Selbstbeschreibung
Ziele in Stichworten	Netzwerk zur Stärkung des Lebenslangen Lernens in der Benachteiligtenförderung des Landes Bremen
Zielgruppe	Bildungsbenachteiligte Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene
Akteure/Träger	berufsbildende Schulen, Träger der außerschulischen Berufsausbildung, Weiterbildungseinrichtungen, Agenturen für Arbeit Bremen und Bremerhaven, Arbeitsressort, Landesinstitut für Schule, Universität Bremen
Laufzeit	2000 – 2004 (3/2001-2004)
Adressen	Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bildung und Wissenschaft, Remembertring 8-12, 28195 Bremen, Tel: 0421/361 4809

Publikationen	Hammer, G./Hildebrandt, Ä. /Schroer, C./Grönegreß, F. (2003): „Kompetenzgrundsteine für lebenslangen Lernen legen“ – Empfehlungen des Projektes Leila für die Passage der Ausbildungsvorbereitung. Bremen
Links	www.iaw.uni-bremen/leila www.good-practice.bibb.de www.forum-bildung.de www.blk-III.de

2.4 Erwachsene

5. Beispiel: Regionale Weiterbildungsverbände Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gibt es ein flächendeckendes Netz von mittlerweile elf regionalen Weiterbildungsverbänden mit insgesamt rund 360 beteiligten Institutionen. Ziel ist Beratung und Information über Weiterbildung; Zielgruppe sind Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Durch die freiwillige Kooperation aller Akteure der Weiterbildung wird eine umfassende Beratung und größtmögliche Transparenz der lokalen und regionalen Angebote ermöglicht. Gefördert wird das Verbundsystem von der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Neben der Verbesserung von Transparenz bieten die Verbände regionale Kommunikationsplattformen innerhalb der Weiterbildung aber auch mit den anderen Bildungsbereichen, der Beschäftigungs- und Regionalpolitik sowie Wirtschaftsförderung.

Im Gegensatz zu einer zentralen Planung des Landes realisieren die Verbände einen regionalorientierten, selbstgesteuerten Ansatz.

Die Offenheit für Weiterbildungseinrichtungen der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung ist ebenso Fördervoraussetzung, wie die einvernehmliche Verständigung auf die Leitung bzw. Moderation. Aus ihrer Mitte heraus haben die am Verbund Beteiligten eine Institution benannt, die als Moderator und Antragsteller des Verbundes fungiert. Förderfähig sind die Arbeitsprogramme mit den Schwerpunkten Information, Beratung, Kooperation und Koordination sowie Qualitätsentwicklung. Die konzeptionelle Gewichtung kann regional unterschiedlich sein. Die Verbände setzen eigene Arbeitsschwerpunkte mit Aktionen wie beispielsweise Weiterentwicklung der Internetpräsenz, Teilnahme an Messen, Entwicklung von Qualifizierungsbausteinen, regionale Werbung, Veröffentlichung von Broschüren, Bildungskonferenzen, PR- und Medien-Kampagnen, Bildungsmärkte, Weiterbildung für Weiterbildungler, Gesprächsforen, gemeinsame Kurs-Konzeptentwicklung. Service und Beratung für KMU sollen künftig verstärkt werden.

Die Arbeit der Verbände entfaltet eine nachhaltige Wirkung. Das lässt sich aus der regionalisierten Erhebung des Berichtssystems Weiterbildung (2003) ableiten. Demnach hat Lebenslanges Lernen ein ausgesprochen positives Image in Schleswig-Holstein: 96 % der Befragten glauben, dass jeder bereit sein sollte, sich ständig.

Mit der Förderung eines Institutionen-übergreifenden Konzeptes vor Ort soll die Weiterbildung als eigenständige Branche und vierte Säule im Bildungssystem gestärkt werden mit dem Ziel, die Nachfrageorientierung zu unterstützen. Im Vordergrund stehen dabei Konsens, Vielfalt, Freiwilligkeit und Pluralismus. Da die elf Verbände zusammenarbeiten, kann das gesamte Weiterbildungsspektrum des Landes dargestellt und erreicht werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Verbände kooperiert auch mit der Kommission Weiterbildung, einem von der Landesregierung berufenen Beratungsgremium.

Die Arbeit der Verbände ist angelehnt an § 27 BFQG (Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein) und wurde begleitet durch die „Evaluation des Konzeptes zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur“ (Abschlussbericht: Faulstich/Vespermann/Zeuner, 2000).

Quelle	Publikation s.u., Selbstbeschreibung in Umfrage
Ziele in Stichworten	Verbesserung von Information und Beratung, Kooperation und Koordination sowie Qualitätssicherung und Teilnehmerschutz durch die Etablierung eines flächendeckenden Netzes von Weiterbildungsverbänden
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Kleine und mittlere Unternehmen
Akteure/Träger	Regionale Weiterbildungsverbände sind freiwillige, kontinuierliche Arbeitskreise aller an der Weiterbildung beteiligten Institutionen der Region. Das heißt, dass neben den Weiterbildungseinrichtungen auch wichtige Akteure mitarbeiten wie z.B. die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, die Gewerkschaften, kommunale Institutionen, berufliche Schulen, Hochschulen, Beratungsstellen Frau und Beruf.
Laufzeit	Seit 1998. Die Förderung der regionalen Weiterbildungsverbände ist zunächst bis Ende 2004 gesichert und in der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende 2006 berücksichtigt.
Adressen	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 94, 24171 Kiel, Tel: 0431/988-0
Publikationen	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (2003): Konzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens. http://www.weiterbildung-sh.de/infonetzweiterbildung/doks/weiterbildungskonzept2003.pdf [Stand 2004-04-14], Kiel, S. 13-16
Links	http://www.weiterbildung-sh.de

2.5 Ältere

6. Beispiel: Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI)

Ziel des vom Bund gestarteten und gemeinsam mit 10 Bundesländern geförderten Modellprogramms ist es, eine neue Verantwortungsrolle für ältere Menschen in unserer Gesellschaft zu schaffen, in der sie Ehrenamtsprojekte im Gemeinwesen aufbauen und bestehende Initiativen der Freiwilligenarbeit unterstützen, beraten und begleiten. Sie sollen dabei Angebote für Freiwilligeninitiativen aller Altersgruppen unterbreiten und eine Multiplikatorenfunktion übernehmen.

Angesprochen sind Berufsexperten und erfahrene Ehrenamtliche im Übergang zur nachberuflichen Phase, nach Beendigung des Erwerbslebens oder nach der aktiven Familienphase, die ihr Erfahrungswissen als seniorTrainer bzw. seniorTrainerin weitergeben möchten.

Für die Werbung und den Einsatz dieser Interessierten sind ausgewählte örtliche Einrichtungen zuständig, z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Wissensbörsen und Selbsthilfekontaktstellen. Diese kooperieren mit überörtlichen Bildungsträgern, die für Interessenten aus mehreren örtlichen Anlaufstellen drei Kursblöcke à drei Tage durchführen, in dem die zukünftigen seniorTrainer und seniorTrainerinnen gemeinsam die Grundlage dafür ausarbeiten, dass sie ihr Wissen angemessen weitergeben können. Dazu gehören zum Beispiel Projektplanung, Gesprächs- und Verhandlungsführung, Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau einer Projektgruppe, Konfliktmanagement. Hierfür wurde ein innovatives Rahmencurriculum entwickelt, das im Projektverlauf weiterentwickelt wird. Die Kurse sind kostenfrei. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen allerdings danach für ein Engagement als seniorTrainer und seniorTrainerin zur Verfügung stehen. Hierbei werden sie von den örtlichen Anlaufstellen begleitet und unterstützt. In einigen Kommunen haben sich die seniorTrainer und seniorTrainerinnen zu selbstorganisierten „Kompetenzteams“ zusammengeschlossen.

Nach dem Kurs erhalten die seniorTrainer und seniorTrainerinnen eine Seniorenenamtskarte (Seneka). Die Seneka ist Ausweis für die Tätigkeit und bietet den erforderlichen Versicherungsschutz.

Am Modellprogramm EFI sind derzeit 10 Länder mit insgesamt 12 überörtlichen Bildungsträgern und 35 örtlichen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement beteiligt. Weitere Anlaufstellen sind kooperiert. Bis Ende der Laufzeit im Jahr 2006 werden annähernd 1.000 seniorTrainer/innen die Kurse durchlaufen haben.

Im Modellprogramm wird jährlich ein gesellschaftspolitisch relevanter Schwerpunkt gesetzt, für den gezielt seniorTrainerInnen geworben und eingesetzt wer-

den, so dass neben den frei gewählten Themen und Tätigkeiten die gesellschaftliche Bedarfslage in den Blick kommt. Themenschwerpunkte sind

2003 Internet Nutzung älterer Menschen

2004 Alt und Jung

2005 Aktivitäten im Gemeinwesen

2006 Pflegeergänzende Dienste

Ab 2004 ist der Start einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne zur Verbreitung des gesellschaftlichen Leitbildes Aktivität und Innovationskraft des Alters geplant.

Quelle	Homepage des Projekts, unveröffentlichtes Projektmaterial als Anlage zur Umfrage, Newsletter des Projekts
Ziele in Stichworten	Neue Verantwortungsrolle für die Älteren in der Gesellschaft, Nutzung des Erfahrungswissens, Beteiligung von Älteren am Gemeinwesen, Qualifizierung des Freiwilligen Engagements
Zielgruppe	Ältere Menschen, Freiwilligeninitiativen, Vereine, Verbände, Kommunale Träger
Akteure/Träger	Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Wissensbörsen, Selbsthilfekontaktstellen, überörtliche Bildungsträger, Wissenschaft, Länderministerien
Laufzeit	2002-2006
Adressen	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 53107 Bonn, www.bmfsfj.de Programmkoordination und wissenschaftliche Begleitung: ISAB-Institut, Overstolzenstr. 15, 50677 Köln, Tel.: 0221 - 41 20 94, www.isab-institut.de Prof. Dr. Burmeister, Joachim, Fachhochschule Neubrandenburg, www.fh-nb.de Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), Köln, www.isg-institut.de
Publikationen	Zwischenbericht ab Juli 2004 verfügbar
Links	http://www.efi-programm.de

3 Entwicklungsschwerpunkte Lebenslangen Lernens

3.1 Einbeziehung informellen Lernens

7. Beispiel: „lernenfürsleben - Netzwerk zur Erschließung und Integration von Lern- und Lebenswelten im Oldenburger Land“

Querschnittsaktivitäten von „lernenfürsleben - Netzwerk zur Erschließung und Integration von Lern- und Lebenswelten im Oldenburger Land“ liegen im Auf- und Ausbau von nachhaltigen Formen der Zusammenarbeit, in denen das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens insbesondere an Bildungsferne und arbeitsmarktpolitische und soziale Problemgruppen langfristig wirksam vermittelt wird. Das Netzwerk lernenfürsleben hat auch die Förderung von Anerkennung und Zertifizierung der informellen Kompetenzen im Rahmen neuer Lernkultur und Vernetzung als Thema.

Einzelne Maßnahmen sind z.B. die Entwicklung von Kriterien zur Zertifizierung informellen Lernens, der Aufbau eines Bildungsberatungsnetzes, die Einrichtung eines Bildungsservers, Kennen-Lernen-Tische, Lerncafés zur Vermittlung von Medienkompetenz, niedrigschwellige Bildungsangebote in Gemeinwesen, bedarfsgerechte Angebotsgestaltung.

Fünf modellhaft durchgeführte Teilprojekte sind:

- „Servicestelle Beratung und Lernen“ mit der Einrichtung eines Bildungsservers. Außerdem werden einheitliche Standards für die Bildungsberatung entwickelt und in Fortbildungen weiter vermittelt. Ratsuchende sollen Informationen und Hilfen bekommen, die auf ihre persönliche Situation und „individuelle Bildungslandkarte“ zugeschnitten sind.
- Die „Nachfrage und Angebotsgestaltung Bildung 2002+“ enthält die Entwicklung von modularen Angeboten nach dem in aktivierenden Befragungen gewonnenen Bedarfen.
- Das Teilprojekt „Stark für Kinder – starke Kids“ will mit lebensweltorientierten Bausteinen einen Bildungsplan für Stadtteile und ländliche Räume erstellen und umsetzen, wozu die Fortbildung von Multiplikator/inn/en gehört.
- Mobile Lerncafés im Teilprojekt „Medienkompetenz“ eröffnen Zugänge zu neuen Medien.
- „Kennen-Lernen-Tische“ mit einem individuellen Profiling werden im Rahmen einer „Landagentour“ initiiert.

Quelle	Homepage des Projekts, dort verfügbare Materialien
Ziele in Stichworten	Verbesserung der Bildungssituation in der Region Oldenburg durch Lebensweltnahe Bildungsangebote und nutzerorientierte Beratungsstrukturen.
Zielgruppe	Vor allem junge Menschen, Frauen, Migrant/inn/en, Spätaussiedler/innen, ältere Arbeitnehmer/innen und bildungsferne Gruppen im ländlichen Raum.
Akteure/Träger	43 Institutionen aus dem Bildungssektor, Arbeitsämter, Landkreise und kreisfreie Städte
Laufzeit	Seit 2002
Adressen	Netzwerkbüro lernenfürsleben, c/o VHS Oldenburg, Am Waffenplatz, 26221 Oldenburg, Tel. (0441) 21726-70
Publikationen	Netzwerk lernenfürsleben (2004): Ein Projektbericht. http://www.lernenfuersleben.de/Aktuelles/Projektbericht.pdf [Stand 2004-04-29], Oldenburg
Links	http://www.lernenfuersleben.de

3.2 Selbstgesteuertes Lernen

8. Beispiel: Flexibilisierungsbausteine und Berufswahlpass: Systematische und konzeptionelle Transferentwicklung und Strukturierung der Zusammenarbeit verschiedener Kooperationspartner (Nordverbund II)

Im Nordverbund (Hamburg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) wurde in der Projektphase 1 der Berufswahlpass entwickelt. Im Rahmen des o.g. Projektes setzen Schulen vorhergegangene Projektarbeit (länderspezifische curriculare Weiterentwicklung zur Flexibilisierung der Phase des Übergangs von der Schule in eine Berufsausbildung) fort und entwickeln Module zum verstärkten Praxisbezug, zur Förderung unterschiedlich leistungsstarker Schülerinnen und Schüler, zur Stärkung der Eigenverantwortung und Selbststeuerung der Schülerinnen und Schüler für die Entwicklung der beruflichen Orientierung durch Einführung und Arbeit mit dem Berufswahlpass.

Ziele auf der inhaltlichen Ebene:

- Entwicklung eines Leitfadens für Schulen zur Erarbeitung eines fächerübergreifenden Berufsorientierungskonzeptes für die Sekundarstufe I
- Entwicklung von Verfahren zur Feststellung und Berücksichtigung informell erworbener Kompetenzen sowie zur Bewertung der Lernleistungen an außerschulischen Lernorten
- Entwicklung systematisch curricular abgestimmter Formen der Kooperation mit Unternehmen, Berufsberatung, Jugendämtern, freien Bildungsträgern und den Erziehungsberechtigten
- Weiterentwicklung des Berufswahlpasses

Ziele auf der strukturellen und organisatorischen Ebene:

- Erprobung von Modellen zur Leistungsfeststellung und Dokumentation des Leistungs- und Entwicklungsfortschritts im Berufswahlpass
- Einbindung der Projektschulen als Multiplikatoren
- Entwicklung von Strukturen zur Systematisierung der Berufsorientierung und zur Sicherung der Entwicklung berufsorientierender Kompetenzen durch innerschulische Kooperation und außerschulische Vernetzung
- Entwicklung von Strukturen und Strategien zur dauerhaften Etablierung von berufsorientierenden und flexibilisierenden Maßnahmen als Regelangebot der Schulen
- Entwicklung von innerschulischen Informations- und Kommunikationsstrategien zur Einbindung aller Beteiligten in den Berufsorientierungsprozess

Die entwickelten Konzepte und Produkte werden auf weitere ausgewählte Zielgruppen und Regionen übertragen. Darüber hinaus werden auf struktureller Ebene bestehende Rahmenbedingungen weiterentwickelt, um die erprobten und ge-

sicherten Elemente einer neuen Lernkultur etablieren zu können. Dafür ist vorgesehen:

- Unterrichts- und Lernformen schon ab Klasse 7 mit zusätzlichen Lernangeboten an außerschulischen Lernorten erweitern und die Verzahnung mit dem beruflichen Schulwesen weiter zu entwickeln
- neue Lernbausteine zum Abbau individueller Leistungsdefizite und zur eigenverantwortlichen Organisation von Lernprozessen zu entwickeln und zu erproben
- den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt durch individuelle Gestaltung des Lernens zu Flexibilisieren
- den Berufswahlpass zur Systematisierung und Steuerung des Berufsorientierungsprozesses einzusetzen

Die für das Projekt Verantwortlichen in den jeweiligen Nordverbundländern kooperieren mit lokalen oder regionalen Partnern zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Berufsorientierung („regionalen Förderdialoge“) mit der Aufgabe, die aus den unterschiedlichen Verantwortungsbereichen bereitgestellten finanziellen, sächlichen und ideellen Ressourcen der Region zur Förderung und Verbesserung der Berufsorientierung bezüglich unterschiedlicher Zielgruppen zu bündeln. In einer abschließenden Phase wird evaluiert, ob die Zielsetzungen erreicht wurden.

Quelle	Selbstbeschreibung
Ziele in Stichworten	Unterstützung der Berufswahl
Zielgruppe	Schüler und Schülerinnen (Sekundarstufe I), Schulen und ihre Kollegien, Schulaufsicht, außerschulische Partner (Eltern, Betriebe, Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe und Jugendämter, außerschulische Bildungsträger)
Akteure/Träger	Schulverwaltung, Schulen, Leitung und Koordination des Projektes, länderweise und im Nordverbund
Laufzeit	2002 –2005
Adressen	Behörde für Bildung und Sport, B22/1-P, Hamburger Str. 31 (Gesamtkoordinator Nordverbund), 22083 Hamburg
Publikationen	Lumpe, Alfred (2003): Der Berufswahlpass – ein Instrument zum selbstorganisierten und eigenverantwortlichen Lernen. http://www.berufswahlpass.de/pdf/Aufsatz_-_Berufswahlpass.pdf [Stand 2004-04-14], Hamburg
Links	http://www.berufswahlpass.de http://nordverbund.swa-programm.de/

3.3 Kompetenzentwicklung

9. Beispiel: „Leselust im Freistaat Sachsen“

In der flächendeckenden Leseförderungskampagne, die das Sächsische Staatsministerium für Kultus gemeinsam mit der Stiftung Lesen und in Kooperation mit dem Sozialministerium zum Schuljahr 2003/04 gestartet hat, werden alle 885 Grundschulen und 180 (Modell-) Kindergärten Sachsens und im Schuljahr 2004/05 auch die Förderschulen mit Buchpaketen, Handreichungen und Materialien für Lehrkräfte und Erzieher, aktuelle Leseempfehlungen und dem Elternratgeber und Orientierungshilfe „Die besten Medien für ihr Kind“ ausgestattet.

Darüber hinaus finden neben einführenden Informationsveranstaltungen Seminare für Lehrer/innen, Erzieher/innen und ehrenamtliche Vorlesepaten/innen statt. Die Durchführung und Koordination liegt bei der Stiftung Lesen, wobei interessierte Bürger/innen für ein Netzwerk des Projekts einbezogen werden.

Flankierend wirken Presse- und Öffentlichkeitsarbeit z.B. in (regionalen) Zeitungen und auf dem sächsischen Bildungsserver. Als wissenschaftliche Begleitforschung werden Erzieher/innen und Lehrkräfte befragt und eine Studie zur Entwicklung von Lesekompetenz durchgeführt.

Quelle	Printmaterial zum Projekt, Selbstbeschreibung in der Umfrage
Ziele in Stichworten	Lesekompetenz und Lesemotivation fördern
Zielgruppe	Kinder, Eltern, Lehrende, Bürger/inn/en
Laufzeit	Seit Beginn des Schuljahres 2003/04
Adressen	Stiftung Lesen, Fischtorplatz 23, 55116 Mainz, Tel: 06131-28890-0
Publikationen	Stiftung Lesen (Hrsg.) (2002): Die besten Medien für Ihr Kind. Eine Orientierungshilfe zum Kinder-Medienmarkt. Mainz Stiftung Lesen (Hrsg.) (2003): Vorlesen – kinderleicht! Ein Leitfaden für Vorlesepatinnen und -paten. Leselust im Freistaat Sachsen. Mainz Stiftung Lesen (Hrsg.) (2003): Mit Büchertasche und Leseflagge. Die besten Ideen rund um Bücher für den Kindergarten. Eine Handreichung für Erzieherinnen und Erzieher. Mainz Stiftung Lesen (Hrsg.) (2003): Mit Bücherbox und Wörterdomino. Ideen zur Leseförderung in der Grundschule. Eine Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer. Mainz
Links	http://www.stiftunglesen.de

10. Beispiel: Verbindliche Bildungsziele und Lerninhalte in den amtlichen Lehrplänen zum „Lernen lernen“

Die Vermittlung von Lernkompetenzen ist eine Querschnittsaufgabe und wird in den Lehrplänen als Richtlinie für die Arbeit der Schulen in Bayern festgeschrieben und z.B. unter der Überschrift „Lernen lernen“ konkretisiert.

„Die zunehmende Fülle und Vielfalt neuer Informationen, das schnelle Veralten großer Wissensanteile und das gesellschaftliche Erfordernis des lebenslangen Lernens machen es auch für die Grundschule nötig, entsprechende Methodenkompetenz anzubahnen. Diese umfasst Kenntnisse, Einstellungen und Handlungsstrategien. Das eigene Lernen der Schüler soll immer wieder zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden. Dazu werden Primärstrategien (z.B. Techniken und Methoden der Organisation, der Beschaffung und Aufnahme, der Verarbeitung und Speicherung, der Weitergabe und Anwendung von Informationen) und Stützstrategien (z.B. Techniken zur Motivation und zur Konzentration bzw. Entspannung) angeboten. So sollen die Grundschüler bei der Entwicklung und Verbesserung ihrer eigenen, individuellen Lernstrategien unterstützt werden. Dabei erfahren sie, dass sich Anstrengungen und Mühen beim Lernen lohnen und dass Lernen Freude bereiten kann. Die Bereitschaft, sich auch künftig und immer wieder auf neue Lernprozesse einzulassen, wird dadurch gestärkt.“ (Lehrplan für die Grundschule in Bayern)

Die Entwicklung von Lehrplänen ist eine Daueraufgabe, die mit Hilfe der Expertise von Lehrerinnen und Lehrern unter Koordination des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung in Kommissionen geleistet wird. Ziele und Inhalte zum "Lernen lernen" sind auch im neuen Lehrplan für die Hauptschulen konsequent fortgeschrieben und altersgemäß weiterentwickelt worden. Das Ministerium setzt nach Prüfung die Lehrpläne in Kraft.

Quelle	z.B. Lehrplan für die Grundschule in Bayern: http://www.isb.bayern.de/ghs/gslehrplanteil1.pdf
Ziele in Stichworten	Vermittlung von Lernkompetenz, Lernstrategien, Lernmotivation
Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler
Akteure/Träger	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schulen, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
Laufzeit	Daueraufgabe
Adressen	Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Rosenkavalierplatz 2, 81925 München, Tel. 089 / 9214 2359

	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München, Tel: 089/2186-0
Publikationen	Lehrpläne in Bayern: http://www.isb.bayern.de/bf/isbl/index.htm
Links	http://www.isb.bayern.de/index.htm http://www.stmuk.bayern.de/km/index.shtml

11. Beispiel: INNOPUNKT Ideenwettbewerb „Qualifizierung nach Maß“

Im Mittelpunkt des 3. INNOPUNKT Ideenwettbewerbs des Brandenburger Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) steht die Netzwerkbildung zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zur vorausschauenden Qualifikationsbedarfsermittlung und passgenauen Qualifizierung, um ihre strategischen wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Unter dieser Maßgabe werden die Unternehmen mit Bildungsträgern der Region, Forschungseinrichtungen, den Arbeitnehmervertretungen und anderen Partnern (wie Arbeitsämtern, Kammern, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften etc.) in Netzwerken zusammenarbeiten. Über die Ermittlung zukünftiger Qualifikationsbedarfe und die Schaffung neuer bzw. die Anpassung vorhandener Bildungsangebote werden Weiterbildungsmaßnahmen initiiert und durchgeführt, die auf betriebliche Erfordernisse und die Belangen der Beschäftigten zugeschnitten sind. Entsprechend der INNOPUNKT Logik sind die Netzwerkinitiativen nachhaltig angelegt und tragen sich nach dem Förderungszeitraum von zwei Jahren selber.

Die Preisträger des Programms sind folgende Projekte:

- „HAMLET - Handlungskompetenz und Agieren auf neuen Märkten durch Lernen aus Erfahrung und Theorie“ ist eine Qualifizierung von Mitarbeiter/in/en aus 30 KMU für den polnischen Wirtschaftsmarkt. In 150 Stunden, verteilt auf zehn Monate, wurde ein mit den Unternehmen erstellter Qualifizierungsplan realisiert. Zur Informationsübermittlung wurden vorrangig das Internet, Videoaufzeichnungen, Info-Hotlines und das persönliche Expertengespräch genutzt.
- Das „Beratungsnetzwerk für Initiativen zur vorausschauenden Qualifikationsbedarfsermittlung und passgenaue Qualifikation in KMU der optischen Industrie der Region Havelland“ arbeitete mit 25 KMU der Branche Feinmechanik, Augenoptik.
- „QLU - Qualifikationsentwicklung im Lausitzer Unternehmensnetzwerk“ (www.kowa-cottbus.info) hatte einen besonderen Schwerpunkt auf Netzwerken.
- Das praktische Ziel von „Fit for Future“ (<http://www.innopunkt-fitforfuture.info>) war ein nachhaltiger Beitrag zur zukunftsorientierten Qualifikation der Mitarbeiter/innen von KMU des brandenburgischen Gesundheitstourismus mittels innovativer Maßnahmen. Wissenschaftliche Ziele waren eine fundierte Analyse des themenrelevanten Qualifizie-

rungsbedarfs sowie der Ausbau eines fortschreibbaren Erfassungssystems für den Arbeitsmarkt.

- Das „Netzwerk IUKEB - Integrierte Unternehmens- und Kompetenzentwicklung“ (<http://www.iukeb.de>) arbeitete mit Coaches, die sowohl den Unternehmer und die Unternehmerin strategisch beraten als auch die Mitarbeiter/innen bis zum einzelnen Arbeitsplatz qualifizieren können, und die eine Modernisierungs- und Qualifizierungsbedarfsanalyse durchführten. Die darauf aufsetzende Planung wurde vor Ort durch den Coach bis zum Abschluss umgesetzt.
- „Innovative Qualifizierung im Netzwerk – Punktgenau für KMU“ (www.INNOQ-KMU.de)

Quelle	Homepage der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH, Selbstbeschreibung in der Umfrage
Ziele in Stichworten	Vorausschauende Qualifikationsbedarfsermittlung, passgenaue Qualifizierung
Zielgruppe	Beschäftigte in KMU
Akteure/Träger	Unternehmen, Bildungsträger der Region, Forschungseinrichtungen, Arbeitsagenturen, Arbeitnehmervertretungen, Arbeitgeberverbände, Kammern
Laufzeit	2001 – 2003
Adressen	LASA Brandenburg GmbH, Wetzlarer Str. 54, 14482 Potsdam, Tel.: 03 31 – 6 00 22 00,
Links	http://www.lasa-brandenburg.de www.innopunkt.de

3.4 Vernetzung

12. Beispiel: Projekt „Lehren und Lernen im Netzwerk Weiterbildung“

Zielstellung ist der Aufbau eines funktionsfähigen, offenen Lernnetzwerkes mit kommunalen und freien Trägern der Weiterbildung zum Zwecke der Initiierung und Steuerung gemeinsamer Lehr- und Lernprozesse, neuer Lernarrangements und Lernkulturen, Erarbeitung von Konsequenzen lebenslangen Lernens für die strukturelle und organisatorische Entwicklung der institutionellen Weiterbildung. Schwerpunkte sind dabei Beteiligungslernen, biografisches Lernen, generationsübergreifendes Lernen, selbstgesteuertes Lernen, Lernkooperationen zwischen Schule und Weiterbildung, neue Lernfelder, neue Lernorte, Lernen mit neuen Medien, von anderen Kulturen lernen.

Die Netzwerkakteure agieren in drei bis sechs sich wechselseitig beeinflussenden Themenfeldern wie etwa Medienkompetenz entwickeln, Erinnern und Gegenwart gestalten, Handlungsstrategien für geschlechtergerechte Weiterbildung entwickeln. Es wurden anhand dieser Themenfelder Initiativen und (internationale) Veranstaltungen durchgeführt.

GenderMainstreaming wird in Bezug auf Lernen und Weiterbildungsorganisationen als Querschnittsaufgabe konsequent bearbeitet und exemplarisch werden die identifizierten Schritte eines Gender-Mainstreaming-Prozesses seit Herbst 2002 umgesetzt.

Im April 2000 benannten die Projektbeteiligten Produkte, die im Verlaufe des Projektes entstehen können: Erfahrungsberichte, Zukunftsvisionen, neue Weiterbildungsangebote, alte Angebote in neuer Qualität, organisatorische Tipps, Reflexionen, die zum Nachdenken und Nachahmen anregen, Prozess- und Produktbeschreibungen, Modelle, Informationsstrukturen, Strukturveränderungen. Bereits existierende Produkte und Transferprozesse zeigen, dass sich die Heterogenität der Projektanlage und der Profile der beteiligten Partner/innen insbesondere für die Entwicklung und Implementierung von Lernangeboten sowie deren Nutzung durch Multiplikator/innen und „Endnutzer/innen“ als fruchtbar und nachhaltig erweist. Das Netz der Partnerinnen und Partner ist seit Projektbeginn von 12 auf 25 angewachsen. Mitarbeiter/innen von Kindertagesstätten nutzen die Gelegenheit zur Qualifizierung ebenso wie Lehrer/innen und Mitarbeiter/innen aus der außerschulischen Jugendarbeit und Kolleg/innen aus Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern.

Dieses Projekt findet im Rahmen des BLK-Modellversuchsprogramms „Lebenslanges Lernen“ statt.

Quelle	Selbstbeschreibung aus der Umfrage, Homepage des Projekts und Berichte auf der Homepage des „Modellversuchsprogramms Lebenslanges Lernen“
Ziele in Stichworten	Aufbau eines offenen Lernnetzwerks zum Zweck der Initiierung und Steuerung gemeinsamer Lehr- und Lernprozesse, neuer Lernarrangements und Lernkulturen. Erarbeitung von Konsequenzen lebenslangen Lernens für die strukturelle und organisatorische Entwicklung der institutionellen Weiterbildung.
Zielgruppe	an den Themen Interessierte Bürger/innen und Mitarbeiter/innen von Bildungseinrichtungen
Akteure/Träger	Kommunale und freie Träger der Weiterbildung, der außerschulischen Jugendbildung, andere Netzwerke
Laufzeit	2000 - 2005
Adressen	Koordination: Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Bertha-von-Suttner Strasse 5, 19061 Schwerin, Tel.: 0385-3031556
Publikationen	Inter-kulturelle Netzwerke, Symposium am 14.09.2002 im Mecklenburgischen Künstlerhaus Schloss Plüschow, Dokumentation
Links	www.netzwerk-mv.com

13. Beispiel: „Bildungsverbund im Gesundheitssektor“

Im Rahmen des BLK-Modellversuchsprogramm "Lebenslanges Lernen" wurde 2001 der Bildungsverbund im Gesundheitssektor (BiG) gegründet, in dem eine Vielzahl von Verbundpartnern aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen gemeinsam neue Kooperationsstrukturen nutzen und die Bedingungen für die Weiterbildungsarbeit in Sachsen-Anhalt unterstützen.

Eine Aufgabe des BiG ist, Lebenslanges Lernen zu verbessern, die Wirtschaft, insbesondere die Gesundheitswirtschaft, in den Weiterbildungsprozess zu integrieren und insgesamt der Weiterbildung neue Impulse zu geben. Dies ist erforderlich, da Weiterbildung nicht länger auf die sich rasant entwickelnden Prozesse des Marktes nur reagieren darf, sondern frühzeitig agieren sollte, um diese Entwicklung aktiv mit zu gestalten. Diese Zielsetzung erfordert, dass die Kooperation zwischen potentiellen Bildungsanbietern gestärkt wird, um ein gemeinsames und strukturiertes Handeln in der Weiterbildung zu erreichen.

Als Instrumente der Umsetzung wurde ein Lenkungsgremium, welches sich aus Vertretern des Verbundes zusammensetzt, ins Leben gerufen. Dieses Gremium hat die Aufgabe, mit seinen unterschiedlichen Fachvertretern den Bildungsverbund bedarfsgerecht und am Nutzer orientiert zu steuern.

Bisherige Arbeitsergebnisse des BiG liegen in einer erfolgreich angelaufenen Kooperation der 46 Verbundpartner, der Schaffung von mehr Transparenz hinsichtlich der Weiterbildungsangebote und in einer Aufdeckung von Defiziten in der Weiterbildungslandschaft.

Als Ergebnisse hier sind themenbezogene Arbeitsgruppen zu sehen, die die Aufgaben hatten, den Aufbau einer Weiterbildungsdatenbank, die Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten, Zertifizierung und Entwicklung von Qualitätsstandards, die Einsatzmöglichkeiten von Lernmodulen sowie eine Veränderung/Erweiterung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Weiterbildung für alle Bevölkerungsschichten zu entwickeln, bzw. Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erweitern bzw. zu verändern bedeutet, auch politische Strukturen für lebenslanges Lernen zu sensibilisieren. Die Forderung, von den Bildungsanbietern unterschiedlicher Couleur, nach einem Weiterbildungsgesetz für Sachsen-Anhalt, nahm die Arbeitsgruppe zum Anlass, eine Sachstandsanalyse der Weiterbildung hier im Lande zu erarbeiten. Hier ist der Prozess noch nicht abgeschlossen. In der derzeitigen Planung ist vorgesehen,

allen Interessenten dazu eine Zusammenfassung Anfang 2004 zur Verfügung zu stellen.

Quelle	Projektbeschreibung auf der Homepage des BLK-Modellversuchprogramms „Lebenslanges Lernen“ und Homepage des Projekts
Ziele in Stichworten	Transparenz durch Bündelung der Bildungsangebote
Zielgruppe	Gesundheitsbildner
Akteure/Träger	Verbundpartner aus Gesundheitssektor und Weiterbildungswesen
Laufzeit	2001 - 2005
Adressen	Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Projekt "Lebenslanges Lernen", Brandenburgerstr. 9, 39104 Magdeburg
Links	http://www.big-bildung.info

14. Beispiel: „Sprachnetzwerke in Grenträumen“

Das Projekt verfolgt das Ziel, im Grenzraum Saarland-Lothringen in Kombination von Projektarbeit, Internet und Begegnungspädagogik zum Sprachenlernen zu motivieren. Dabei werden grenzüberschreitend gemeinsame Produkte (Lieder, Filme...) in alters- und adressatenadäquaten Lernsituationen geschaffen. Die Jugendlichen werden so z.T. spielerisch an die Sprache des Nachbarn und die Mediennutzung herangeführt. Es wird untersucht, ob eine entsprechende Projektarbeit bei der Zielgruppe greift und im Alltag praktikabel ist und unter welchen Bedingungen computergestützte Lehrangebote und -projekte zur Akzeptanz lebenslangen Lernens bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen führen. Die daraus abgeleiteten Didaktisierungen werden gegenwärtig für einen Transfer aufbereitet.

Produkte sind z.B. das Teilprojekt „Patricia Kaas“ (im Rahmen eines Projektwettbewerbs zum Europäischen Jahr der Sprachen ausgezeichnet), CD-ROM Kulturpark Bliesbrück-Reinheim, Kurzfilme wie „Une fille de l'est“ (Patricia Kaas), „La peur, L'ogre, Le libre arbitre“ (Kulturpark Bliesbrück-Reinheim), „Le rythme et la voix“ (Gesamtschule Bexbach), der Tagungsband „Des langues et des médias – Sprachen und Medien“ (Presses Universitaires de Grenoble), der Reader „Interkulturelles Sprachenlernen heute. Begegnungsdidaktik und Neue Medien - Überlegungen, Berichte und Praxisbeispiele aus Schule und Weiterbildung“ sowie Beiträge im deutschen und französischen TV, Presse- und Fachveröffentlichungen. In Vorbereitung ist „Sprachnetzwerke in Grenträumen – ein Lesebuch“.

Quelle	Homepage des Projekts, Publikation s.u., Projektbeschreibung/-bericht auf Homepage des BLK-Modellversuchsprogramms „Lebenslanges Lernen“
Ziele in Stichworten	Ältere bildungsbenachteiligte Jugendliche im Grenzraum Saarland/Lothringen an die jeweilige Nachbarsprache führen, neue Sprachnetzwerke in Grenträumen, Übergang von Schule zur Weiterbildung verbessern
Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler
Akteure/Träger	Volkshochschule des Stadtverbandes Saarbrücken, Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) des Saarlandes, Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes
Adressen	Projekt „Sprachnetzwerke in Grenträumen“, c/o Landesinstitut für Pädagogik und Medien, Beethovenstr. 26, 66125 Saarbrücken, Tel.: (0049) 6897 / 7908 - 153

Publikationen	Projekt „Sprachnetzwerke in Grenzräumen“ (Hrsg.) (2003): Interkulturelles Sprachenlernen heute. Begegnungsdidaktik und Neue Medien. Überlegungen, Berichte und Praxisbeispiele aus Schule und Weiterbildung. Saarbrücken
Links	http://www.lpm.uni-sb.de/sig/

3.5 Modularisierung

15. Beispiel: „Management im Handwerksbetrieb“ (MIH)

Angesichts der zunehmenden Integration Europas vor allem im wirtschaftlichen Bereich werden auch im Handwerk immer mehr hochqualifizierte Fachkräfte benötigt. Die Zusatzausbildung "Management im Handwerksbetrieb" (MIH) dient dem Erwerb von betriebswirtschaftlichen Führungsqualifikationen und vermittelt den Teilnehmern Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie befähigen sollen, den ständig steigenden beruflichen Anforderungen -gerade auch hinsichtlich der immer intensiveren internationalen Verflechtungen - gerecht zu werden.

So ermöglicht das Angebot „Management im Handwerksbetrieb“ die Qualifizierung für Tätigkeiten zur Unterstützung der Unternehmensleitung in Managementaufgaben bei allen wichtigen Steuerungs- und Abwicklungsaufgaben zwischen Praxis / Technik und Verwaltung oder zur Übernahme von Führungsaufgaben in den Bereichen Rechnungswesen, Buchführung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Arbeits- und Vertragsrecht, Datenverarbeitung.

Die Ausbildung erfolgt im Dualen System (Betrieb und Schule); Zugangsvoraussetzung für diese Zusatzqualifikation ist die Hochschulreife. Deshalb kann in der Berufsschule der Unterricht in den allgemeinen Fächern Deutsch, Gemeinschaftskunde und Wirtschaftskunde entfallen. Die Auszubildenden besuchen dafür den Unterricht in den Fächern Management (3 Std.), Technisches -und Wirtschaftsenglisch (2 Std.) sowie Computeranwendungen. Diese Fächer werden berufsübergreifend unterrichtet.

Der Aspekt der Modularisierung wird besonders deutlich daran, dass der Abschluss „Betriebsassistent im Handwerk“ (Zertifikat der Handwerkskammer) für weitere Bildungsgänge verwertbar ist. So wird bei der Fortbildung zum Meister die Qualifikation zum Betriebsassistenten als Teil III der Meisterprüfung anerkannt. MIH ist u.a. geeignet als Vorbereitung für die Fortbildung zum Betriebswirt des Handwerks, zum staatlich geprüften Techniker sowie zum staatlich geprüften Betriebsmanager im Handwerk.

Quelle	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (23.03.2000): Berufsfeldübergreifendes Zusatzangebot (Management im Handwerksbetrieb) für Handwerkslehrlinge und Schüler der einjährigen gewerblichen Berufsfachschule mit Hochschulreife. Stuttgart Homepages von u. g. Schulen
Ziele in Stichworten	Differenzierte Qualifizierung für das Management im Handwerk

Zielgruppe	Auszubildende mit Abitur
Akteure/Träger	Berufsbildende Schulen
Laufzeit	Seit 1993 mit Neufassungen
Adressen	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Schloßplatz 4, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/279-0
Links	z.B. Claude-Dornier-Schule: www.cds.fn.bw.schule.de , Friedrichshafen Friedrich Weinbrenner Gewerbeschule: www.fwg.fr.bw.schule.de , Friedrichshafen Gewerbliche Schule Im Hoppenlau: http://www.hoppenlau.s.bw.schule.de/ , Stuttgart

16. Beispiel: „Tanja - Teilqualifikationen als Angebot für jugendliche Arbeitslose zum Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung“

Mit dem Modell „Tanja“ wird ein System von arbeitsmarktgängigen Teilqualifikationen angeboten: berufsbezogene Ausbildungseinheiten zwischen 6 und 12 Monaten Dauern, deren Inhalte im wesentlichen aus den entsprechenden Ausbildungsordnungen abgeleitet sind.

Ausformuliert wurden Inhalte für die Bereiche Lagerwirtschaft/Staplerfahrer/-in, Gastgewerbe/Küche, Gastgewerbe/Service, Metall/Metallbe- und -verarbeitung, Handel/Verkauf, Verwaltung/Büro.

Zielgruppe hierfür sind noch nicht ausbildungsreife Jugendliche und junge Erwachsene, die auf dem Weg über diese Teilqualifikation die Chance auf Einstieg und Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erhalten sollen. Diese Zielgruppe wird in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung ermittelt und gefördert. Dazu zählen z.B. berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag ebenso wie Jugendliche, die aufgrund ihres bisherigen Werdegangs und negativer Erfahrungen von sich aus keinen Versuch zur Aufnahme einer Ausbildung mehr machen würden. Von essentieller Bedeutung ist dabei der zentrale Lernort Betrieb und damit die Möglichkeit, den Jugendlichen nicht nur einen Weg in die Praxis sondern auch realistische Verbleibchancen zu eröffnen. Die Qualifizierung erfolgt auf der Basis eines Praktikumvertrages. Für die Durchführung müssen gesetzte Standards eingehalten und nachgewiesen werden. Für den betrieblichen Teil sollen auch Unternehmen gewonnen werden, die bislang noch nicht ausgebildet haben. Der erfolgreiche Abschluss der Maßnahme wird von Träger, Betrieb und ggf. Berufsschule bestätigt; auf dieser Grundlage stellt die IHK eine Bescheinigung aus.

Für eine anschließende oder spätere Ausbildung kann die Teilqualifikation – den Besuch der Berufsschule und das Einverständnis des Ausbildungsbetriebes vorausgesetzt - auf die Ausbildungszeit angerechnet werden. Die Partner des Modells „Tanja“ gehen davon aus, dass in der Regel eine Anrechnung erfolgt. In diesem Sinne werden die Betriebe aufgefordert, die Jugendlichen von vornherein wie (potenzielle) Auszubildende zu betrachten, zu behandeln und zu fordern. Von den Berufskollegs wird dieser Ansatz dadurch mitgetragen, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Maßnahme die Möglichkeit offen steht, in die entsprechenden Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung aufgenommen zu werden.

Quelle	DGB Bildungswerk NRW e.V. (Hrsg.) (2003): Beispiele Guter Praxis im Übergangsfeld Schule-Beruf. Eine Sammlung für die Region Westfalen-Lippe. http://www.alle-lernen.net/download/gutepraxis.pdf [Stand 2004-04-29], Recklinghausen, S. 77f; Homepage der IHK Nord Westfalen, u. g. Publikation
Ziele in Stichworten	Erwerb von arbeitsmarktgängigen Teilqualifikationen zur Einmündung in Ausbildung bzw. Beschäftigung
Zielgruppe	Jugendliche mit besonderem Förderbedarf
Akteure/Träger	Ausbildungsbetriebe, Arbeitsverwaltung, Bildungseinrichtungen, Handwerkskammer, IHK
Laufzeit	Beginn 2003, Dauer der Maßnahmen 6-12 Monate
Adressen	IHK Nord Westfalen, Rathausplatz 7, 45894 Gelsenkirchen
Publikationen	IHK Nord Westfalen (Hrsg.) [o.J.]: Tanja - Teilqualifikationen als Angebot für jugendliche Arbeitslose zum Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung. Leitfaden zur Umsetzung. http://www.ihk-nordwestfalen.de/berufsbildung/bindata/Tanja_28062002komplett.pdf [Stand 2004-04-29], Gelsenkirchen
Links	www.ihk-nordwestfalen.de

3.6 Lernberatung

17. Beispiel „Eltern als Berufswahlbegleiter“

„Eltern als Berufswahlbegleiter“ richtet sich an die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse Hauptschule / 8. Klasse Realschule. Ende dieses Schuljahres oder zu Beginn des nächsten - direkt vor Beginn der Berufswahlphase - werden die Eltern über die Schulen zu einer schulübergreifenden Veranstaltung eingeladen.

In einem einleitenden Plenum werden den Eltern von den regionalen Akteuren der Berufsorientierung die Gründe für die Aktion vorgestellt und ihnen der Stellenwert des Elternengagements verdeutlicht. Der Elternpass wird vorgestellt.

In einer Workshop-Phase werden wichtige Themen der Berufsorientierung und Berufswahl mit Blick auf die Handlungsmöglichkeiten der Eltern und ihre aktuellen Fragen gemeinsam mit den Akteuren der Region direkt bearbeitet. Die Eltern lernen die künftigen Ansprechpartner ihrer Kinder kennen und erfahren für sie wichtige Termine (Ausstellungsmesse, etc.). An einem Informationstisch werden Materialien zum Thema zur Verfügung gestellt. Die Schulen der Region können die Veranstaltung für einen Workshop zum Austausch über ihre Berufswahlaktivitäten nutzen.

In einem Abschlussplenum werden die Ergebnisse aus den Workshops zusammengeführt und die Eltern ermutigt, mit ihren Kindern den Berufsfindungsprozess zu starten.

Eine Kombination aus einer schulübergreifenden Elternveranstaltung „Eltern als Berufswahlbegleiter“ mit einem „Elternpass zur Berufswahl“ kann beide Ziele - Motivation und Information der Eltern - erreichen:

- Ein persönlicher Kontakt ermöglicht es, den Eltern die Bedeutung ihrer Rolle als Berufswahlbegleiter neu nahe zu bringen und Hemmschwellen abzubauen.
- Die Eltern erhalten von den Experten ihrer Region einen Überblick über ihre Möglichkeiten zur Unterstützung.
- Der „Elternpass zur Berufswahl“ kann als Leitfaden und Erinnerungstütze für die Berufswahlaktivitäten der Eltern mit ihrem Kind dienen.

Das Konzept wird seit 2002 in Worms erfolgreich durchgeführt: Kammern, Arbeitsverwaltung, Kommune, Unternehmen und Schulen haben die Veranstaltung und den Elternpass entwickelt und erprobt. Derzeit werden wegen des großen

Bedarfs dort jährlich drei Veranstaltungen durchgeführt. Außerdem wird das Konzept landesweit in weiteren Städten implementiert.

Arbeit & Leben gGmbH bietet in Rheinland-Pfalz Unterstützung bei der Anpassung, Koordination, Organisation und Durchführung des Konzeptes an.

Quelle	Homepage s.u.
Ziele in Stichworten	Handlungsorientierung und Beratung für den Berufsfindungsprozess: Die Bedeutung der elterlichen Begleitung während der Berufswahlphase ihrer Kinder muss den Eltern verstärkt deutlich werden. Die Eltern müssen über ihre Möglichkeiten zur Unterstützung ihrer Kinder informiert werden, damit sie ihre Kinder begleiten können.
Zielgruppe	Jugendliche und Eltern
Akteure/Träger	Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz, Schulen
Laufzeit	Seit 2002
Adressen	ARBEIT & LEBEN Rheinland-Pfalz gGmbH, Gesellschaft für Beratung und Bildung, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: (0 61 31) 140 86-0
Publikationen	Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2002): Eltern als Berufswahlbegleiter. Eltern begleiten ihre Kinder. Eine Dokumentation der Wormser Initiative im Mai und Juni 2002. http://www.arbeit-und-leben.de/download/-eltern_als_berufswahlbegleiter.pdf [Stand 2004-04-29], Mainz
Links	http://www.arbeit-und-leben.de/htm/04_projekte/-landeu/projekte_landeu_eltern.htm

18. Beispiel: Projekt „InfoWeb Weiterbildung“

Das InfoWeb Weiterbildung (IWWB) ist ein vom Bund gefördertes Projekt, das unter der Internetadresse <http://www.IWWB.de> ein Informationsportal für den gesamten Weiterbildungsbereich entwickelt. Ziel des Projekts ist es u.a., den Zugang zu den inzwischen in über 100 regionalen, überregionalen und fachbezogenen Weiterbildungsdatenbanken gespeicherten Informationen zu vereinheitlichen und so zur Transparenz in der Weiterbildung beizutragen. Neben dieser „materiell-virtuellen“ Zielsetzung wird ein kommunikatives Netzwerk aller relevanten Akteure im Bereich der Weiterbildungsinformation aufgebaut, das einerseits die Basis für die Informationsdienstleistungen des Projekts bildet, andererseits aber auch den Boden für die weitergehenden qualitätssichernden Aspekte der Projektarbeit wie z.B. die Standardisierung von Weiterbildungsinformationen in Zusammenarbeit mit dem DIN e.V. und der Stiftung Warentest bereitet.

Zu diesem Netzwerk, dessen Akteure sich halbjährlich im Steuerungsgremium des IWWB sowie in themenbezogenen Arbeitsgruppen zusammenfinden, gehören neben dem BMBF und dessen DLR-Projekträger (für die Lernenden Regionen), der Bundesagentur für Arbeit, dem DIHKT, dem Deutschen Volkshochschulverband, der ZfU und dem Fernschulverband, dem AUW, dem DIPF, dem BIBB, dem DIE und der Stiftung Warentest die Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten kommerziellen und nicht-kommerziellen Weiterbildungsdatenbanken in Deutschland.

Kern des Portals, das sich an private Weiterbildungsinteressierte und Unternehmen richtet, ist eine Echtzeit-Meta-Suchmaschine für den gesamten Weiterbildungsbereich. Durch die verwendete Cache-Technologie kann mit einer einfachen Suchabfrage in den Informationssystemen zur beruflichen, allgemeinen, politischen und demnächst auch der wissenschaftlichen Weiterbildung gesucht werden. Die gefundenen Angebote werden unabhängig von der Fundstelle nach Signifikanzen gerankt und einheitlich und übersichtlich dargestellt. Durch eine Verlinkung mit den Quelldatenbanken können Interessierte dorthin wechseln und sich detailliert informieren.

Die Suchfunktionalität des IWWB wird unabhängig von der Website allen im Aus- und Weiterbildungsbereich engagierten Internetanbietern zur Verfügung gestellt und lässt sich mit selbst konfigurierbaren Suchbannern problemlos in jede beliebige Website integrieren. Damit wird eines der Ziele des Projekts realisiert, nämlich unabhängig von der Kenntnis der jeweils „richtigen“ Internetadresse über eine beliebige Anlaufstelle eine Suche über den gesamten Weiterbildungsbereich

zu ermöglichen. Die Aktualität der Informationen wird durch technische Schnittstellen vor dem Hintergrund von Kooperationsvereinbarungen sichergestellt. Neben der Metasuchmaschine sind in das IWWB-Portal auch Datenbanken über weiterbildungsrelevante Fördermöglichkeiten und Beratungsstellen sowie eine Datenbank über Weiterbildungsberufe integriert. Dadurch können nicht nur die passenden Weiterbildungsangebote, sondern auch Möglichkeiten zur persönlichen Beratung und zur eventuellen Förderung der Weiterbildungsaktivitäten gefunden werden. Weitere Bereiche des Portals informieren über aktuelle Veranstaltungen und Themen im Weiterbildungsbereich, Qualitätskriterien, die Bildungsurlaubsregelungen aller Länder sowie Informationsserver zur Lehrerfortbildung.

Die Aktivitäten des IWWB haben sich im Projektverlauf ausgeweitet. So wurde 2003 in Kooperation mit der Stiftung Warentest schon die zweite Online-Umfrage zur Nutzung von Weiterbildungsdatenbanken durchgeführt. Das Projekt hat zusammen mit der Stiftung Warentest die Entwicklung zur Vereinheitlichung und Standardisierung von Informationen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich initiiert. Inzwischen sind die Vorarbeiten zu einer der ersten DIN-PAS (Publicly Available Specification) im Dienstleistungssektor weitgehend abgeschlossen, unter den Mitgliedern des InfoWeb-Netzes ist Konsens darüber hergestellt worden und für den Herbst 2004 ist die Veröffentlichung im DIN e.V. zu erwarten. Damit werden dann Standards für die notwendigen Informationen über Weiterbildung und für konkrete Schnittstellen zum Datenaustausch (erarbeitet u.a. mit dem Fraunhofer IAO/Stuttgart) vorliegen. Aufgrund des breiten Konsenses aller Akteure haben diese Standards gute Durchsetzungschancen.

Quelle	Projekt-Website
Ziele in Stichworten	Vereinheitlichung des Zugangs zu Informationen in regionalen, überregionalen und fachbezogenen Weiterbildungsdatenbanken; Informationsportal für den gesamten Weiterbildungsbereich; Verbesserung der Transparenz von Weiterbildungsangeboten
Zielgruppe	Weiterbildungsinteressierte
Akteure/Träger	Büro für Beratung und Projektentwicklung; Netzwerk mit Steuerungsgremium (BMBF, DLR, Bundesagentur für Arbeit, DIHKT, Deutscher Volkshochschul-Verband, ZfU, Forum DistancE-Learning, AUW, DIPF, BIBB, DIE, Stiftung Warentest sowie Betreiber relevanter kommerzieller und nicht-kommerzieller Weiterbildungsdatenbanken in Deutschland)
Laufzeit	2002–2004

Adressen	Wolfgang Plum, Büro für Beratung und Projektentwicklung, 20253 Hamburg, Eppendorfer Weg 180, Tel: (040) 420 28 49, eMail: info@iwwb.de
	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Heinemannstr. 2, 53175 Bonn, Tel: 0228/57-0
Publikationen	Plum, Wolfgang (2003): Präsentation der Ergebnisse der Online-Nutzerbefragung 2003 http://projekt.iwwb.de/Steuerungsgremium/Praesentation%20Online-Befragung%202003%20Steuerungsgremium.ppt [Stand 2004-04-29], Hamburg
	Voß, Jürgen (2003): Nutzungsrechte an Weiterbildungsdatenbanken als Vernetzungsinstrument http://projekt.iwwb.de/Steuerungsgremium/J_Voss_Fazit_OS-Linzenz_03.pdf [Stand 2004-04-29], Hamburg
	Plum, Wolfgang (2001): Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Projekt InfoWeb Weiterbildung http://projekt.iwwb.de/Steuerungsgremium/Ergebnisbericht_Machbarkeitsstudie.doc [Stand 2004-04-29], Hamburg
Links	http://projekt.iwwb.de/ http://www.iwwb.de/metasuche/

3.7 Neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens

19. Beispiel: Programm „Qualifizierungsoffensive Hessen“

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) stehen auch zukünftig vor der Aufgabe, auf technologische, organisatorische und ökonomische Veränderungen reagieren zu müssen, um konkurrenz- und innovationsfähig zu bleiben. Wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe sind eine kontinuierliche und zielgerichtete Weiterbildung und Lebenslanges Lernen. Die Qualifizierungsoffensive Hessen will im Kontext einer mittelstandsorientierten Wirtschaftsförderung kleine und mittelgroße Unternehmen in Hessen bei der Bewältigung dieser Aufgaben nachhaltig zu unterstützen. Entsprechend der komplexen Zielsetzung „Steigerung der Weiterbildungsbereitschaft und Erhöhung der Qualifizierungsaktivitäten in KMU“ wird die „Qualifizierungsoffensive Hessen“ in drei sich ergänzende Aktionslinien unterteilt:

AktionsLinie 1 „Lernende Regionen“: In diesem Aktionsfeld soll aktiv auf kleine und mittlere Betriebe in den Regionen zugegangen werden. Ziel ist es branchenübergreifende und regionalspezifische Unterstützungs- und Informationsstrukturen aufzubauen und zu festigen sowie bedarfsgerechte überbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten und durchzuführen. Hier arbeiten sogenannte Qualifizierungsbeauftragte bei Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie sind die Schnittstelle zwischen den Betrieben vor Ort und der Qualifizierungsoffensive Hessen.

AktionsLinie 2 „Zukunftsthemen“: Zur Steigerung der Weiterbildungsaktivitäten in Hessen will das Land Qualifizierungsmaßnahmen in besonders zukunftsrelevanten Schlüsselthemen initiieren und durchführen. Dafür werden spezielle Themenfelder wie z.B. E-Commerce, E-Learning oder Qualitätsmanagement in Tourismusbetrieben genannt.

AktionsLinie 3 „Neue Wege“: Ergänzend sollen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive Hessen modellhaft neue überbetriebliche Wege zum Abbau bestehender Weiterbildungsbarrieren in kleinen und mittelgroßen Unternehmen entwickelt und erprobt werden. Hier werden Modellprojekte z.B. Weiterbildungspartnerchaften, E-Learning, Wissensmanagement, Qualitätssicherung in der Weiterbildung oder die Hessische Weiterbildungsdatenbank (www.hessen-weiterbildung.de) gefördert.

Quelle

Informationsmaterial aus dem Programm, Selbstbeschreibung in der Umfrage, Homepage der ESF-Consult Hessen

Ziele in Stichworten	Erhalt der Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit von KMU, Sicherung der Beschäftigung in KMU, zielgerichtete und kontinuierliche Weiterbildung, Steigerung der Weiterbildungsbereitschaft
Zielgruppe	Beschäftigte in KMU
Akteure/Träger	InvestitionsBank Hessen AG (IBH), ESF-Consult-Hessen, Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH), Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Laufzeit	2000 - 2006
Adressen	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65189 Wiesbaden, Dieter Faul Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH), Abraham-Lincoln-Straße 38-42, 65189 Wiesbaden, Birgit Imelli ESF-Consult Hessen, Abraham-Lincoln-Straße 38-42, 65189 Wiesbaden, Eva Wimmer
Links	http://www.esf-hessen.de/

3.8 Chancengerechter Zugang

20. Beispiel: Planung und Durchführung der beruflichen Bildung in der Werkstatt für behinderte Menschen - Modellkonzeption

Die Modellkonzeption soll die Träger der Werkstätten für behinderte Menschen in die Möglichkeit versetzen bzw. sie anleiten und Hilfestellung geben, berufliche Bildung in den Werkstätten anzubieten.

Berufliche Bildung erfolgt in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in abgestuften und strukturierten Lernprozessen zum Erwerb, Erhalt und zur Festigung von tätigkeitsbezogenen Kenntnissen und Fähigkeiten der Beschäftigten.

Berufliche Bildung richtet sich an alle Menschen mit Behinderung, die im Berufsbildungsbereich und im Arbeitsbereich der WfbM tätig sind, und wird inhaltlich und methodisch nach deren individuellen Lernvoraussetzungen und Bedürfnissen ausgestaltet.

Ziel und Nutzen:

- Für die Beschäftigten: Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben, Stärkung des eigenen beruflichen Selbstverständnisses, Entwicklung der Persönlichkeit, Steigerung des Arbeitsentgeltes, Unterstützung beim Übergang in Richtung allgemeiner Arbeitsmarkt.
- Für die Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung: Erfüllung des Auftrages der WfbM zur individuellen Förderung der Beschäftigten, Professionalität im arbeitspädagogischen Kompetenzbereich, Entlastung bei Routinearbeiten durch kompetente Beschäftigte.
- Für die Geschäftsführung und Werkstattleitung: Erfüllung des Auftrages der WfbM – Bestandteil der Qualitätspolitik, Zugang zu höherwertigen Aufträgen, Übernahme gut entlohnter und attraktiverer Aufträge, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität bei der Übernahme verschiedener Aufträge, Reduzierung von Kosten durch fehlerfreies Arbeiten.

Die Teilnehmer an den Bildungsmaßnahmen erwerben entsprechend dem Rahmenprogramm der Bundesanstalt für Arbeit und der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen Kompetenzen in den Lernbereichen Kulturtechniken, Berufliche Kernqualifikationen, Arbeitsprozess-Qualifikationen und Schlüsselqualifikationen.

Für bestimmte Gruppen in den Werkstätten werden spezifische Förderangebote vorgesehen. Konkret Beispiele können z.B. sein: Lehrgang für Mitarbeiter im Te-

lefondienst, „Führerschein für Staplerfahrer“, Computerkurse für Menschen mit geistiger Behinderung und speziell gestaltetem didaktischen Material.

Quelle	Thüringer Kultusministerium
Ziele in Stichworten	Berufliche Fort- und Weiterbildung für Menschen mit Behinderung zur stufenweisen Eingliederung in das Arbeitsleben
Zielgruppe	Menschen mit Behinderung
Akteure/Träger	Projekt der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Thüringen e.V.
Laufzeit	2000 - 2003
Adressen	Thüringer Kultusministerium, Werner-Seelenbinder-Straße 7, D-99096 Erfurt, Telefon (03 61) 37 9-00 Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Landesverband Thüringen, Otto-Schott-Str. 13, 07745 Jena, E-Mail: Lebenshilfe_Thueringen@t-online.de
Publikationen	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Thüringen e.V. (Hrsg.) (2003): Planung und Durchführung der beruflichen Bildung in der Werkstatt für behinderte Menschen – Modellkonzeption. Erarbeitet im Projekt „Berufliche Fort- und Weiterbildung für Menschen mit Behinderung zur stufenweisen Eingliederung in das Arbeitsleben“ 2000 – 2003 http://www.-thueringen.de/imperia/md/content/tmsfg/abteilung3-/modellkonzeption.pdf [Stand 2004-04-15], Jena

21. Beispiel: Das Bundesmodellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)“

Ziel von E&C ist es, Mittel und Aktivitäten zu bündeln, um die Lebensbedingungen und Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, den Niedergang von Stadtteilen und ländlichen Regionen aufzuhalten und nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Initiator des Programms ist der Bund.

In den Programmgebieten werden auf der Grundlage lokaler Aktionspläne soziale Koproduktion initiiert, unterstützt und begleitet. Gleichzeitig fordert E&C regionale und überregionale „soziale Produzenten“ auf, Ressourcen, Erfahrungen und Anstrengungen in diesen sozialen Brennpunkten und Regionen zu konzentrieren. Wichtige Instrumentarien vor Ort sind hierfür die Einrichtung von Quartiers- sowie Jugendhilfemanagements. Insgesamt wurden bislang 300 Stadtteile und 13 Landkreise in das Programm E&C einbezogen.

Die sozialen Brennpunkte des Bundesmodellprogramms E&C sind identisch mit jenen Gebieten, die in der Bund- / Ländervereinbarung "Die soziale Stadt" ausgewählt sind. Dadurch entsteht eine Verknüpfung von Städtebauförderung und sozialräumlich orientierter Jugendhilfe. Das Bundesmodellprogramm E&C erweitert den sozialräumlichen Ansatz um den Programmschwerpunkt "Netzwerke und soziales Ehrenamt – Strukturschwache ländliche Regionen".

In 13 durch die Länder ausgewählten Landkreisen sollen, orientiert an den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Gebieten, ehrenamtliches Engagement gefördert und innovative Problemlösungen erprobt werden. Weitere Programmschwerpunkte unter dem Dach von E&C sind das "Freiwillige soziale Trainingsjahr" und das "Interkulturelle Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum." Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms liegt beim Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Quelle	Homepage des Programms
Ziele in Stichworten	Lebensbedingungen und Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, Niedergang von Stadtteilen und ländlichen Regionen aufhalten, nachhaltige Entwicklungen anstoßen
Zielgruppe	Junge Menschen in sozialen Brennpunkten
Akteure/Träger	Bundes- und Landesministerien, Kommunale Verwaltungen, Gebietskörperschaften, Quartiersmanagement, Steuerungs- und Koordinierungsgremien, Private Institute, Arbeitsämter
Laufzeit	2000 - 2006
Adressen	Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Nazarethkirchstr. 51, 13347 Berlin

	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Taubenstraße 42/43, 10117 Berlin, Tel: 030 – 20655-0
Publikationen	Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Leske & Budrich, Opladen
Links	http://www.eundc.de